

# Morwirts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis - pränumerando:  
 Vierteljahr 3.50 RM., monatlich 1.10 RM.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Verzeich-  
 nisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.50 Mark, für das übrige Ausland  
 4 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1898.

Die Inflation-Gebühr

Bekannt für die hochgehaltene Kolon-  
 gelle über dem Namen 80 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Berath-  
 und Besprechungs-Anfragen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte  
 Wort 20 Pf. (zweifache Zeilengröße  
 Wort), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellenangebote und Stellenanzeigen  
 gegen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Platzrate  
 für die nächste Nummer wählen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Telegraphischer Amt Moritzplatz, Nr. 1982.

Mittwoch, den 18. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Telegraphischer Amt Moritzplatz, Nr. 1982.

## Auf dem Wege zur Enteignung.

Die außergewöhnliche Preissteigerung des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens ist eine der auffallendsten Erscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Volkswirtschaftlicher Richtungen haben sich mit ihr befaßt, sie zahlenmäßig zu ermitteln und ihre Ursachen zu finden versucht. So verschieden nun auch die Resultate ihrer Forschungen waren — in einem Punkte nähern sich ihre Urteile fast bis zur Übereinstimmung: daß nämlich die abnorme, nicht in den natürlichen Produktionsbedingungen begründete Preissteigerung der landwirtschaftlichen Güter die schlimmsten volkswirtschaftlichen Gefahren birgt.

Die Ursachen dieser Preistreiber liegen einerseits in den betriebswirtschaftlichen Fortschritten, die besonders in den letzten Jahrzehnten tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftsweise hervorgerufen und die Produktivität der Landwirtschaft enorm gesteigert haben. Bodenverbesserungen, steigende Anwendung von Maschinenarbeit, vorteilhaftere Absatzverhältnisse infolge besserer Transportmöglichkeiten, Grundstückszusammenlegung und genossenschaftlich organisierter Verkauf der Produkte steigern die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe ganz erheblich und beeinflussen selbstverständlich auch die Güterpreise. Neben diesen gewissermaßen natürlichen Wertmehrern aber treibt die Wirtschaftspolitik Deutschlands, wie sie sich in den Agrarrollen, dem Einfuhrzollsystem, der Grenzperre usw. darstellt, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte und demzufolge auch der Güter künstlich in die Höhe. In welchem Maße das geschieht, haben wir in unserem Leitartikel vom 12. Dezember v. J. über Güterpreise und Schutzoll ausführlich erörtert.

Nun ist in der letzten Zeit von bürgerlichen Vertretern wiederholt die Frage diskutiert worden, wie insbesondere im Hinblick auf die innere Kolonisation den ungelunden Folgen der Bodenpreissteigerung entgegengewirkt werden könne. Als eine der kennzeichnendsten Meinungsäußerungen erwähnen wir zwei Artikel des Oekonomierats Steiger in den Nummern 20 und 21 der „Hannoverschen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung“, dem amtlichen Organ der hannoverschen Landwirtschaftskammer, über das Thema: Staatliches Vorkaufsrecht für innere Kolonisation und gegen die Güterzertrümmerung. Es verlohnt sich auch deshalb, diese Artikel eingehender zu würdigen, weil der Verfasser darin bemerkenswertes Material über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Hannovers veröffentlicht.

Oekonomierat Steiger führt u. a. aus, daß die Bereitstellung von größeren Mitteln zur Oedlandkultur und inneren Kolonisation bereits ihren Einfluß auf den Preis des Oedlandes gehabt habe. Aber nicht Bildung neuer Stellen um jeden Preis, sondern gesunde Grundlage der Ansiedler müsse trotz des von allen Seiten zur inneren Kolonisation erfolgenden Drängens die Richtschnur sein. Damit meint der Verfasser, daß nur auf billigen Grund und Boden Kolonisten angesiedelt werden sollen; an anderer Stelle bezeichnet er denn auch die ungewöhnliche Steigerung der Güterpreise für einen Krebschaden. Wie andere bürgerliche Agrarpolitiker, so befürwortet denn auch Oekonomierat Steiger die gefahrliche Festlegung des staatlichen Vorkaufsrechts; nicht so sehr seines direkten Einflusses als seiner mittelbaren Wirkung wegen, denn er sagt, es sei schon viel gewonnen, wenn das Vorkaufsrecht dadurch wirksam werde, daß es einen gewissen Druck auf den Preis des Oedlandes herbeiführe.

Dieser Druck ist in der Provinz Hannover allerdings dringend notwendig. Hannover hat von allen preussischen Provinzen die größten Moor- und Oedlandflächen (über 800 000 Hektar). Galt diese weiten Gebiete früher allgemein nur einen ganz geringen Wert, so wurde das anders, nachdem in den letzten Jahren Staat, Provinz, Kreise usw. mit einer planmäßigen Ansiedlung von Kolonisten auf urbar gemachtem Moorland begonnen haben. Die Oedlandpreise stiegen in einem solchen Maße, daß von allen Seiten lebhaft darüber geklagt wurde. Erst vor einigen Wochen mußte die „Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“ zugeben, daß auch im Hannoverlande bereits durch die bescheidenen Urbarmachungen von Oedlandereien die „früher so niedrig eingeschätzten brach liegenden Moor- und Heidesflächen ganz außerordentlich im Preise steigen, so daß vielfach schon eine Ueberschätzung befürchtet wird“. Ähnliche Klagen anderer Blätter könnten noch dundweise zitiert werden; sie finden alle ihre Bestätigung durch die oben wiedergegebenen Ausführungen des Oekonomierats Steiger, eines der besten Kenner der hannoverschen Landwirtschaft.

Steiger glaubt aber nicht nur, daß durch ein staatliches Vorkaufsrecht, wie es bereits in Bayern angewendet wird, ein Druck auf den Preis des Oedlandes ausgeübt und so die innere Kolonisation gefördert werden könne. Er will damit auch der Güterzertrümmerung zu Leibe, die in der Provinz Hannover von gewerbmäßigen Güterhändlern betrieben wird. In der letzten Zeit sei eine besonders umfangreiche Zertrümmerung von Höfen zu verzeichnen. Das statistische Material, das Steiger beibringt, ist in der Tat außerordentlich frappierend. Von 1895 bis 1907 ging innerhalb der großbäuerlichen Betriebe die Zahl der Höfe von 20 bis 50 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche von 18 640

auf 16 788, also um 9,93 Proz., die von 50 bis 100 Hektar Fläche von 2890 auf 2319, das ist um 19,75 Proz. zurück. Und in einzelnen Kreisen ist der Rückgang noch auffallender; er macht in 47 Kreisen der Provinz Hannover über 20 Proz. aus; in den Kreisen Zburg, Zeben, Neustadt und Osterholz beträgt der Rückgang der Bauernhöfe von 20 bis 100 Hektar über 75 Proz., im Kreise Duderstadt sogar 80 Proz. Es besteht nun leider keine Statistik darüber, welchen Anteil die Güterhändler an diesem Rückgang bäuerlicher Mittel- und Großbetriebe hat, aber wenn ein mit den Verhältnissen so vertrauter Mann wie Oekonomierat Steiger eine derart tief in das freie Verfügungsrecht einschneidende Maßnahme wie das staatliche Vorkaufsrecht als Mittel gegen die Bauernhofzertrümmerung fordert, deren Eindämmung dringendes Bedürfnis sei, dann kann wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß ein erheblicher, wenn nicht der größte Teil der Güterzerstückelung auf das Treiben der gewerbmäßigen Güterhändler zurückzuführen ist.

Zu übrigen aber deuten die hohen Zahlen der Güterzerstückelung darauf hin, auf welche Weise die so vielgerühmte Vermehrung der kleinen und mittleren Betriebe erfolgt. Es ist keine Vermehrung aus eigener Kraft oder weil der Kleinbetrieb vorteilhafter wirtschaftet als der große Betrieb, sondern die Kleinbetriebe werden in erheblichem Maße durch Zertrümmerung lebenskräftiger großbäuerlicher Wirtschaften künstlich gezüchtet. Obendrein aber machen die Güterhändler, wie auch Steiger zugibt, ihr Geschäft auf Kosten der kleinen Besitzer, die die Parzellen zu unermesslich hohen Preisen erwerben müssen. In dieser Beleuchtung gesehen, ist es schließlich ganz erklärlich, daß Kolonisten, die unter solchen ungünstigen Verhältnissen angesiedelt werden, sich abradern müssen und doch auf keinen grünen Zweig kommen.

Ob das von Steiger vorgeschlagene Vorkaufsrecht des Staates den Erfolg haben wird, den er sich davon verspricht, soll hier nicht näher untersucht werden. Erwähnt zu werden verdient, daß andere bürgerliche Agrarpolitiker in ihren Forderungen zur Bekämpfung der Güterhändlererei bedeutend weiter gehen. Teilweise fordern sie ein staatliches Vorkaufsrecht, das über die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches hinausgeht und dem Staat das Recht geben soll, zum Verkauf gelangende Güter zum Schatzungspreis, statt zu dem zwischen dem Verkäufer und dem Dritten tatsächlich vereinbarten Preise zu erwerben. Alle diese Vorschläge aber erregen deshalb unser Interesse, weil sie Symptome dafür sind, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln in seiner vollen Ausübung auch den bürgerlichen Vertretern zu denken gibt, daß die Produktivkräfte auch in der Landwirtschaft der Gesellschaft über den Kopf zu wachsen beginnen. Das freie Verfügungsrecht über das Privateigentum wird auf diese Weise entweder eingeschränkt oder völlig beseitigt. Von da bis zur Enteignung ist aber nur noch ein Schritt. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird dafür sorgen, daß auch der noch gemacht werden muß.

## Die Verkürzung der Dienstzeit.

Wenn mit militärischen Reformen gewartet werden müßte, bis die Herren Berufs- und Junkmilitärs mit solchen Reformen vorangehen, so könnte man lange warten. Freilich, fast noch schlimmer als die Militärs selber sind die bürgerlichen Militärschwärmer, besonders diejenigen, die auf den untersten Stufen der Referve-offizierslaufbahn sich mit erfolgreichen Aelterversuchen abmühen. Der erste Redner unserer Fraktion, der am Dienstag bei der Weiterberatung der Militärvorlage zu Worte kam, Genosse Schulz, erklärte demgegenüber, daß man die Herren von der Militärverwaltung durch politische Entscheidungen einfach zwingen müsse, sich mit den notwendigen Reformen abzufinden. Wenn ein Ruf hinter den Herren Hände, so würden sie schnell im Sinne der Reformen umlernen. Dieses Ruf sei auf dem Wege, die Unentgeltlichkeit der finanziellen Belastung und noch mehr die Unentgeltlichkeit des heutigen volks- und freiheitsfeindlichen Geistes der militärischen Erziehung etwa durch weitere Kreise zur Kritik des heutigen Systems, veranlasse sie zum Nachdenken und mache sie den sozialdemokratischen Reformvorschlägen geneigt.

Von den zahlreichen Reformen, die die sozialdemokratische Fraktion durch Kritik und Anträge bei der gegenwärtigen Wehrevorlage zur öffentlichen Erörterung gestellt hat, wurde am Dienstag besonders die Frage der Abkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr oder im Falle der Ablehnung dieser Forderung die Beseitigung des Privilegs der einjährig-freiwilligen Dienstzeit für die Wohlhabenden debattiert. Wie unangenehm den Herren von der Militärverwaltung die Erörterung ist und wie sehr sie ein Weiterwirken der sozialdemokratischen Beweisgründe in weiten Schichten des Volkes befürchten, zeigte der Umstand, daß der Kriegsminister mehrere Male in ausführlicher Weise in die Debatte eingriff. Um so unangenehm wird dadurch jedes Mal die Kampfsposition für unsere Genossen. Der Herr Kriegsminister tat nicht leicht den Mund auf, ohne daß nicht auch irgendein unfreiwilliger Witz oder ein verunglücktes Argument dem Gehege seiner Färbung entfliehe. Dieses Mal brachte er es so weit, daß er die Paraden als Volksfeste hinstellte und damit die Weibehaltung der Paraden zu rechtfertigen suchte.

Genosse Schulz behandelte besonders die Stimmung des neu-eintretenden Soldaten, sein anfängliches Erliegen vor dem gewal-

tigen Druck der Kasernendisziplin und des Egerziedrills und sein allmähliches Erwachen zur Kritik, zur Erkenntnis des vielen Ueberflüssigen im heutigen militärischen Betriebe. Genosse Schulz behandelte ferner die Ungerechtigkeit des Einjährigenprivilegs und brachte es auf die einfache Formel: Wer Geld hat, braucht nur ein Jahr zu dienen, wer kein Geld hat, muß zwei oder drei Jahre dienen. Im letzten Teile seiner Ausführungen besprach unser Redner die Notwendigkeit der von der Sozialdemokratie geforderten Erziehung zur Wechselfähigkeit, die in Zielsetzung und Methode grundsätzlich abweicht von den Zielen und Methoden des Jungdeutschlandbundes.

Genosse Quard ergänzte die Ausführungen des Genossen Schulz. Neue Lasten würden dem Volke aufgebürdet, aber für politisch-militärische Freiheiten sei nicht einmal die bürgerliche Linke zu haben. Genosse Quard räumte auch durch einige kräftige Worte mit dem Rachen auf, als bestehe eine Art echter Kameradschaft zwischen Offizier und Soldaten. Vergebens versuchte der Kriegsminister diese Behauptung zu entkräften, für die auch noch Genosse Jubel mit einigen guten Gründen eintrat.

Des Burckenswesens beim Militär nahm sich Genosse Städtler vor. An der Hand einer Insultation für Burckens kritisierte unser Genosse mit glücklichem Humor die unglaublichen Verdrüßungen, die man heutzutage von Offizierburckens verlangt. Er verlangte die Beseitigung des Burckenswesens; aus der Tatsache, daß heute noch Zehntausende von Soldaten ihre kostbare Zeit mit häuslichen Dienstleistungen bei den Offizierherrschaften verdröbeln müssen, leitete er die Notwendigkeit einer Verkürzung der Dienstzeit her.

Ein neugeborener Adliger, der Generalleutnant Wandel, trat dem Genossen Städtler in der hochwürdigen Art entgegen, wie das einem Adligen mit solchem Stammbaum zukommt. Von unserer Seite unterstrich Genosse Schöpflin noch die Darlegungen Städtlers.

## Auch hier ein Rückschritt!

All der Jubiläumslärm, der jetzt durch die bürgerlichen Blätter geht, kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Amnestie, vor allem soweit sie für die Zivildienstbevölkerung in Betracht kommt, äußerst dürftig ausgefallen ist. Das gehört vielleicht auch zu der Theorie von den „herrlichen Zeiten“, denen wir entgegengeführt worden sind. Jedenfalls zeichnete sich die Amnestie, die vor 25 Jahren erlassen wurde, durch Klarheit und Weitherzigkeit vorteilhaft aus von der, die uns das Jahr des Heils 1913 bescheidet hat. Ohne die übertriebenen Vorkessungen auf den Kaiser Friedrich III., wie sie in einigen liberalen Blättern beliebt sind, einzustimmen — denn auch dieser „liberale“ Kaiser hätte die kapitalistische Entwicklung des Klassenstaates nicht aufhalten können — verdient doch die bei dessen Thronbesteigung erlassene Amnestie der Vergessenheit entrissen zu werden. Allerdings wurden damals die auf Grund des Sozialistengesetzes Verurteilten, jedenfalls auf Verreiben Bismarcks, von der Begnadigung ausgeschlossen. Immerhin gibt die Amnestie des Jahres 1888 ein sehr lehrreiches Bild davon, wie herrlich weit wir es gebracht haben. Der Amnestieverlaß lautete damals:

Wir Friedrich, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., wollen, um Unseren Regierungsantritt durch einen Akt umfassender Gnade zu bezeichnen,

1. allen denjenigen Personen, welche bis zum heutigen Tage wegen Verleumdung der Majestät oder eines Mitgliedes des königlichen Hauses (§§ 96, 97 des Strafgesetzbuches), wegen Verbrechen oder Vergehens in bezug auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte (§§ 105—100 des Strafgesetzbuches),

wegen der in den §§ 110, 112, 113, 114, 115, 116 und in den §§ 123, 130, 130a, 131 des Strafgesetzbuches als Widerstand gegen die Staatsgewalt oder als Verletzung der öffentlichen Ordnung bezeichneten Verbrechen oder Vergehens,

wegen der in den §§ 106, 107 des Strafgesetzbuches gedachten Verleumdungen,

wegen der mittels der Presse begangenen oder in dem Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzblatt Seite 65) vorgesehenen Vergehen und Übertretungen,

wegen der nach der Verordnung vom 11. März 1850, betreffend das Vernehmungs- und Verechtigungsrecht (Gesetz-Sammlung Seite 27) strafbaren Handlungen

durch Erkenntnis oder Strafbefehl eines preussischen Zivilgerichts zu Freiheits- oder Geldstrafen rechtskräftig verurteilt sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, unter Niederzahlung der noch rückständigen Kosten in Gnaden erlassen, ihnen auch die etwa überbliebenen bürgerlichen Ehrenrechte wiederzuerlangen und die etwa angezweifelte Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht aufzuheben.

Es wegen einer unter die vorstehende Bestimmung fallenden und wegen einer anderen strafbaren Handlung auf eine Gesamtstrafe erkannt, so ist der wegen der ersterten Handlung verhängte Teil dieser Strafe als erlassen anzusehen, gleichviel, ob dieselbe im Sinne des § 74 des Strafgesetzbuches die anerkannt schwerste Strafe oder deren Erhöhung darstellt. Im Zweifelsfalle ist durch den Justizminister Unsere Entschliessung einzuholen.

Auch wollen Wir die von Amts wegen zu stellenden Anträge des Justizministers bezüglich solcher Verurteilungen erwarten, welche erst nach dem heutigen Tage wegen einer vor demselben begangenen, unter die vorstehende Bestimmung fallenden strafbaren Handlung erfolgen oder welche erst nach diesem Tage rechtskräftig werden.

11. Ferner wollen Wir denjenigen Personen, gegen welche bis zum heutigen Tage wegen Verleumdungen, Last- oder Geldstrafen oder wegen anderer als der unter I bezeichneten Vergehen Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Wochen oder Geldstrafen von nicht

mehr als einhundertfünfzig Mark oder beide Strafen vereintigt von einem preussischen Zivilgericht rechtskräftig verhängt worden sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und die noch rückständigen Kosten in Gnaden erlassen.

Auf vorsätzliche Körperverletzung und auf Beleidigungen findet dies nur dann Anwendung, wenn der Verurteilte die Verzichtleistung des Verletzten auf die Verurteilung beibringt.

Geldstrafen bleiben von dieser Gnadenverweisung ausgeschlossen, sofern zugleich auf Uebertretung an die Landespolizeibehörde erkannt ist.

It in einer Entscheidung die Verurteilung wegen mehrerer schwerer strafbarer Handlungen ausgesprochen, so greift diese Gnadenverweisung nur Flag, sofern die Strafe insgesamt das oben bezeichnete Maß nicht übersteigt.

III. Soweit dritten Personen aus einer Entscheidung gelegentlich ein Anspruch erwachsen ist, wie bei Fortschleichen an Gemeindegüter oder Privateigentum (§ 34 des Gesetzes vom 15. April 1878, Gesetz-Sammlung Seite 223), behält es dabei sein Bestehen.

IV. Auf die von einem der gemeinschaftlichen Landgerichte zu Meiningen und Rudolstadt oder von einem der gemeinschaftlichen Schwurgerichte zu Meiningen und Weira erkannten Strafen findet dieser Erlass Anwendung, sofern nach den mit den beteiligten Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Begnadigungsrechts in dem betreffenden Falle aussteht.

Unser Staatsministerium hat für die schnellste Befestigung und Ausführung dieses Erlasses Sorge zu tragen.

Gegeben, Charlottenburg, den 31. März 1888.

Friedrich.  
von Bismarck, von Mahbach, Lucius, von Friedberg,  
von Voelcker, von Gohler, von Scholz,  
Fronstorf von Schellendorff.

Die Amnestie des Jahres 1913 stellt die Entscheidung über eine Begnadigung völlig in das Wohl- oder Uebelwollen der Staatsanwaltschaft oder Gefängnisdirektoren. Was dabei herauskommt wird, kann man sich bei der preussischen Justiz- und Gefängnispraxis schon vorstellen. Daß heute politische Vergehen inklusive der Majestätsbeleidigungen von vornherein von einer Amnestie ausgeschlossen sind, ist ganz besonders charakteristisch für den Lauf der Dinge in den letzten 25 Jahren.

## Staatsminister und Kapitalisten.

London, 14. Juni. (Fig. Ver.)

Das von der englischen Regierung im vorigen Jahre eingesetzte Komitee, das die Marconiaffäre untersuchen sollte, hat endlich einen vorläufigen Bericht erstattet. Der politisch denkende Teil der Arbeiterschaft hat an der Geschichte längst alles Interesse verloren. Nur ein kleines Häuflein Antiparlamentarier, die nur Gefühlspolitik treiben und dabei in die sonderbarste Gesellschaft gelangen, hat sich über die Angelegenheit aufgeregt. Aus einem unterirdischen Ringen zwischen zwei Finanzgruppen ist die Marconiaffäre zu einem Kampf zwischen den Liberalen und den Konservativen geworden. Das befristete Komitee berichtet mit aller Klarheit. Er besteht aus dem Bericht der Liberalen Mehrheit und dem Bericht der Konservativen Minderheit. Der Mehrheitsbericht schildert die angegriffenen Minister als unschuldige Engel, die sich auch nicht das geringste haben zuschulden kommen lassen. Der Minderheitsbericht hingegen vertritt den Standpunkt, der dem Parteinteresse der Konservativen Opposition entspricht. Der Minderheitsbericht spricht zwar die verdächtigen Minister von der Korruption frei, aber er zeigt sie des Mangels an Diskretion bei dem bekannten Ankauf von amerikanischen Marconiaktien, kurz nachdem der Postminister mit der englischen Marconigesellschaft einen wertvollen Kontrakt abgeschlossen hatte. In einigen Tagen wird im englischen Unterhause die Debatte über den Bericht eröffnet werden. Man kann schon heute mit ziemlicher Genauigkeit den Verlauf der Diskussion voraussagen. Die Konservativen werden sich bemühen, die Marconiatsmosphäre, die Atmosphäre des Verdachts und der Gerüchte zu erhalten. Nach den langen Jahren der Wanderung in der Wüste der Opposition rechnen sie sich wieder nach dem Fleischtöpfen Ägyptens. Jedes Mittel ist ihnen recht, um dem inneren Zwist zu entgehen und wieder zur Macht zu gelangen. Und die Liberalen werden ihren Gegnern ihr eigenes Sündenregister vorhalten. Sie werden ihnen vorhalten, wie ein konservativer Schatzkanzler der letzten konservativen Regierung dem Staate ein Stück Land für 100 000 Pfund veräußert, das diese Summe nicht wert war; wie dieses Geschäft erst lange nachher in die Öffentlichkeit kam; wie sich in der letzten konservativen Administration 33 Regierungsmitglieder nicht weniger als 68 Direktorenstellen in öffentlichen Gesellschaften teilten; wie 18 der hochbezahlten Kabinettsminister 14 Direktorenstellen besetzten usw.

Mit dieser neuen Wendung, die die Marconiaffäre nimmt, hört sie aber auf, nur ein Streit zwischen den beiden kapitalistischen Parteien zu sein, die sich gegenseitig auf die Seite zu schieben versuchen, um sich den besten Platz an der Staatsküche zu sichern. Hier stehen wir auf ein bisher wenig besprochenes politisches Problem, das die Entwicklung des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates erzeugt hat. In England galt es bisher als unzulässig, daß ein Mann eine Ministerstelle bekleidet, der Direktor einer Gesellschaft war, die mit dem Staate in geschäftlicher Verbindung stand, so daß sein privates Interesse mit seiner Pflicht als Staatsdiener in Konflikt geraten konnte. Dieses ungeschriebene Sittengesetz ist nie genau beobachtet worden. Es kam meist nur in klaren Fällen zur Anwendung — zum Beispiel wenn ein Waffenfabrikant danach strebte, Kriegs- oder Marineminister zu werden. In der Vergangenheit war auch die Anwendung minder schwer als heutzutage, wo fast alle bedeutenden Geschäfte zu Aktiengesellschaften umgewandelt worden sind und die Betriebe einen unpersonlichen Charakter angenommen haben. Ein Kapitalist verwahrt seine Eier gewöhnlich nicht alle in einem Korb. Um sein Kapital zu sichern, legt er es in den verschiedensten Unternehmen an, die ihrerseits wieder auf die mannigfaltigste Weise mit anderen Gesellschaften verbunden sind. Die Unternehmung die der Genosse Walton Rembold vor kurzem im „Labour Leader“ veröffentlicht hat, hat deutlich gezeigt, wie allein in der Rüstungsindustrie die Fäden, die die verschiedensten Unternehmen verbinden, kreuz und quer laufen. Die moderne wirtschaftliche Entwicklung hat die Kapitalistenfamilien zu einer Kapitalistengesellschaft in der Gesellschaft gemacht. Einer der besten Kunden dieser Kapitalistengesellschaft ist nun der Staat, der namentlich für Heer und Flotte ganz gewaltige Aufträge zu vergeben hat. Wo bleibt aber bei diesen Verhältnissen der Grundtag, daß das persönliche Interesse eines Ministers im kapitalistischen Staat mit seinen Pflichten als Staatsdiener nicht in Konflikt geraten darf? Die Minister aller kapitalistischen Staaten sind reiche Männer, die ihr Vermögen in den verschiedensten Unternehmen stecken haben. Wenn einmal ein Minister arm genannt wird, so ist dies doch nur im Sinne der Pöbelwelt zu verstehen. In England gilt zum Beispiel in der Klasse, aus der sich die Minister meist rekrutieren, ein Mensch als arm, der im Jahre nur (1) 2000 Pfund (40 000 M.) zu verzeihen hat, also so viel, wie 20 Familien der sogenannten Arbeiteraristokratie jährlich für ihren Lebensunterhalt ausgeben können. Man nehme nur ein Beispiel: In der laufenden Nummer des „Labour Leader“ wird nachgewiesen,

daß nicht weniger als 6 Mitglieder der bestehenden liberalen Regierung Anteilshhaber von Rüstungsfabriken besitzen, die vom Staate große Aufträge erhalten. Wie groß mag die Zahl der Minister sein, die ein persönliches Interesse an dem Gedeihen von Betrieben haben, die nicht direkt, aber indirekt an Staatsaufträgen interessiert sind oder andere Aufträge als Rüstungsaufträge erhalten?

Die rauhe Wirklichkeit kollidiert hier mit der Idee, daß der Staat etwas sei, was über den Klassen und Parteien steht, dessen Diener Götter oder Halbgötter sind, die von den festigen Fesseln, die die Gesellschaft bewegen, nicht berührt werden. In parlamentarisch regierten kapitalistischen Staaten kommt die kapitalistische Natur des Staates in seinen Dienern deutlich zum Ausdruck. In bürokratisch regierten Ländern ist dieser Charakter des Staates mehr verschleiert; man sieht wie in einem Marionettentheater nur die Gliederpuppen, nicht aber die Leute, die die Drähte bewegen. Nur dann und wann gelingt es einem, die Hand eines Kanonensfabrikanten zu sehen, der den Arm etwas zu weit ausgestreckt hat. Der Konflikt zwischen dem persönlichen Interesse und der Pflicht des Ministers ist dem kapitalistischen Staate angeboren; und die daraus entspringende Korruption wird höchstens verhält, aber nicht verändert, indem man ein Privatunternehmen in eine Aktiengesellschaft umwandelt.

Im Interesse der Volksaufklärung ist der heftige Streit der englischen Liberalen und Konservativen über die Marconiaffäre, in dem sich beide kapitalistische Parteien die berechtigten Vorwürfe machen, lebhaft zu begrüßen.

## Politische Uebersicht.

### Der Schluß der Landtagsession.

Der preussische Landtag ist am Dienstag vormittag mit dem üblichen Zeremoniell geschlossen worden. Die beiden Häuser des Landtages, jedes vertreten durch 1 bis 2 Duzend Mitglieder, versammelten sich im Sitzungssaal des Dreiklassenhauses. Den Vorsitz in der fünf Minuten währenden Sitzung führte der Präsident des Herrenhauses v. Wedel-Biesdorf. Auf diese Weise wurde die Parität gewahrt. Am Ministerisch erschien Ministerpräsident Generallieutenant v. Bethmann-Hollweg, übrigens im zivilen Ministerkostüm, nicht in neubereiteter Generalsuniform. Neben ihm nahmen ziemlich vollständig seine Ministerkollegen Platz. Die Verordnung, durch die der Landtag geschlossen wird, wurde vom Ministerpräsidenten verlesen, dem Herrenhauspräsidenten überreicht und von ihm für richtig befunden, worauf das gewünschte Hoch ausgebracht wurde und die Korona sich zerstreute. Und so schloß nach fünfjähriger Dauer des Landtags Sommeression von 1913. Im Herbst denkt man sich wiederzusehen. Der stürmische Auf des Volkes nach einer wirklichen Wahlreform wird die erlauteten, eblen und bloß geehrten Herren bei ihrem Wiedereintritt empfangen.

### Das Steuerkompromiß.

Die bürgerlichen Parteien des Reichstags sind sich über die neuen Deckungsvorlagen noch nicht einig geworden. Zwischen den Parteiführern und dem Reichsschatzsekretär fanden am Dienstag im Reichstage wieder Verhandlungen über das Steuerkompromiß statt, bei denen der Reichsschatzsekretär die Stellungnahme der Regierung zum Kompromiß bekanntgab. Aus den vertraulichen Besprechungen wird bekannt, daß die Regierung die bisherigen Vorschläge der Fraktionen als brauchbare Grundlage bezeichnete, aber noch Änderungen wünscht, über die die Fraktionen noch gehört werden sollen.

### Provokationen.

Was sich die konservative Presse jetzt herauszunehmen erlaubt, dafür liefert der „Reichshot“ wieder ein krasses Beispiel. Er veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen Artikel eines Süddeutschen über die preussischen Landtagswahlen, in dem es heißt:

„Das wichtigste Ergebnis der preussischen Landtagswahlen ist die unumstößliche Tatsache, daß das preussische Volk sich für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen deutlich bedankt hat. Es mag sich sonst zur Frage der Wahlreform zustimmend oder ablehnend verhalten; das Reichstagswahlrecht will das preussische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit nicht. Das beweisen diese Wahlen. Von den radikalen Parteien, die die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen fordern, hat nur die sozialdemokratische Partei einen kleinen Erfolg zu verzeichnen. Die fortschrittliche Volkspartei dagegen geht aus der Wahlschlacht mit getäuschten Hoffnungen hervor. Die Konservativen und das Zentrum haben den Ansturm der liberalen Wahlreformgegner abgelenkt und die Rationalisten, die offene Gegner des Reichstagswahlrechts für Preußen sind, haben einige Mandate gewonnen.“

Das preussische Volk will Herr bleiben in seinem eigenen Hause. Es hat die Angriffe satt, die in letzter Zeit besonders stark aus anderen deutschen Staaten und aus dem mit Sozialdemokraten durchsetzten Reichstage gegen Preußen und sein Parlament gerichtet worden sind. Es will lieber sein altes Wahlrecht beibehalten, als das Reichstagswahlrecht einführen. Das ist die Signatur dieser Wahl.“

Söber geht's nimmer. Zuerst entrechtet man das Volk und dann gibt man das Ergebnis dieser Entrechtung als den Willen des Volkes aus! Diese Provokation ist das würdige Gegenstück zu der unverschämten Verhöhnung der Wahlrechtsbewegung, die sich kürzlich, wie wir mitteilten, das Regierungsorgan geleistet hat, als es den Wahlrechtskampf eine künstliche Wache nannte. Darüber schreibt die „Frankf. Zeitung“:

„Wer das Geschriebene hat, ist entweder ein dreister Verleugner der Wahrheit oder ein weltfremder Einsiedler, der die erst kürzlich beendigte preussische Wahlbewegung verschlafen hat. Er könnte, hätte er den Wahlkampf wirklich verfolgt, unmöglich davon reden, es sei „kaum noch eine Spur einer wirklichen Bewegung“ vorhanden. Er soll sich einmal bei den Keinen Gewerbetreibenden in den Städten oder bei den Abhängigen auf dem Lande erkundigen, wie sie über die Wahlrechtsreform denken und warum so viele Hunderttausende preussischer Wähler abermals von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Gewiß nicht aus Begeisterung über die preussischen Zustände, sondern aus Furcht vor wirtschaftlichen Folgen, wenn sie ihre Meinung bekunden. Hält die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ diese Wirkung des preussischen Wahlrechts etwa für normal und erwünscht? Es ist ein sehr auffälliges Vorgehen des Organs der Regierung des Herrn v. Bethmann jetzt gegen die Wahlreform Stimmung zu machen, während zu deren Gunsten ein uneingeschränktes Königswort verhängt ist! Jemandem steht hier ein illoyales Verhalten.“

Die moralische Verurteilung allein tut's aber nicht; die Massen müssen eben den Herren oben deutlicher ihren Willen kundtun, dann werden solche Provokationen aufhören.

### Vernünftige Ansichten.

Anternm Strich oder in ihren Beilagen kann man gelegentlich selbst in der „Deutschen Tageszeitung“

die Wahrheit hören. Da erzählt zum Beispiel in der jüngsten „Zeitsfragen“-Beilage ein Herr A. Müller die Landflucht und die Deutenot in der Landwirtschaft. Seine Ausführungen über die Ursachen der Landflucht weichen so erheblich von dem üblichen agrarischen Klageelied ab, daß sie erwähnt zu werden verdienen. Der Mann, dessen Aufsatz das Dertelblatt wohl nur aus Versehen aufgenommen hat, schreibt unter anderem:

„Alle sozialpolitischen Uebelstände bei unserer Arbeiterschaft auf dem Lande und in der Stadt haben ihren Grund in der Unzufriedenheit, in der Sehnsucht nach Befriedigung des inneren und äußeren Menschen, im Verlangen nach dem Glück... Der Bildungsdrang unseres Volkes ist an und für sich eine gesunde Erscheinung und hat seine Wurzeln in dem heutigen Kulturzustande. Er läßt sich nicht zurückdrängen, sondern muß befriedigt werden.“

Also nicht die revolutionären Kräfte der Gegenwart bewegen die Landarbeiter, wie man bisher stets hörte, sondern deren Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen ist eine gesunde Erscheinung, die ihre Ursache in dem heutigen Stande der kulturellen Entwicklung hat. Eine ganz vernünftige Ansicht! Der Artikelschreiber begründet seine Meinung dann weiter, indem er das Leben der heutigen Landarbeiterschaft als einseitiger denn je, als poesiearm und nüchtern bezeichnet. Damit hat er in der Tat recht. Auch in der Landwirtschaft herrscht heute die kapitalistische Betriebsform vor, und wo das Kapital seine Herrschaft auf Mensch und Dinge ausübt, da verschuldet es nicht nur die soziale Misere des Arbeiterdaseins, sondern da zerstört es auch brutal das kümmerliche Geistesleben, das sich unter feudals-patriarchalischem Regime immerhin noch entwickeln konnte. Wenn der Artikelschreiber der „Deutschen Tageszeitung“ glaubt, durch Ablehnung der Lernschule mit ihrem kalten Wissen und durch Hervorhebung des Prinzips der Arbeitsschule und des heimatlichen Unterrichts einerseits und durch Veranstaltung angemessener Vergnügungen andererseits den einmal bestehenden Bedürfnissen entgegenkommen und eine Besserung erzielen zu können, so wird diese Besserung schwerlich den Wünschen der ost- und westfälischen Ständen entsprechen. Diese Herren werden nach wie vor die dümmsten Arbeiter für die besten Ausbeutungsobjekte halten.

### Noch ein erledigtes Reichstagsmandat.

Der Reichstags- und bayerische Landtagsabgeordnete Freiherr Konrad von Massen-Waldkirch ist an einer Herzkrankheit gestorben. Dieser Zentrumsmann vertrat im Reichstag den 1. niederbayerischen Wahlkreis Landshut, in dem er 1912 mit 12 450 Zentrumstimmen gegen 1871 sozialdemokratische, 1770 bürgerliche und 1462 liberale Stimmen gewählt wurde. Der Wahlkreis ist eine sichere Zentrumdomäne.

### Im Kampf gegen das Dänentum.

Am letzten Sonntag traf in Sonderburg auf Rissen ein dänischer Dampfer mit Ausflüglern aus Fredericia ein. Als das Schiff anlegte, wurde dem Kapitän durch einen Polizeibeamten die Landung der Passagiere untersagt. Der Beamte handelte im Auftrage des Sonderburger Landrats. Es wurde noch hinzugefügt, daß das Landungsverbot die ganze Ostseeküste Schleswigs umfasse. Dem Kapitän blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als wieder seewärts zu dampfen und die Passagiere auf dänischem Boden zu landen.

Begreiflicherweise hat sich der gesamten Bevölkerung — natürlich mit Ausnahme der berufsmäßigen Dänenheger — über diese unglücklich klingende Maßnahme eine tiefgehende Erbitterung bemächtigt. Wenn es sich um ein generelles Verbot handelt, wird Sonderburg einer schweren wirtschaftlichen Krise entgegensehen. Wegen seiner hübschen Umgebung wird der Ort viel von reichsdänischen Ausflüglern besucht, und große Teile der dortigen Einwohner leben von diesem Fremdenverkehr. — Diese Dänenhege dürfte noch ein Raubspiel im Reichstage haben.

### Die Situation auf dem Balkan.

#### Die Petersburger Balkankonferenz.

Athen, 17. Juni. Rußland hat, wie die „Agence d'Athènes“ meldet, die vier Ministerpräsidenten der verbündeten Balkanstaaten offiziell nach Petersburg eingeladen. Der griechische Ministerpräsident sowie der serbische und der montenegrinische haben die Einladung angenommen. Die Antwort Bulgariens ist hier nicht bekannt.

#### Gehaltende Antwort Bulgariens.

Wien, 17. Juni. Einer Meldung des Wiener A. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus aus Sofia zufolge verlautet dort an kompetenter Stelle, daß die Aufforderung des Ministers Sjasonow an die Ministerpräsidenten der Balkanstaaten in dem Sinne beantwortet sei, daß eine Begegnung erst nach vorheriger Abrüstung möglich wäre.

#### Die Demobilisierung.

Sofia, 16. Juni. Nach Mitteilungen von zuständigen Stelle ist die Antwort auf den serbischen und griechischen Vorschlag betreffend die Demobilisierung heute überreicht worden. Die Antwortnote erklärt die Demobilisierung nur für den Fall anzunehmen, daß die Verbündeten einem Kondominium in den kritischen Gebieten zustimmen.

#### Ende der serbischen Ministerkrise.

Belgrad, 17. Juni. (Meldung des Presbureaus.) Ministerpräsident Paschitsch hat dem Könige die Demission des Kabinetts eingereicht, die jedoch nicht angenommen wurde. Die Ministerkrise ist damit beendet. Paschitsch wird in der in seinem letzten Exposé gekennzeichneten Politik fortfahren.

#### Das neue türkische Kabinett.

Konstantinopel, 17. Juni. Das Kabinett ist folgendermaßen gebildet worden: Großwesir Said Salim Pascha übernimmt, da Rifaat Pascha endgültig abgelehnt hat, das Portefeuille des Aussen. Ferner übernehmen Hasset Pascha Krieg, Talaat Bei Inneres, der frühere Kammerpräsident Salim Bei das Präsidium des Staatsrats, Osman Rizami Pascha öffentliche Arbeiten, Senator Suleiman Bostani (Christlicher Araber) Handel und Ackerbau. Der Scheich Mel Islem sowie die Minister der Marine, der Finanzen, der Eufase, der Justiz, für Unterrichts sowie für Post und Telegraphen behalten ihre Portefeuilles bei. Das Kabinett gewinnt auf diese Weise einen ausgesprochen jungtürkischen Charakter, es zählt zwei christliche Mitglieder, nämlich Postam und den Postminister Osman (Christlicher Armenier).

## Ungarn.

### Regierung und Opposition.

Budapest, 15. Juni. (Fig. Ver.)

Die Ernennung der neuen Regierung, die die Auslieferung der gesamten politischen Macht an Tisza bedeutet, hat sämtliche Parteien zu neuen Kämpfen aufgeführt. Die neue Regierung ist sich auch bewußt, daß sie nach unten jeden Halt verloren hat; daher bemüht sie sich, ihre Stellung nach oben hin zu befestigen. Sie schafft das Gesetz über die Majestätsbeleidigungen, durch das die monarchische Institution gesichert werden soll. Der Gesetzentwurf, den der Justizminister dem Reichstag bereits vorgelegt hat und dessen Annahme sicher ist, führt den Titel: „Gesetzentwurf gegen Majestätsbeleidigungen und gegen Angriffe des Königtums“. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der den König beleidigt oder Akte des Königs auf eine beleidigende Art der Kritik unterzieht, wird wegen Vergehens mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.“

Der die im obigen Absatz bestimmte Tat im Wege eines Druckwerkes, durch öffentliche Ausstellung in Schrift oder Bild oder öffentlich mit Worten begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, mit einer Geldstrafe bis zu 4000 Kronen und mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.

Wer eine Bewegung zur Aufhebung der Institution des Königtums anregt, organisiert oder leitet, oder an einer solchen Bewegung teilnimmt, wer die Institution des Königtums in Wort oder Schrift oder bildlich angreift, oder gegen diese Institution aufwiegelt, begeht ein Vergehen und wird mit Staatsgefängnis bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe bis zu 4000 Kronen, weiter mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft.

Das in den vorstehenden Paragraphen bestimmte Vergehen fällt, ohne Rücksicht darauf, ob dies auf dem Verwege oder auf andere Weise verübt worden ist, in den Wirkungskreis der ordentlichen Gerichtshöfe.“

Die ganze Schwere des Gesetzes liegt in dem letzten Absätze, der die Vergehen den ordentlichen Gerichtshöfen zuweist, also nicht wie bisher sie den Schwurgerichten überläßt. In der Motivierung sagt der Minister offen, weshalb diese Änderung in dem Gerichtsverfahren vorgenommen werden soll. Er gibt zu, daß die in dem Gesetze vorgesehenen Vergehen in den Rahmen der Schwurgerichte gehören. Nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen habe jedoch das Schwurgericht dem König gegen Beleidigung keinen Schutz geboten. Es unterliege daher keinem Zweifel, daß die freisprechenden Urteile andere Personen ermutigen und daß sie geeignet sind, die Autorität des Königs zu schmälern. Dies soll das neue Gesetz verhindern.

Gegen diesen Akt der Tiszaschen Regierung haben sich die drei 48er Parteien verbunden. Auch die 67er Opposition und die Volkspartei wollen diese Verbindung stärken.

## Frankreich.

### Die Beratung der dreijährigen Dienstzeit.

Paris, 16. Juni. (Schluß der Kammer Sitzung vom Montag.) In Erwiderung auf die Ausführungen des Deputierten Thomas erklärte Kriegsminister Clémence, er halte es für absurd, anzunehmen, daß der Kriegsminister 200 000 neue Mannschaften für Marokko hätte fordern können. Ein Kriegsminister, der, nachdem er erfahren, daß die deutsche Armee von 700 000 auf 880 000 Mann gebracht werde, nicht sofort Gegenmaßnahmen gefordert hätte, würde gegen seine Pflicht verstoßen haben. (Lebhafte Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Banken.) Der Minister führte nochmals aus: Von allen Lösungen ist die dreijährige Dienstzeit die einzige, die unsere Armee in die Lage versetzt, allen Eventualitäten zu begegnen und den verstärkten deutschen Streitkräften entgegenzutreten. Niemand kann den Kampf wünschen, aber wir wollen, wenn es dazu kommen sollte, bereit sein, ihm zu begegnen. Das ist die ganze Tragweite des Gesetzentwurfs. (Beifall auf denselben Banken.) Wollen Sie, daß das Land der Gefahr entgegenzutreten kann, die es von einem Tage zum anderen begehren kann, oder wollen Sie es der Gnade der Gegner ausliefern? Wenn man gegen unsern Willen Krieg führen will, wollen wir eine Armee besitzen, die würdig ist, ihn derart zu führen, daß wir unsern Platz in Europa behaupten können. Wenn das verlangte Instrument geschmiedet sein wird, wird das Land den Frieden garantieren, für welchen es so viel Opfer gebracht hat. Clémence schloß: Wollen Sie ein lebenskräftiges Frankreich oder ein Frankreich, das ein gedemütigtes Dasein führt? Sie werden darüber zu entscheiden haben. Die Stunde ist feierlich. Wir sind überzeugt, unsere Pflicht getan zu haben, weil wir überzeugt sind, daß es sich um das Heil des Landes handelt. (Lebhafte Beifall aus verschiedenen Banken.) Darauf wurde Schluß der Debatte mit 435 gegen 125 Stimmen beschlossen.

Der sozialistische Deputierte Vaillant brachte einen Antrag ein, in dem die Auflösung der Kammer gefordert wird, um die Wähler über die Rückbehaltung einer Jahresklasse unter den Fahnen und über die Verlängerung des Militärdienstes zu befragen. Vaillant sollte dann der friedlichen Politik Englands seine Anerkennung und tadelte die kriegerischen Strömungen bei anderen Nationen. Der Antrag Vaillants wurde mit 412 gegen 149 Stimmen abgelehnt und darauf die Sitzung aufgehoben.

Paris, 17. Juni. Der sozialistische Deputierte Rouanet brachte zu dem Gesetz über die dreijährige Dienstzeit einen Zusatzantrag ein, in dem die Amnestierung der wegen der jüngsten Militärkündigung bestraften Soldaten verlangt wird.

### Der sozialistische Kampf für die Miliz.

Paris, 17. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer erklärte Jaurès, daß er und seine Freunde bei dem Gesetz betreffend die Verlängerung der militärischen Dienstzeit gegen die Dringlichkeit und gegen den Eintritt in die Diskussion stimmen würden. Bei der Abstimmung wurde sodann die Dringlichkeit mit 375 gegen 190 und Eintritt in die Diskussion mit 381 gegen 189 Stimmen beschlossen.

Es erhielt darauf Vaillant das Wort, um den Gegenorschlag der Gruppe der Vereinigten Sozialisten zu verteidigen. Die Mehrzahl der Deputierten nahmen die Ausführungen Vaillants, der die Schaffung eines Nationalheeres anregte, mit Spott entgegen, während seine Freunde ihm Beifall gaben. Vaillant sprach den Wunsch nach einer französisch-deutschen Annäherung aus und bedauerte es, daß die äußere Politik Frankreichs es nicht verstanden hätte, die Einigung zwischen England, Deutschland und Frankreich zu bewerkstelligen, um so den Frieden und den Fortschritt der Menschheit zu garantieren. Er tadelte es, daß die französische Regierung sich das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit durch den russischen Imperialismus hätte aufnötigen lassen.

Kriegsminister Clémence und Ministerpräsident Barthou protestierten lebhaft gegen diese Behauptung. Vaillant fuhr mit einer Verteidigung der pazifistischen Doktrin der internationalen Sozialisten fort und befürwortete die Einrichtung eines Milizheeres.

Thierry-Cazès gab der Meinung Ausdruck, daß die Verlängerung der militärischen Dienstzeit der Ruin der Landwirtschaft sein würde. Der Berichterstatter Faté erwiderte: Wir wollen die französische Erde bewachen, die der Landmann so mühsam bebaut. Die Heereskommission lehnt den Gegenorschlag Vaillants

ab, dessen Annahme Frankreich von der Weltkarte streichen würde. (Lebhafte Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Banken der Linken.) Der Gegenorschlag Vaillants wurde sodann mit 498 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Jaurès entwickelte einen Gegenorschlag zu dem Gesetz betreffend die dreijährige Dienstzeit, der im wesentlichen folgendes festsetzt: eine aktive Dienstzeit von 18 Monaten vom Oktober 1914 ab, von einem Jahre vom Oktober 1916 und sechs Monaten vom Oktober 1918 ab. Außer der regulären Dienstzeit werden Uebungen von einem Tage im Monat für junge Leute von 17 bis 21 Jahren und von höchstens zwei Tagen im Vierteljahr für Reservisten vorgeschlagen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Jaurès, er werde stets jegliche Abenteuer- und Revanchepolitik verschmähen. Er wünsche den endgültigen Frieden vorzubereiten, aber die Stärke des Landes bis zum höchsten Grade auszubilden. Denn es müsse, ohne die Beihilfe gering zu achten, welche die Diplomatie ihm in der Welt erwerben könne, allein auf seine eigene Kraft zählen. (Lebhafte Beifall auf zahlreichen Banken, auch Ministerpräsident Barthou sollte dem Redner Beifall.)

Jaurès fügte hinzu, er sei stolz auf die Bemühungen seiner deutschen Genossen gegen den Militarismus jenseits des Rheins und gab dem Vertrauen Ausdruck zu dem Wirkksamkeit eines eventuellen Protestes von 4 Millionen gleichgesinnter Seelen.

Jaurès erhob weiter in seiner Rede gegen den Kriegsminister und den Obersten Kriegsrat hauptsächlich den Vorwurf, daß die antidemokratische Vorlage, über die dreijährige Dienstzeit, welche den überwältigenden Unterschied zwischen den Geburtenziffern Deutschlands und Frankreichs außer Acht lasse, ein widersinniges Plagiat des deutschen Militarismus und sichtlich von dem Plane des deutschen Generalstabes beeinflusst sei, sich zurzeit mit der ganzen Macht des deutschen Heeres auf Frankreich zu stürzen und nach dessen Niederwerfung Rußland zurückzuschlagen, ein Plan, den der deutsche General von Bernhadi als etwas Raives bezeichnet habe.

Jaurès brach seine Rede um 6 Uhr ab und wird sie morgen fortsetzen. Die Linke, auch die Bürgerliche, die oft härmlich applaudiert hatte, brachte Jaurès Ovationen.

## Dänemark.

### Verworrene parlamentarische Lage.

Kopenhagen, 15. Juni. (Fig. Ver.) Die politische Krise zieht sich in die Länge und die beiden rechtsstehenden bürgerlichen Parteien bieten ein Bild des politischen Jammers. Das Parlament trat zwar am 12. Juni zusammen, hat aber noch nichts weiter fertig gebracht, als die Vorschläge zu wählen und sich ordnungsmäßig zu konstituieren. Selbst diese Tat ging nicht ohne Konfusion vor sich und es bedurfte des Eingreifens der sozialdemokratischen Fraktion, um über die Schwierigkeit der Präsidialwahlen hinwegzukommen. Unsere Genossen schlugen vor, das Präsidium auf Grund der Fraktionsstärke proportional zu besetzen. Das wurde schließlich angenommen, nachdem in der liberalen Fraktion der böse Geist des Liberalismus, Herr Christensen, eine fühlbare Niederlage erlitten hatte. Christensen wollte auch diese eigentlich selbstverständliche Sache verhindern, um den späteren Rückhandel mit den Konservativen zu erleichtern. Aber schließlich beschloß seine Partei mit 24 gegen 8 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen, den sozialdemokratischen Vorschlag, so daß nun ein liberaler Landwirt zum Präsidenten, unser Genosse Staanung zum ersten Vizepräsidenten und ein radikaler Landwirt zum zweiten Vizepräsidenten gewählt wurden. Zwei Bauern und ein Arbeiter bilden also das Präsidium der neugewählten Kammer, nämlich entschiedene Anhänger der Verfassungsvorlage Klaus Bernthsen. Dieser hatte mit der Annahme des sozialdemokratischen Vorschlags in seiner Fraktion einen ersten Sieg über Christensen gewonnen. Aber daraus darf noch nicht auf den künftigen Gang der Dinge geschlossen werden.

Da das Ministerium sein Abschiedsgesuch bereits eingereicht hatte und daher nur die Portfeuille in Vertretung verwaltet, konnte eine Debatte über die politische Situation noch nicht eröffnet werden. Der König berief die Führer der Fraktionen zu sich, um ihre Stellung zu hören. Für die Sozialdemokratie erklärte der Genosse Staanung, daß in der jetzigen Situation das Ministerium Bernthsen bleiben müsse, um die Verfassungsreform durchzuführen, und daß erst nachher über die weitere Gestaltung der politischen Machtverteilung gesprochen werden sollte. Auch der Radikale, Herr Jaale, gab die gleiche Erklärung ab. Man ist aber noch nicht weiter gekommen. Um eine Klärung herbeizuführen, hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach die Kammer den König ersuchen soll, das Ministerium Bernthsen zum Verbleiben zu veranlassen, um die Verfassungsreform durchzuführen. Die Kammer soll ihre Unterstützung der Reformvorlage zusagen.

### Das Ministerium bleibt nicht.

Kopenhagen, 17. Juni. In der heutigen Sitzung des Folkething stand der Antrag der Sozialdemokraten zur einmaligen Behandlung, den König in einer Adresse zu ersuchen, das bisherige Ministerium beizubehalten. Der Führer der Sozialdemokraten empfahl die Vorlage. Der Führer der Linken J. C. Christensen rief dringend davon ab und verlangte den Uebergang zur Tagesordnung, in der der Reichstag erklärte, daß die parlamentarische Macht augenblicklich in den Händen der Radikalen und Sozialdemokraten liege, und daß es deshalb gebilligt werden müsse, daß das Ministerium seine Demission gegeben habe. Die Führer der Radikalen, der Rechten und der Sozialdemokraten rieten von dieser Tagesordnung ab, die mit den Stimmen der Radikalen und Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt wurde. Die Rechte hatte sich der Abstimmung enthalten. Der Führer der Sozialdemokraten zog darauf den sozialdemokratischen Antrag zurück, da der Ministerpräsident erklärte, daß das Ministerium nicht im Amte bleiben wolle.

## Italien.

### Generalfstreik in Mailand.

Rom, 17. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Arbeiterschaft in Mailand ist in den Generalfstreik getreten, um gegen die schweren Benutzungen streikender Metallarbeiter zu protestieren. An dem Streik beteiligten sich hauptsächlich die Buchdrucker, Gasarbeiter, die Arbeiter der ganzen Metallindustrie sowie die Straßenbahner. Für morgen wird völlige Arbeitslosigkeit erwartet. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, obwohl keine ernstlichen Unruhen vorgekommen sind. Eine Sympathieverversammlung der römischen Arbeiterschaft wurde polizeilich verboten. Die Ausbreitung des Proteststreiks auf andere Städte ist, da die Arbeitskammern und Syndikaten die Agitation gemeinsam leiten, nicht ausgeschlossen.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins Essen wurde am Sonntag in

Essen abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes hervorzuheben: Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg bei starker Fluktuation um 66, auf 3001, die der weiblichen um 181 auf 1238. Der geringe Fortschritt wird auf die besonders schwierigen Verhältnisse in Essen zurückgeführt. Nicht nur ließen sich viele Arbeiter von den Kruppischen Bahnbauabteilungen lösen, sondern es ist auch noch die Bewegung der Gelben hinzugekommen, deren Einfluß sich bei den Kommunalwahlen und auch bei den Landtagswahlen bemerkbar machte. — Die Einrichtung einer Zentralbibliothek und von Filialen in sieben Landorten hat sich bewährt. Daneben soll eine Wanderbibliothek eingerichtet werden. Die Jugendbewegung hatte stark unter den polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen zu leiden. — Die Aufstellung der Reichstagskandidaten wurde nach lebhafter Debatte einer hierfür besonders einzubereitenden Kreisversammlung übertragen.

Die Jahreskonferenz des ersten braunschweigischen Reichstagswahlkreises nahm am Sonntag in Braunschweig zur Kaiserfeier folgende Resolution gegen vier Stimmen an:

„Die Kreisversammlung hält die Arbeitsruhe für die würdigste Form der Kaiserfeier und beschließt: Die Kaiserfeier bleibt aufrecht erhalten, aber die Genossen sind verpflichtet, mit allen Kräften für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu wirken.“

Die Resolution soll sowohl dem Landespartei, wie auch dem deutschen Parteitag unterbreitet werden. — Weiter wurde über geschäftliche Angelegenheiten, über die Änderung des Organisationsstatuts, sowie über Presse und Agitation debattiert.

Protest gegen Jubiläumslärm und Wehrvorlage. Zu großartigen Kundgebungen der Chemnitzer organisierten Arbeiterschaft gestalteten sich vier vom sozialdemokratischen Verein für den 16. sächsischen Landtagswahlkreis am 15. Juni veranstaltete öffentliche Versammlungen. In vier der größten Säle der Stadt wurden sie abgehalten. Ueber das Thema „Kaiserjubiläum und Militärvorlage“ sprachen die Reichstagsabgeordneten Genossen Bruchmann, Grenz-Weipig, Reus-Deßau und der Vertreter des 18. Kreises, Roste-Chemnitz.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Bereinigtes Verfahren gegen Arbeiterfestzüge.

Während die Halle'sche Polizei früher gelegentlich Gewerkschaftsfestzüge und voriges Jahr auch den Raumzug genehmigte, verbietet sie dieses Jahr alles, sogar die seit Jahren gewohnten Kinderfestzüge am Volkspark herum. Und jetzt hat sie den Gewerkschaftsfestzug verboten mit einer nach Inhalt und Länge klaffenden Begründung. Während sie früher lange Ausführungen über die zu Widersehlichkeiten und Gewalttätigkeiten neigenden Elemente der Großstadt, die blutig verlaufene Straßen demonstrationen von 1910 und den herausfordernden Charakter der Rasendemonstrationsfestzüge machte, um so die Sicherheitsgefährdung nachzuweisen, beruft sie sich jetzt einfach auf Verkehrs-schwierigkeiten:

„Die schwierigen Verkehrsverhältnisse der meist vom Straßenbahngleisen durchzogenen Straßen, besonders aber die durch die zu erwartende große Teilnehmerzahl bedingte Ausdehnung des Zuges lassen namentlich in Anbetracht des Sonntags, befürchten, daß der Verkehr und damit die öffentliche Sicherheit durch die Veranstaltung empfindlich gefährdet wird.“

Das Reichsvereinsgesetz gestattet keine Verbote aus verkehrspolizeilichen Gründen. Das Oberverwaltungsgericht hat auch wiederholt in diesem Sinne entschieden. Aber für den „liberalen“ Oberbürgermeister Dr. Rive gilt anscheinend weder die Meinung des Reichstages noch die des Oberverwaltungsgerichts. Und der Regierungspräsident von Verberburg hat sich ihm angeschlossen; er wies die gegen das Verbot eingelegte Beschwerde „aus den in der Verfügung angegebenen Gründen zurück“.

Die Sache wird natürlich weiter verfolgt, denn wenn Rechtens werden sollte, was die Halle'sche Polizei versagt, dann könnte keine größere Arbeitervereinigung in Städten mit Straßenbahn noch einen Umzug veranstalten.

## Jugendbewegung.

### Spiegel in der Jugendbewegung.

In einer Jugendversammlung in Königsberg i. Pr., am 15. Juni, sprach Arbeitersekretär Krüger über die Königsberger Polizei im Kampf gegen die Arbeiterjugend. Er machte dabei die Mitteilung, daß ein Schlosserlehrling Max Schirrmann auf Veranlassung des königlich preussischen Kriminalkommissars Scheffer Abonnet der „Arbeiterjugend“ geworden war, um diese Zeitschrift und die Mitteilungsblätter über die Veranstaltungen für die Königsberger Arbeiterjugend in die Hände der Polizei zu spielen. Er sollte auch auf eventuell politische Reden und fernere darauf aufpassen, ob vielleicht eine Jugendorganisation bestünde. Als Entschädigung bekam er 8 M. monatlich, manchmal auch weniger. So lumpig die Tätigkeit, so lumpig also auch die Bezahlung! Der strebsame und hoffnungsvolle Polizeijüngling machte die Sache aber doch gar zu ungeschicklich, so daß die Entlassung schnell seiner staatsberaltenden Tätigkeit ein Ziel setzte. Der in Königsberg gerade antwefende Genosse Dr. Karl Liebknecht hielt dann in der Versammlung noch eine Ansprache. Der anwesende Polizeikommissar unterbrach ihn nach einiger Zeit und verlangte die Entfernung aller Personen unter 18 Jahren, da Liebknechts Rede eine politische sei. Der Herr Kommissar ließ sich aber doch überzeugen, daß sein Verlangen unberechtigt sei und unter dem Jubel der Versammlung konnte Liebknecht seine Rede beenden.

Die Spiegelgeschichte ist ein trefflicher Beweis, wie man in nationalen Kreisen die Jugend „erächtigt“.

## Letzte Nachrichten.

### Der Generalfstreik in Mailand.

Rom, 17. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Arbeitskammer Mailands hat nach erfolgreichem dreitägigen Streik die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, um erste Komplikationen der produzierten, teilweise sehr lange arbeitslosen Menge zu verhüten. Wahrscheinlich werden die Syndikaten diesen Beschluß ablehnen. Der heutige Tag brachte bei fast vollständiger Arbeitsruhe zahlreiche Polizeistatuen und Verhaftungen. Die Organisationen Roms und zahlreicher anderer Städte erklärten sich bereit, auf Mailands Order zu streiken. Die Situation ist der zahlreichen Provokationen wegen andauernd ernst.

### Der Londoner Suffragettenprozeß.

London, 17. Juni. (B. L. B.) In dem Prozeß gegen die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts wegen Verabredung, Schaden zu stiften, und wegen Aufreizung anderer wurde heute das Urteil gefällt, es erhielten die Frauen Kerr 12 Monate, Lake und Lennay 8 Monate, Bannet 9, Anders 15 und Kenney 18 Monate, der Chemiker Clayton erhielt 21 Monate Gefängnis.

### Im Sturm umgekommen.

Riel, 17. Juni. (B. L. B.) Am 7. Mai unternahmen drei Studenten der Medizin eine große Segeltour, von der sie noch nicht zurückgekehrt sind. Heute ist ein Segler aus Königsberg mit dem Boot der drei Studenten im Schlepphau hier eingetroffen. Der Segler hatte das Boot auf See treibend gefunden. Im Segelboot befand sich das Tagebuch, welches bis zum 10. Mai reicht und schwere Stürme verzeichnet. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die drei jungen Leute umgekommen sind.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Bezirk 828.  
Am Montag, den 16. Juni, verstarb unser Genosse, der Former  
**Johann Groth**  
Koloniestr. 15.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Friedenstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis**  
Am Mittwoch, den 11. Juni, verstarb unser Genosse, der Tischler  
**Max Mielke**  
Hoyenstraße 14.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes, Barfußstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt  
**Wilhelm Schönraht**  
am 16. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 19. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des heiligen Friedhofes aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl.**  
Geschäftsstelle Groß-Berlin, Bezirk Köpenick.  
Am 16. Juni verstarb unser Mitglied, Kollege  
**Wilhelm Schönraht.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Köpenicker Friedhofes aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Geschäftsstellenverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Franz Starezewski**  
am 15. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf - West, Humboldtstraße, aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser  
**Friedrich Steuer**  
am 16. d. Mts. an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Wollteich bei Erkner aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Julius Kruse**  
am 15. d. Mts. an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Niederschönhausen aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
1904 Die Ortsverwaltung.

Allen Kollegen und Bekannten zur Nachricht, daß am Sonntag, den 15. Juni, mein innigstgeliebter Mann, unser treuversorgender, unvergeßlicher Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Obermaschinenmeister  
**Paul Stein**  
im Alter von 34 Jahren sanft entschlafen ist.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Agnes Stein nebst Kindern.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Pius-Kirchhofes, Nordend, aus statt.  
12345

Allen Kollegen und Bekannten zur Nachricht, daß am Sonntag, den 15. Juni, mein innigstgeliebter Mann, unser treuversorgender, unvergeßlicher Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Obermaschinenmeister  
**Paul Stein**  
im Alter von 34 Jahren sanft entschlafen ist.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Agnes Stein nebst Kindern.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Pius-Kirchhofes, Nordend, aus statt.  
12345

**Jugendausschuß Lichtenberg.**  
Nachruf.  
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser junger Freund  
**Bruno Wegmann**  
Alt-Borsdagen 4/5  
nach schweren Leiden gestorben ist.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
256/12  
Der Jugendausschuß Lichtenberg.

**Verband der Bureauangestellten Deutschlands**  
Ortsgruppe Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur gef. Nachricht, daß unser Kollege, der Bureauvorsteher  
**August Fürstenberg**  
(Einnahmehilfsbeamter)  
am 15. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 18. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem hiesigen Friedhofe, Müllerstraße (Ecke Seestraße) statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
46/12 Die Ortsverwaltung.

Allen Parteigenossen die traurige Nachricht, daß heute Nacht meine liebe Frau, unsere Mutter  
**Emilie Schulze**  
geb. Hase, verw. Bernhard  
nach langem, schmerzhaftem Leiden verstorben ist.  
Um stillen Beileid bitten  
**Paul Schulze nebst Kinder,**  
Dolziger Str. 27.  
Beerdigung: Bitte das Interim des Wahlvereins zu beachten.

**Verband der Sattler u. Portefeuller**  
Cridderverwaltung Berlin.  
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Portefeuller  
**Paul Ullrich**  
(Berksstr. 3. Schloß)  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmanuels-Kirchhofes in Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
157/1 Die Ortsverwaltung.

**Dauftagung.**  
Allen lieben Verwandten und Bekannten, dem Verband der Brauerei- und Köchlerarbeiter und verwandten Berufsgenossen, der Dierktion sowie sämtlichen Kollegen des böhmischen Brauereibesetztes für die herrlichen Kranzspenden sowie liebevolle Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.  
**Frau Marie Prescher**  
nebst Kindern.

**Dauftagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten meinen herzlichsten Dank.  
**Otto Müller nebst Sohn,**  
Blumenhofstr. 29.  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Maß, schick, dmerh. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neuss Promenade 11, (Stadth. Biers.)

Son der Reife zured  
**Dr. P. Schwerin,**  
Arzt für Gornkrankheiten,  
Crantenstr. 145. 103/9

**Berlin W.**  
Mohrenstr. 37a (Kolonaden)  
**Berlin NO.**  
Große Frankfurter Str. 115  
**Trauermagazin**  
für  
**Damen-Konfektion**  
Kleider, Hüte etc.  
Außerste Preise  
**Farbige Konfektion**  
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.  
**Westmann**

**Freie Volksbühne**  
Morgen Donnerstag, 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus:  
**Generalversammlung.**  
Tagesordnung:  
Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal und vom Geschäftsjahr 1912/13. Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisoren. Anträge. Diskussion.  
**Neuwahlen** des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren und der Obleute der Ordner.  
Der gedruckte Jahresbericht liegt in der Generalversammlung aus.  
Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.  
Die Mitgliedskarten müssen vom **20. Juni** ab in einer **Zahlstelle** zum Umtausch gegen eine neue Karte für das Spieljahr 1913-14 abgegeben werden, mit der Angabe, ob die Mitglieder einer **Nachmittags-, gemischten oder Abend-Abteilung** angehören wollen.  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Knaben-Moden**  
Dauer bis 22. Juni.  
**Billige Ausnahme-Angebote**  
in Stoff-Anzügen  
Blusen-Anzüge blau Kammgarn- 6 50  
art, für 3-8 Jahre  
Blusen-Anzüge f. 3-8 Jahre 7-10 11 50  
blau Kammgarn-Cheviot Jahre  
Jackett-Anzüge für 7-14 Jahre 10 50 u. 6 95  
Sport-Anzüge schöne Muster für 3-8 Jahre 6 50 u. 4 50  
Sport-Anzüge für 7-14 Jahre 14 50 u. 9 75  
Prinz-Heinrich-Anzüge 6 95  
blau Kammgarn, . . . . . für 3-8 Jahre  
Stoff-Hosen für 3-8 Jahre . . 1.35 für 9-15 Jahre . . 1.85  
**Wasch-Anzüge** zu bekannt billigen Preisen  
Blusen-Anzüge für 3-8 Jahre 5 25 4.10 2.65 1.65 55 Pr.  
Prinz Heinrich-Anzüge f. 3-8 Jahre 5 50 4 15 2 75  
Kleider Anzüge f. 3-8 Jahre f. 9-14 Jahre 4.15, 3.10 4.95, 3.60  
Schul-Anzüge Joppe u. Hose, f. 7-12 J. 4.85, 3.60, 2.10 1 15  
Wasch-Blusen u. -Hosen für 3-8 Jahre 1 45, 95, 70, 30 Pr.  
Sport-Hosen bl. Satin wasch- 1 35 9-15 55  
echt, 3-8 Jahre Jahre 1  
Sport-Hemden □ Gürtel □ Sweater-Anzüge □ Spielhöschen  
Stroh Hüte □ Mützen □ Hosenträger  
Bestellungen nach außerhalb werden prompt ausgeführt. Von 20 Mark an franko. Angabe Alters erforderlich.  
Reisemuster u. Modelle für Knaben bis zum Alter v. 15 Jahr. erstaunlich billig  
**BaerSohn**  
Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10  
Sonntags nur von 8-10 geöffnet. — Kein Verkauf obiger Artikel an Wiederverkäufer.  
Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei

**Persil**  
das selbsttätige  
**Waschmittel**  
Nicht selbst waschen!  
Das besorgt viel schneller, besser und billiger Persil. — Nur einmaliges etwa viertelstündiges Kochen und die schmutzigste Wäsche ist im Nu blendendweiss frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.  
Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.  
**HENKEL & Co., DÜSSELDORF.**  
Nach Fabrikanten der allbeliebten  
**Henkel's Bleich-Soda**

**Drei Tropfen**  
**Kaol**  
gehen schmutzigstem Metall  
**Dauerglanz.**  
**Unentbehrlich für Autos.**  
Man verlange überall „Kaol“ in Flaschen zu 10 bis 50 Pf.  
Fabrik: Chemische Werke Lubzynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

**Garbáty**  
Cigaretten  
**Qualität**

Reichstag.

168. Sitzung. Dienstag, den 17. Juni 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Heeringen, Delbrück. Präsident Raempp berichtet über die Beglückwünschung des Kaisers durch das Reichstagspräsidium. Der Kaiser habe bei seinem Dank auf ein früher von ihm gebrauchtes Wort „Ein Reich, ein Volk, ein Gott!“ hingewiesen. — Die Versammlung erhebt sich zum Andenken an den verstorbenen Abg. Frhrn. v. Ralsen (P.) von den Sitzen.

Das Gesetz über die Einführung des Unterfängungswohnortes in Bayern wird verabschiedet.

2. Lesung der Wehrvorlage.

5. Tag.

Zur Debatte steht der sozialdemokratische Antrag auf Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr, eventuell Abschaffung des Einjährigenprivilegiums und die bereits mitgeteilte fortschrittliche Resolution, die ganz allgemein die Vorbereitungen für eine Dienstzeitverkürzung und Erweiterung des Einjährigenrechts verlangt.

Abg. Graf Praschma (P.) lehnt den sozialdemokratischen Antrag auf Herabsetzung der Dienstzeit auf 1 Jahr namens seiner Partei ab. Früher sei wohl mit der Zeit in der Kaserne etwas verschwendisch umgegangen. Jetzt aber seien die technischen Schwierigkeiten so groß geworden, daß man die zwei Jahre feste ausnützen müsse. Der Abg. Gradnauer hat eine Armee mit kurzer Dienstzeit eine demokratische genannt. Daraus müßte der Schluss gezogen werden, daß das ultraradikale Frankreich jetzt zu einer ganz reaktionären Dienstzeit von drei Jahren übergeht. Recht hat der Kollege Gradnauer, daß eine Armee mit kurzer Dienstzeit eine Friedensarmee ist. Sie ist es in dem Sinne, daß sie für den Krieg weniger tauglich ist. Die beste Friedensarmee ist demnach die, die gar keine Ausbildung durchmacht. (Heiterkeit.) Wenn es richtig ist, daß durch das zweite Dienstjahr der Volkswirtschaft wichtige Kräfte entzogen werden, so sind doch die Sozialdemokraten ganz inkonsequent, wenn sie durch ihren Eventualantrag die 17 000 Einjährigen ein zweites Dienstjahr einstellen wollen. Auch die Resolution Abt. will eine Herabsetzung der Dienstzeit und wird deshalb von unserer Fraktion abgelehnt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Rehbel (L.): polemisiert ebenfalls gegen den Antrag Gradnauer: Die Bauernsöhne dienen gern 2, 3, auch 4 Jahre. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dafür haben Sie kein Verdienst. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Dem Antrag Abt. betreffend die Jugendorganisation bringen wir große Sympathien entgegen, halten ihn aber im gegenwärtigen Moment nicht für durchführbar. — Die einjährige Dienstzeit (siehe ich schon deshalb nicht durchzuführen, weil man dann zweimalige Rekruteneinstellung haben müßte, was ein doppeltes Ausbildungspersonal erfordert würde. (Widerspruch links.) Im Falle einer Mobilmachung hätten wir bei einjähriger Dienstzeit zur Zeit der Rekruteneinstellung nur ganz geringe Bestände ausgebildeter Mannschaften. Redner erklärt sich darauf für sachverständig, was erneutes Gelächter bei den Sozialdemokraten auslöst, und polemisiert dann gegen einen Aufsatz in der „Zukunft“, in dem ausgeführt wurde, daß der Geist der Mannschaften im zweiten Dienstjahre weniger gut sei als im ersten Dienstjahre, was Redner bestritt. Die Schw. z. l. lebe nur von der Eifersucht der Nachbarn. (Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Heeringen: Meine Vorgänger haben eigentlich schon alles gesagt. Die Herabsetzung der Dienstzeit ist ein untaugliches Mittel zur Herabsetzung der Kosten. Die Sozialdemokraten wollen ja vor allem die Miliz aus politischen Gründen. Das hat der „Vorwärts“ im vorigen Jahre zugegeben. Sie wollen durch die Herabsetzung der Dienstzeit die Regierung schwächen, schwächen aber tatsächlich das Vaterland. (Lebhafte Widerrede bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen eine Herabsetzung der Leistungsfähigkeit, der Zuverlässigkeit unserer Armee. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Gradnauer hat dann gesagt, wie brauchen die längere Dienstzeit hauptsächlich für den Fall der eventuellen Unruhen. Allerdings soll die Armee auch in kritischen Fällen ihren Ramms stehen. Wenn wir in der Erfüllung unserer Pflicht, die Armes zur Treue für Kaiser und Reich zu erziehen, mit der Sozialdemokratie im Gegensatz geraten, so ist das keine Politik. — In wichtigen Ländern braucht die Armee erstreuerweise so wenig zum Dienst bei inneren Unruhen herangezogen zu werden, wie bei uns. Für Paradeübungen lege ich mich gar nicht besonders ins Zeug, denn sie sind einmal ziemlich selten, geben aber ein gutes Bild der Exerzierausbildung und sind wahre Volksfeste. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), die die Freude und das Interesse des Volkes an der Armee heben und erhalten. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das ist Ihnen freilich unangenehm!

Der Kriegsminister wendet sich dann gegen eine Verkürzung der Dienstzeit. Dann könnten wir die Soldaten nicht mehr nach Hause beurlauben und könnten dem Ausbildungspersonal nicht mehr die nötige Erholungsfrist beim Mannschaftswechsel geben. Wir sind mit der zweijährigen Dienstzeit nur mit Anspannung aller Kräfte fertig geworden, für die einjährige hätten wir gar nicht genug Ausbildungspersonal. Dann wären auch die verschiedenen Spezialausbildungen gar nicht möglich, die die volle Ausbildung in der Waffe voraussetzen, also erst im zweiten Jahre gegeben werden können. In der gründlichen Einzelausbildung liegt die Stärke des deutschen Heeres. Mitteln Sie nicht an diesem Grundpfeiler der Armee! — Zu dem fortschrittlichen Antrag bemerke ich, daß noch nicht jeder gute Turner auch ein guter Soldat ist. Die Bevorzugung der Turner wäre auch organisatorisch undurchführbar. — Was die Einjährigfreiwilligen anlangt, so ist es doch ganz was anderes, gebildete Leute in beschränkter Zahl und durch ausgesuchtes Personal auszubilden oder Kompanien von 80 und mehr Rekruten. Außerdem machen die Einjährigen auch viel mehr Leistungen. Die einjährige Dienstzeit würde enorme Kosten verursachen, und die im Kriegsfalle notwendige Offensive beeinträchtigen. Die Eisenbahnen könnten so gewaltige Massen gar nicht befördern. Auf die kürzere Ausbildungszeit der Serben und Bulgaren kann man sich nicht berufen, denn das sind marschier- und waffengeübte, abgehärtete Naturvölker; und ihr Gegner war ein unausgebildetes Rekrutenheer! Mit Vegeisterung zogen sie in den Krieg gegen den Erbfeind — das ist nicht zu vergessen! Der Schweizer Oberst Will lobt die Miliz keineswegs. Lehnen Sie alle diese Anträge ab, sie wären der Ruin des deutschen Heeres! (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Viehling (Sp.) tritt für die Resolutionen seiner Partei ein. Die einjährige Dienstzeit kann nicht in Frage kommen, in der lange nicht ganz Europa sie einführt. Kleine Leute in der Schweiz haben mir gesagt, daß es ihnen viel lieber wäre, ein bis zwei Jahre hintereinander zu dienen, als so oft dem Erwerbssleben durch Einberufungen entzogen zu werden. (Hört! hört! bei der Volkspartei.) Wäre also die Miliz ein Segen? Die Sozialdemokraten sollten mit uns für Ausdehnung des Einjährigenrechts eintreten. Die Sozialdemokratie hat uns den Vorschlag gemacht, daß wir unsere weitergehende Resolution aus der Budgetkommission im Plenum nicht aufrechterhalten haben. Aber wir hatten in der Budgetkommission die große Mehrheit gegen uns und wollen nun versuchen, im Plenum wenigstens etwas durchzusetzen. Wir wissen ja, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) alles als „Simone“ usw. verhöhnen, was nicht aus Ihrer Partei herauskommt. (Beifall bei den Liberalen und rechts.)

Abg. Schulz (Soz.):

Der Herr Kriegsminister hat ja heute einen sehr netten Witz gemacht, indem er sagte, die lange Dienstzeit müsse aufrecht erhalten werden, weil die Parade notwendig sei, um einen Ueberblick über die Ausbildung zu bekommen. Das ist doch kein Argument, das ist ein Witz, und bei einer anderen Gelegenheit, in der Budgetkommission, hat er die kurze Dienstzeit der Schweiz mit einer Frucht verglichen, die man dort nicht erwarten könne, wo man nicht die Blüte einer verbesserten Jugendzucht habe. Heute aber hat der Herr Kriegsminister gegen den Antrag Abt. betreffend eine bessere Jugendzucht gesprochen. Daraus muß man also den Schluss ziehen, daß, weil der Herr Kriegsminister die Früchte, nämlich die Verkürzung der Dienstzeit nicht will, er sich auch aus den Blüten nichts machen will. Das ist der Standpunkt eines Berufsmilitärs, der mit einer menschlich begeisterten Liebe an dem Gedankenkreise hängt, in dem er aufgewachsen ist. Wir können also diesen Standpunkt wohl begreifen, aber nicht billigen. Er ist uns zu eng. Schon mein Herr Vorkredner hat ausgeführt, daß die militärische Kreise mehr Rücksicht auf das bürgerliche Leben nehmen müssen. Für Beibehaltung der jetzigen Dienstzeit sind die Militärs und die regierenden Kreise hauptsächlich aus politischen Gründen, und über diese sind wir besser unterrichtet, als der Kriegsminister, der als Militär gar nicht das Recht hat, sich um politische Dinge zu kümmern. (Sehr richtig! links.) Es ist aber schon Politik, wenn Sie die Sozialdemokratie bekämpfen. Das ist sogar in der Weise, wie Sie es betreiben, die ungerechteste Ausnahmepolitik,

die man sich denken kann. Als Militär haben Sie nicht das Recht, die Sozialdemokratie als politische Partei zu bekämpfen. (Lebhafte Verfall bei den Sozialdemokraten.) Wir können uns unmöglich durch Ihre Praedominanz an der Kritik verhindern lassen. Wenn der Herr Reichstanzler seit gestern zum Generalleutnant befördert ist, so frage ich Sie, ist er denn nun in Ihren Augen mit einem Schlage ein bedeutenderer militärischer Fachmann geworden? (Heiterkeit.) Ich glaube, daß der Herr Kriegsminister auch heute noch mehr Wert auf das militärische Urteil eines Mannes hier im Hause legt, der nicht einmal die Gekreidenschöpfe hat, der wohl nicht einmal Soldat gewesen ist, nämlich des Abg. Czabberger. (Große Heiterkeit.) Dagegen erhebt sich, sobald ein Mann derselben Partei, der wirklich sachkundig ist (General Haessler), etwas anderer Meinung ist als die Herren vom Bundesratssitz, sofort ein Regierungsvertreter, um zu erklären, daß der Herr Abgeordnete gerade auf diesem oder jenem Spezialgebiete nicht sachkundig sei. Der Herr Kriegsminister hat gemeint, die serbischen und bulgarischen Truppen hätten auch bei kurzer Dienstzeit deshalb etwas geleistet, weil sie von Natur aus infolge der Abhärtung besser zum Kriegsdienst geeignet sind. Aber wie reimt sich das damit zusammen, daß uns sonst immer gelagt wird, die Tüchtigkeit einer Armee hänge von ihrer geistigen Ueberlegenheit ab. So sieht man, daß die Herren Militärs aus der großen Kammer ihres Wissens immer gerade für den einzelnen Fall mit irgend einem Argument herauskommen, das gerade für diesen einzelnen Fall die Reform unmöglich machen würde.

Daß Uebergangsbestimmungen gefordert werden müßten, wenn der Reichstag einmal unseren Antrag annehmen würde, ist so selbstverständlich, daß man darüber kein Wort verlieren braucht. Durch solche Schreckgespenster, wie sie von den Herren da drüben für den Fall einer Mobilmachung an die Wand gemalt werden, wollen wir uns von der Kritik des stehenden Heeres nicht abhalten lassen. Der Herr Kriegsminister läßt ja selbst alle Jahre aufs neue Kritik an dem Bestehenden, indem er

Jahr für Jahr eine neue Vorlage

einbringt und damit begründet, daß unser Heer an diesem oder jenem Punkte nicht vollständig sei. Auf diese Weise ist ja das Heer seit langen Jahren überhaupt nicht zur Ruhe gekommen. Sie werden natürlich sagen: Ja, das muß sein. Auch wir haben großes Verständnis für das Wörtchen: muß. Wenn man vor 1806 den preussischen Offizieren die Scharnhorsche Heeresreform vorgelegt hätte, was hätten die Herren da wohl gelagt? Wie hätten sie einen solchen Kritiker am Bestehenden einen freien Menschen genannt und ihn womöglich in die Kasematten gelockt! Nach 1806 gingen die Reformen sehr schnell, weil ein Ruh dabei war. Da waren die Reformen möglich angesichts des Feindes, ja fast unter seinen Bajonetten. Auch alle Reformen im heutigen Heere werden möglich werden, sobald erst einmal ein Ruh dahinter steht, und dieses Ruh, das Reformen im Sinne der Miliz bringen wird, ist schon im Anmarsch und kommt alle Tage näher. Dieses Ruh wird erzwungen — nicht durch den äußeren Feind, an dieses Schreckgespenst des Kriegsministers glauben wir nicht — aber es wird erzwungen durch die finanziellen Rote, durch den unerträglichen Druck der wachsenden finanziellen Belastung. Auch durch die Regelung der Deckungsfrage, über die die Herren wohl noch nicht ganz einig sind — ich führe darauf die große Gelassenheit zurück, mit der die Herren hier der Verhandlung über unsere Anträge beiwohnen. (Lärm rechts.) Ich will damit sagen, daß, wenn die Herren über den Kompromiß schon einig wären, sie hier sich wohl nicht so an der Debatte beteiligen würden. Es ist uns sehr lieb, daß auf diese Weise unsere Anträge so gründlich und sachlich durchberaten werden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir sind nicht Gegner der Disziplin, sondern nur des Kadavergehorsams, mit dem der heutige Militarismus sich und fällt. Daß Disziplin sein muß, das braucht man gerade uns Sozialdemokraten nicht zu sagen, das hieße Enten nach Alken oder — um zeitgemäßer zu sprechen — Fahren nach Berlin tragen. (Heiterkeit.) Sie könnten sich geradezu ein Beispiel an der Disziplin der Sozialdemokratie nehmen. Wir bekämpfen nur den Drill, das heißt den freiheitsfeindlichen Geist der Kasernen, die

Abschiebung des Soldaten gegen die frische Luft, gegen das Volk.

Wir bekämpfen den Drill als den Selbstherrscher der Kasernen, als den Qualgeist, der den Soldaten das Leben verbittert. Der Kriegsminister gibt dies ja zum Teil selbst zu, indem er immer wieder ausführt, daß er gar nicht so besonders viel Wert auf den Drill lege.

Die heutige Heeresorganisation entspricht nicht dem ganzen übrigen wirtschaftlichen und sozialen Gefüge, sie paßt in keiner Weise zu dem allgemeinen Wahrsch. Das deutsche Volk besitzt, sie entspricht nicht den demokratischen Strömungen und Tendenzen der Gegenwart. Um so größer ist die berechtigte Erbitterung der breiten Massen. Mit der freien Selbstbestimmung des Mannes, die doch auch dem Prinzip des allgemeinen Wahlrechts zugrunde liegt, das uns alle in dieses Haus hereingebracht hat, stimmt die heutige militärische Erziehung nicht überein. Auch der freie Mann unterwirft sich den Geboten der Disziplin, wo er sie als nötig erkannt hat, aber es widerstrebt ihm, sich Geboten zu unterwerfen, die er nicht für notwendig halten kann und die ihm nur aufzuzwingen werden. In der heutigen Kaserne wird jede persönliche Freiheit einfach ausgelöscht. Hier gilt der Spruch: Laßt alle Hoffnung draußen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf zwei Jahre ist der Soldat nicht mehr ein freier Mann, nicht mehr ein Bürger, er ist nicht mehr berechtigt, eine religiöse oder politische Ueberzeugung zu haben, nicht einmal auch nur zu denken, sondern er ist ein Automat, eine Maschine, eine Puppe, ein Werkzeug, ein willenloser Gehorcher. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber — und das ist ihre größte Sorge — der innere Mensch läßt sich nicht so uniformieren, wie der äußere. Die zwanzigjährigen Menschen, die durch die heutige Schule gegangen

sind, haben an sich selbst den Wert der eigenen Erziehung zur Persönlichkeit kennen gelernt, sie sind Männer mit Herz, Verstand, Erfahrung und Charakter, wenn auch mit jugendlicher Erfahrung und jugendlichem Charakter. Und diese Leute ziehen ihre Gesinnung und Ueberzeugung, ihre ganzen Gefühle in der Kaserne nicht so aus wie den Zivilangst, für den Sie den jungen Leuten die Montur geben. Hat die Militärverwaltung eine Ahnung von der Erbitterung, in die der Kasernengeist die 20jährigen Männer versetzt? Die Herren von der Militärverwaltung sind zwar ihr Lebelang Soldaten — ich sehe den leisen Spott auf den Lippen der Herren, weil ich mir herausnehme, etwas über ihr ureigenes Gebiet, über den Geist der Kaserne zu sagen! — aber Sie sind niemals mit den Soldaten so zusammengekommen, daß Sie deren Stimmung und innerer Gefühle kennen gelernt hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Glauben Sie, daß der Soldat dem Vorgezogen sein Herz ausschüttet?! In den ersten Wochen und Monaten kommt der Rekrut weniger zum Bewusstsein dessen, was an ihm verübt wird. Der ganze Geist der Kaserne legt sich lähmend auf sein Denken. Das Neue, Ungewohnte und Schreckhafte löst zunächst jede selbständige Persönlichkeit aus. Wer von Ihnen Soldat war, wird sich entsinnen, wie uns ganz unwillkürlich eine Gänsehaut über den Rücken lief bei der Verlesung der Kriegsartikel mit all den fürchterlichen Strafen für Vergehen, von denen wir nicht das geringste wußten, und wie sich unter das Gefühl bemächtigte, daß vielleicht schon der Schritt aus der Stube einen Verstoß bedeuten und eine wer weiß wie lange Freiheitsstrafe nach sich ziehen könnte. Aber allmählich lehrte die Ueberlegung und das selbständige Denken zurück, der junge Mann wird kritisch. Uebrigens, wenn erst die jungen Leute, die durch die heutige Schule des Jungdeutschlandbundes gegangen sind und dort alle möglichen militärischen Dinge vorweg genossen haben, in einer Form, die ihnen den Ernst der Sache nicht beibringt — wenn die erst mit ihrer blühenden Weisheit zu kritisieren anfangen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine aber die Kritik des geistig gefunden Mannes, der schon zu einer gewissen Persönlichkeit herangewachsen ist und dem sehr bald die Frage kommt: Ist denn das alles, wozu wir hier gezwungen werden, nötig? Sehr bald erkennt der Soldat die Ueberflüssigkeit von sehr vielen Dingen, die er tun muß. — Der Drill und die Paraden sollen Notwendigkeiten der Disziplin und der Marschbildung sein. Ich vermute, daß unser Kollege Häusler nicht mehr zu diesen Dingen, für die gerade er so sachverständig ist, sprechen wird und verweise deshalb darauf, daß er früher einmal ausgeführt hat, daß die maschinenmäßig eingedrillten Gewehrgriffe und Paradevorsätze nicht nur keinen Wert für die Kriegsausbildung haben, sondern eher durch die Hervorrufung der Kritik die Disziplin untergraben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst das „Militärwochenblatt“ hat 1885 festgestellt, daß der begehrteste Anblick maschinenmäßig von einem ganzen Bataillon vollzogener Bewegungen die Militärs zu einem

Uebermaß des Drills

verleiten kann, was aber keineswegs die kriegsmäßige Ausbildung fördern könnte. Das alles sagt sich der Soldat, um so mehr, als notwendigerweise schon bei dem geringeren Ernstfall der Feldübungen alles Parademäßige und Exerziermäßige beiseite gelassen wird. Ich erinnere mich aus meiner Soldatentzeit, daß sich ein Einjähriger, ein Theologe — also gewiß kein Sozialdemokrat! — und später auch ein Regierungsbaumeister, der Bizefeldwebel war und Reserveoffizier werden sollte, in der erbitterten Weise zu mir über die vielen Ueberflüssigkeiten Anforderungen, die an uns gestellt wurden, ausgesprochen haben. Das waren Leute aus Ihren Kreisen. Die Arbeiter sagen es nicht so laut, sie denken es sich aber ebenso. Und wir finden in den Volkerversammlungen, die doch zu einem großen Teile von ehemaligen Soldaten besucht sind, niemals aufmerksamerer Zuhörer, als wenn wir die militärische Ausbildung besprechen. Und immer wieder erklären auch die einfachsten Leute: jawohl, das braucht nicht zu sein, das ist nutzlos. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Rehbel hat vorhin erklärt, daß die Söhne der ärmeren Bauern mit Vergnügen zwei und drei Jahre dienen (Kurze bei den Sozialdemokraten: Sogar vier!), weil sie beim Militär etwas gelernt. Ich registriere das Zugeständnis, daß man in den heutigen Schulen in Dinstreihen und überhaupt auf dem Lande so wenig leert, daß man selbst in der Kaserne noch etwas zu lernen kann! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber mir haben die kleinen Bauern Thüringens oft erklärt, daß es für sie von größtem Wert sein würde, wenn ihre Söhne statt zwei und drei Jahren nur ein Jahr zu dienen brauchten.

Die Kritik des Soldaten über die Zeitverschwendung beim Militär wird aber geradezu aufgeweicht durch das System der Einjährig-Freiwilligen, über das bei allen nicht militärisch total verantranten Menschen nur eine Meinung herrscht: Horn über die ganz unbillige, auf keinerlei militärische Gründe gestützte Ausnahme und Spott und Hohn, besonders bei den Dreijährigen, weil sie wissen, daß die Einjährigen meist eine lockere Figur im Gliecke spielen. Die Soldaten fragen sich, warum denn diese Leute bloß ein Jahr zu dienen brauchen? Und sie kommen zu der Antwort, daß diese Maßregel nur durch soziale Gründe,

durch Klassenvorrechte und Klassenvorurteile

gerechtfertigt werden kann. (Lebhafte Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Napoleon hat noch den Vorkauf für berechtigt gehalten, weil bei der Ungleichheit der Vermögen, auf denen die Volkswirtschaft beruht, dem Reichen gestattet sein müßte, einen Erbsmann zu stellen. Das kann man heute nicht mehr, wohl aber kann sich der Reiche zur Hälfte loskaufen, so daß er statt zwei Jahre nur ein Jahr zu dienen braucht. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Auf die einfachste Formel gebracht, heißt das Vorrecht der Einjährig-Freiwilligen: wer Geld hat, braucht nur ein Jahr zu dienen, wer kein Geld hat, muß zwei und drei Jahre dienen. Wer Geld hat, hat außer diesem großen Vorteil der kürzeren Dienstzeit noch die sehr hoch anzuschlagenden Vorzüge, daß er nicht in der Kaserne wohnen muß, daß er, wenn er erschöpft von den Exerzierübungen kommt, nicht noch eine ganze Zeit mit dem erbitternden inneren Dienst in den dumpfigen Kasernenstuben zubringen, daß er nicht in der Kaserne schlafen muß, was bei der großen Anzahl von Leuten, die da in einem Raum schlafen, eine schlimme Sache ist. Der Einjährige wohnt nach der Uebung seine staubigen Sachen hin und überläßt sie dem Buzer, er selbst tänzelt in der Extraintorm über die Promenade und erholt sich. Man sagt, die Kost in den Kasernen sei gut und ausreichend, — nun, dann muß sie es auch für die Einjährigen sein! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Vorteile bedeuten, daß die Dienstzeit des Einjährigen noch weiter verkürzt wird. Kennt denn der Einjährige besser und schneller? In den heutigen Schulen bereitet ihn nichts auf die spätere militärische Dienstzeit vor. Das alles sagen nicht nur wir, sondern auch die — Tägliche Rundschau hat es gesagt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Einer ist sicher hier im Saale, der sich sagt: Wenn auch nicht in der Form, in der Sache hat der Redner doch nicht so ganz unrecht — und das ist der Herr Kriegsminister! (Heiterkeit links — der Kriegsminister läßt hell auf.) Noch im vorigen Jahre hat er in der Budgetkommission mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Aufhebung des Einjährigenprivilegiums militärisch wünschenswert sei, das heißt doch, diese Einrichtung stört uns und die ganze Ausbildung, sie hat so viele Schäden im Gefolge, daß ich am liebsten die ganze Geschichte beseitigen würde. Wir wollen sie dadurch beseitigen, daß

wir verlangen, alle Soldaten sollen nur ein Jahr dienen. Wenn die Söhne der Reichen bisher mit einem Jahr davonkommen konnten, dann können es die Söhne der Armen ebenfalls. Wie das organisatorisch einzurichten wäre, darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. Hat das Parlament erst einen solchen Beschluß und stellt es sich mit seiner Macht und Entschlossenheit hinter ihn, dann sollten Sie sehen, wie schnell die Herren von der Militärverwaltung umlernen können. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Tun Sie es aber nicht, wollen Sie die Verkürzung der Dienstzeit nicht herbeiführen, so werden wir die Empörung, die jetzt schon weite Volksteile über die Ausnahmestellung der Einjährigen erfüllt, den Unmut über diese ganz unerhörte und erbitternde Ungerechtigkeit noch zu verstärken suchen und den Arbeitern, kleinen Bauern und kleinen Beamten sagen: Eure Söhne müssen zwei Jahre dienen, weil Ihr arm seid, weil Ihr niedrige Löhne habt, weil der Staat Euch unzureichende Gehälter gibt — habt Ihr aber Geld, dann genügt ein Jahr! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien.) Sie können reden was Sie wollen, Sie werden doch niemandem klar machen, daß andere Gründe für die Aufrechterhaltung dieses Privilegs vorhanden sind. Wenn wir diesen Groß zu härten versuchen werden, so geschieht das nicht aus allgemeinen Haß gegen das Militär, sondern aus besonderem Haß gegen die ungerechte, rücksichtslose und durch nichts gerechtfertigte Ausnahmestellung. Ich hoffe, daß wenigstens die Freunde des Abg. Mumm für unsere Forderung stimmen werden, denn der „Reichsbote“ hat längst gefordert, daß jeder Mann zwei Jahre dienen soll. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Freikämmlinge fordern uns auf, für ihre Anträge auf Erweiterung des Einjährigen-Privilegs zu stimmen. Wir sind für seine Erweiterung des Privilegs zu haben, weil wir das ganze Privileg bekämpfen. Und kommt es nicht darauf an, die Vorrechte, die jetzt 5 Proz. genießen, auf weitere 2 oder 3 Proz. auszudehnen, sondern alle 100 Proz. derselben Vorteile teilhaftig zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit ist die Vorbedingung eines Volksherees. Ich will nicht sagen, die unerläßliche Vorbedingung, denn schon heute ist die Möglichkeit eines Volksherees gegeben. Vor einiger Zeit erörterte ein hoher Militär in einer Broschüre, wie es möglich sei, den Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Erziehung zur Wehrhaftigkeit zu brechen; aber nicht von der Sozialdemokratie geht dieser Widerstand aus, sondern von Berufsmilitären. Es gibt allerdings auch Militäre, die anders darüber denken. Sätze über die Bedeutung des Schulturnens für den Militärdienst, die unser verstorbenen Führer Engels geschrieben hat, könnten ebenso gut vom Feldmarschall v. d. Goltz stammen. Und in derselben Weise hat sich der Kollege Haessler hier ausgesprochen.

Freilich darf das Ziel, das mit der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit verfolgt wird, nicht die Militarisation der Jugend sein. Das Ziel muß vielmehr sein, die Jugend so zu erziehen, daß die denkbar größte Wehrkraft des Volkes sich von selbst ergibt. Freilich müssen, um dies Ziel zu erreichen, sozialpolitische Vorbedingungen

erfüllt werden. Ich erinnere an Wohnungsreform, Säuglings- und Mutterchutz. Der Kriegsminister täte gut, diesen Fragen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er würde dann bald erkennen, in welchem Zusammenhang die Sozialpolitik mit der Kräftigung des Volkes und seiner Erziehung zur Wehrhaftigkeit steht. Ich erinnere auch an die große Bedeutung, die der Verlängerung der Schulzeit innewohnt. Im preussischen Herrenhause, einer Körperschaft, in der jetzt und vorläufig wohl noch lange keine Sozialdemokraten sitzen (Weiterkeit), hat Feldmarschall Graf Haessler bekanntlich diese Forderung aufgestellt. Ich will nur kurz verweisen auf die Bedeutung der Wanderungen und Turnspiele, auf das Einführen der Knaben in die Orientierung im Gelände, auf Ausdehnung der schulärztlichen Behandlung usw. Von der größten Bedeutung ist ferner, daß die Kinder nicht gleich nach der Schulzeit acht oder zehn oder zwölf oder gar vierzehn bis sechzehn Stunden abgeradelt werden, sondern höchstens eine sechsstündige Arbeitszeit und mindestens hierwöchentliche Ferien haben. Es wäre uns natürlich das Beste, alle diese Dinge durch Reichsgeleitz zu regeln. Aber als Abschlagszahlung nehmen wir auch Landtags- und Gemeindefestlichkeiten in Empfang. Nicht aber können wir anerkennen, daß der Jungdeutschlandbund die Ziele einer wahren Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit verfolgt. (Zuruf rechts: Das glauben wir schon!) — Der Jungdeutschlandbund ist eine Karikatur auf die wahre Erziehung zur Wehrhaftigkeit. Ich denke hier nicht gerade an die verschiedenen militärischen Hinterlistigkeiten, obwohl dieselben gar schon dem Generalfeldmarschall v. d. Goltz sauer aufzukommen begannen. Doch das sind schließlich Kleinigkeiten. Was wir in erster Linie am Jungdeutschlandbund tadeln, das sind die Ziele, die ihm gesteckt werden. Ich erinnere an die haubiniische Rede, die der Generalfeldmarschall v. d. Goltz im Januar d. J. im Verein Deutscher Studenten gehalten hat. Die Kriegsbereitschaft war das A und O dieser Rede. Man kann nun sagen, diese Rede sei vor Erwachsenen gehalten. Aber in Artikeln in der Zeitschrift des Jungdeutschlandbundes, der „Jungdeutschland-Post“, hat der Feldmarschall dieselben Töne angeschlagen. Wenn Herr v. d. Goltz noch immer eine gewisse Vorsicht in der Wahl seiner Worte erkennen läßt, so sprechen seine Nachtreter denklarer. Da hat in der „Jungdeutschland-Post“ ein Herr v. Watterberg einen Artikel geschrieben, in welchem der Krieg die höchste und heiligste Betätigung des menschlichen Handelns genannt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr spricht da von der heiligen Kampflust und der

#### heiligen Stunde des Kriegsaufganges.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zwischen durch wird dann allerdings der Kaiser als Friedensfürst gefeiert. Aber gleich hinterher heißt es wieder: „Der Krieg ist schön“. Ist das nicht eine Verständigung an der deutschen Jugend? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der Mann ist übergeschnappt!) O nein, der Mann ist nicht übergeschnappt. Mit vollster Bestimmtheit feiert er den Krieg, das Löten, das Blutvergießen. Das ist eine Verständigung an den Seelen der jungen Leute, eine Verständigung an der Pädagogik. Und da wird nun noch behauptet, der Jungdeutschlandbund verfolge keine politischen Ziele. (Zuruf rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe das reichhaltigste Material, um die Politikbestrebungen des Jungdeutschlandbundes zu beweisen, will aber aus Rücksicht auf die Geschäftslage das Material nicht vorbringen. Auch von bürgerlich-pädagogischer Seite ist gegen diese Art Soldatenpielererei protestiert worden. Es ist dort das Wort gefallen von „Lederschnupf-Phantasterei“, von einer „Verindianerung der Jugend“. Selbst in militärischen Kreisen regt sich der Widerspruch gegen diese Soldatenpielererei, unter der Schule und Haus zu leiden haben. Aber trotz alledem und alledem wird der Jungdeutschlandbund in jeder Weise amtlich protegirt und gefördert, während der proletarischen Jugendbewegung Steine über Steine in den Weg gelegt werden. Wenn dem Kriegsminister an der körperlichen Gesundheit der Arbeiterjugend liegt, sollte er seinen Einfluß im Ministerat anbieten, um die Maßnahmen zu verhindern, die der Arbeiterjugend die körperliche Betätigung zu erschweren trachten. Nur ein paar Beispiele. In Altenburg ist dem Arbeiterturnverein ohne jede Angabe von Gründen die Benutzung des Exercierplatzes an Sonntagnachmittagen abgefragt worden. Die bürgerlichen Jugendvereine erhalten die Generalfeldmarschall zu halben Preisen, während den proletarischen Jugendvereinen dieselbe Vergünstigung, und zwar ohne Angabe von Gründen, versagt worden ist. Also die Kinder der Wohlhabenden zahlen den halben Preis, die Kinder der Armen den ganzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schon der Vater der Turnkunst Gutsmuth hat dagegen protestiert, daß das Turnen zur Militarisation dienen soll. Er forderte die körperliche Ausbildung als Vorbedingung der Völkerveredelung aller

Kräfte der Menschheit, und der Mann, der bei den Feiern dieses Jahres so viel genannt wurde, der zwar nicht richtig schreiben, aber um so richtiger denken konnte, Fürst Bismarck, hat 1814 gesagt: in Preußen kann man nicht unterscheiden, wo der Bürger aufhört und der Soldat anfängt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war freilich 1814, in jener kurzen Periode, als das eiserne Maß zur Einkehr gezwungen hatte. Die Zeit war bald vorüber, und heute glaubt man in Preußen die Scheidelinie zwischen Soldat und Bürger gar nicht scharf genug ziehen zu können. — Wir wissen, daß der Geist der Entwicklung bei uns und unseren Forderungen ist. — Wir werden unsere Forderungen durchzusetzen wissen, wenn nicht gegenüber der jetzigen, dann gegenüber der künftigen Kriegsverwaltung. (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen vertahrt sich dagegen, sich für eine Aufhebung des Einjährigenprivilegs ausgesprochen zu haben. Das Einjährigenprivileg ist gewiß eine Last für die Armee, die sie aus bestimmten Rücksichten auf sich nehmen muß, aber nur für einige tragen kann, nicht für alle. Weiter ist es nicht richtig, daß ich wegen der Paraden für eine längere Dienstzeit eingetreten wäre. Ich habe den Paraden nur eine gewisse Berechtigung zugesprochen. Auch der Vorredner hat Wahrheit und Wehrvorlage in einem gewissen Zusammenhang gebracht. Eine Wehrvorlage darf nur unter militärischen Gesichtspunkten beurteilt werden. (Sehr richtig! rechts.) Eine Armee, wie der Vorredner sie sich denkt, hat auf diese Bezeichnung keinen Anspruch. (Sehr richtig! rechts.) In einer Armee muß ein Wille herrschen, sonst verlor sie. (Bravo! rechts.) Ueber das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften hat der Vorredner ganz falsche Vorstellungen. Im letzten großen Kriege hätte er sehen können, wie die Offiziere sich Abend für Abend mit den Mannschaften um die Wirtshauslaken lagerten. Was der Vorredner über eine gute körperliche Ausbildung der Jugend gesagt hat, ist richtig. Aber die Jugendbewegung darf nicht politisch sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Sagen Sie das noch rechts!) Der Jungdeutschlandbund will die Liebe zum Vaterland pflegen und zu Treue und Gehorsam gegen die Obrigkeit erziehen. (Abg. Dr. Viednecht: Ist das nicht politisch?) Nein, das ist nicht politisch. (Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Für Uebertreibungen einiger Artikel darf der Jungdeutschlandbund nicht verantwortlich gemacht werden. Er will auch keineswegs nur den Krieg verherrlichen, sondern will die Jugend zur Opferwilligkeit erziehen. Ich wünsche dem Jungdeutschlandbund ferner ein gutes Gedeihen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Koch (Sp.) tritt für eine Ausdehnung des Einjährigen-Berechtigungsgebietes vor allem auf die Baugewerkschüler ein und die neunstufigen Mittelschulen.

#### Abg. Dr. Luard-Frankfurt (Soz.):

Es wird im Volke große Enttäuschung hervorgerufen, daß auch diese Militärdebatte ohne jede Gegenleistung ausgedehnt wird. Auch die Liberalen wollen nicht für unseren positiven Antrag stimmen. Deshalb muß hier zum Schluß einmal folgendes festgestellt werden: die Liberalen predigen das ganze Jahr den Wählern vor, daß der Augenblick solcher Militärvorlagen benutzt werden müsse, um Reformen durchzuführen. Und jetzt lassen Sie uns im Stich und begnügen sich mit Resolutionen. Eine ganze Reihe von militärischen Sachverständigen haben erklärt, daß eine einjährige Dienstzeit genügt, wenn uns die überflüssigen Repräsentationspflichten fortfallen. Ja, darauf kommt es doch an. Jedes andere Verwaltungskressort sucht sich wenigstens den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen. Nur die Militärverwaltung setzt sich über diese Bedürfnisse hinweg. Sie läßt sich eben nicht als Dienerin der Allgemeininteressen, sondern als das Ressort, das alles verlangen kann, ohne KonzeSSIONEN machen zu brauchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der springende Punkt. Trotz alledem Widerstreben muß die Militärverwaltung die Wege finden, um mit einem Jahr auszukommen. Von einem

#### herzlichen Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften

in den Manövern habe ich noch nichts gemerkt. Die Offiziere werden in die Villen der Fabrikanten und in die Wohnungen der höheren Beamten gelegt, die Gemeinen aber kommen in die Schuppen der Dörfer. Und wenn im Krieg Offiziere und Mannschaften zusammen an denselben Feuern liegen, so ist das meist durch die Not erzwungen und geschah aus einem Selbst-erhaltungstrieb der Offiziere heraus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir aber wollen die Armee nicht aufgebaut sehen auf diesem Egoismus der Offizierskaste, sondern auf solidarischem Interesse zwischen Offizieren und Gemeinen, die nur hergestellt werden können, wenn die Offiziere aus den Reihen der Gemeinen herorgehen. Wie der Minister den politischen Charakter des Jungdeutschlandbundes bestreiten kann, ist unbegreiflich. Nur konervative Männer oder der konservativen Partei nahestehende Männer wurden zu seiner Gründung hinzugezogen. Was Sie mit dieser Wehrvorlage wollen, hat der Abg. Erzberger offen ausgesprochen. Deutschland wolle seinen Gegnern Angst und Furcht einflößen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist des Teufels Kern. Sie geben das zweite Jahr nicht preis, weil Sie den Soldaten zwei Jahre als willenloses Instrument in der Hand haben wollen. Damit steht freilich im strikten Gegensatz unser Ideal eines Volksherees. Dieser Gegensatz wird so lange dauern, als bis sich in diesem Hause endlich eine demokratische Linie bildet, die entschlossen ist, in das Konzept der Heeresverwaltung diese Reform hineinzufriggieren, ganz gleich, was die Militärverwaltung dazu sagt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: In den Ausführungen des Vorredners sehe ich eine Beleidigung des deutschen Offizierskorps, das 1870 und 71 Gut und Blut fürs Vaterland eingesetzt hat. (Bravo! rechts.) Ich weise diese Beleidigung mit Entrüstung zurück. (Beifall rechts.)

#### Abg. Jubel (Soz.):

Der Kriegsminister spricht nur von den Offizieren. Aber in weit höherem Maße haben doch die Gemeinen ihr Leben in die Schanze geschlagen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Kaum war der Krieg erklärt, da wurde nicht nur das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften, sondern auch zwischen Unteroffizieren und Mannschaften ein besseres. Es mag auch vorgekommen sein, daß der Offizier mit dem Soldaten aus einer Kulle getrunken hat. Aber als die Offiziere nichts mehr zu befürchten hatten, als der Feinde geflohen war, da ging der Drill wieder los. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts.) Das war die Dankbarkeit des Militarismus für seine Soldaten. (Erneute Zurufe rechts.) Und als wir 1874 zu einer Schießübung einberufen wurden, da war es einer der Jünger (nach rechts), ein Premierlieutenant v. Roon, der die Mannschaften in einer Weise beschimpfte, daß sogar die Bürgerlichkeit Gubens dagegen auftrat. Das alles kann der Kriegsminister nicht bestreiten. Es bleibt dabei: kaum war der Krieg vorbei und die ungeheueren Beschimpfungen und die Soldatenmishandlungen gingen wieder los. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich habe selbstverständlich nicht sagen wollen, daß die Gemeinen im Kriege ihre Schuldigkeit nicht getan hätten. Aber in Not und Gefahr gehen die Offiziere ihren Untergebenen voran. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das beweist der Prozentsatz der gefallenen Offiziere. Wenn der Vorredner gesagt hat, daß herliche Verhältnis hätte aufgehört, sobald die Offiziere nichts mehr zu fürchten hatten, so fehlt mir zur Antwort darauf das parlamentarische Wort. (Stürmische Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der deutsche Offizier fürchtet überhaupt nichts. (Lachen v. d. Sozialdemokraten.) Was hier gesagt ist, ist meinem Empfinden nach nicht nur eine Beleidigung des Offizierskorps, sondern auch eine Beleidigung der Soldaten. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmungen werden ausgesetzt.

Es folgt die Beratung eines weiteren sozialdemokratischen Antrages auf Einfügung eines Artikels 1b:

Soldaten dürfen zu häuslichen Dienstleistungen nicht verwendet werden.

#### Abg. Stücken (Soz.)

begründet den Antrag: Es gibt in der Armee etwa 80 000 Offiziersburken, die den Offizieren das Dienst-mädchen erledigen müssen. Wenn diese Burken trotzdem ausreichend ausgebildet werden können, so ist das ein Beweis dafür, daß die Dienstzeit verkürzt werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Reichsverfassung dürfen Soldaten nur zu militärischen Dienstleistungen verwendet werden. Das weiß auch die Militärverwaltung, und sie beruft sich nun auf eine vor 100 Jahren erlassene Kabinettsorder. Wozu die Offiziersburken in Wirklichkeit verwendet werden, das erläutert eine im Verlag des „Deutschen Offiziersblattes“ erschienene Broschüre eines Offiziers Axel v. Aitenstein, der aus seiner eigenen persönlichen Erfahrung heraus spricht. In dieser Broschüre bezeichnet er z. B. als notwendige Eigenschaften eines Offiziersburken, daß er der Konnati-lasche und den Figuren seines Herrn widerstehen kann, da er sonst zum Burkendienst ungeeignet sei. (Weiterkeit und Hört! hört! links.)

Dann ist unbedingte Verschwiegenheit eine für den Offiziersburken notwendige Eigenschaft. Was in den vier Bänden der Offiziersburken vorgeht, darf er nicht ausplaudern, da das nicht sein Geheimnis, sondern das Geheimnis des Offiziers sei. (Weiterkeit und Hört! hört! links.) Dann soll der Offiziersburken keinen bösen Geruch und keine hässliche Ausfälle haben, da sonst das ästhetische Gefühl des Offiziers verletzt würde. (Weiterkeit links.) Er soll zwar Zigarren rauchen dürfen, aber nicht die Zigarren seines Herrn. (Erneute Weiterkeit links.) Der Offiziersburken soll Mädchen für alles sein. Das trifft allerdings zu, denn wir können ja jeden Tag sehen, wie die Burken die Kinder ihrer Vorgesetzten in die Schule führen oder mit dem Koch unterm Arm auf dem Markt Gemüse einkaufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber dazu braucht man doch nicht Soldat zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich heißt es in der Broschüre, daß die Burken die Anordnungen der Offiziersfrauen mit derselben Ehrerbietung entgegenzunehmen und mit derselben Pünktlichkeit auszuführen haben, wie die Befehle der Offiziere selbst, da die Anordnungen im Namen des Offiziers von seiner Vertreterin gegeben seien.

(Weiterkeit und Hört! hört! links.) Es fehlt nur noch, daß die Offiziersburken Strafgewalt bekommen und bestimmen können, wie lange der Burken bei einer Widerschlichkeit eingesperrt wird. (Heitere Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Dresden ist tatsächlich vorgekommen, daß einem Burken, der sich weigerte, Sonntags in Uniform die Treppe zu schneuern, von der Frau des Hauses gesagt wurde: Wenn ich Ihnen etwas sage, so ist es genau so, als wenn der Hauptmann etwas befiehlt. Wenn Sie sich nicht fügen, liegen Sie in Arrest! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Abg. Rehbel: Unerhört!) Ich nehme an, daß dieses „Unerhört!“ sich auf die von dem Burken verlangten Leistungen bezieht. (Abg. Rehbel: Nein, auf Ihre Ausführungen!) Ich verlese aus einer Broschüre, die in vierter Auflage erschienen ist, also doch in Offizierskreisen verbreitet sein muß, und ich trage das vor, weil die Militärverwaltung behauptet, daß die militärische Ausbildung der Burken nicht tot leidet. Wenn die Burken auch nur den zehnten Teil der häuslichen Berrichtungen auszuführen haben, die in dieser Broschüre genannt werden, dann können sie unmöglich noch militärisch ausgebildet werden, denn dazu fehlt einfach die Zeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann gibt es eine Reihe Vorschriften, wie die Decken zusammengelegt werden müssen und wohin die Morgenschuhe des Herrn kommen. Der Burken ist verantwortlich dafür, daß sein Herr rechtzeitig zum Dienst erscheint, er muß dazu alle Mittel anwenden. (Weiterkeit.) Darf er den Offizier angreifen, aus dem Bett herauswerfen? Der Burken muß sorgen, daß der Offizier gut angezogen ist, er muß erst den rechten, dann den linken Stiefel hinhalten und die Hosenenden beim Anziehen in die Höhe halten. Bei hohen Stiefeln ist die Stiefelfolge umgekehrt. (Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Offiziere werden beehrt wie kleine Kinder, als könnten sie sich nicht allein anziehen. Wie wird das im Ernstfall werden?! (Schallende Weiterkeit.) Und die Offiziere können am Ende gar nicht heraus, weil ihnen niemand die Hosenbeine hält! (Große Weiterkeit.) Und zu solchen Zivildienstleistungen werden Soldaten verwendet und im Kasino angeleert. Sie sollen wie Säulen dastehen, dürfen über Herrschaftswitze nicht lachen und haben im Sommer den Rognal, Nordhäuser oder das Kirchwasser zwei Stunden vor Gebrauch in den Eisschrank zu stellen. Auch eine Illustration zur Antialkoholrede des Kaisers an die Marineoffiziere! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ist das soldatische Ausbildung? Soldaten werden als Diener, Kellner, Weinkeller, personal, Lakaien verwendet — dazu sollen wir noch mehr Soldaten bewilligen und deshalb soll die Dienstzeit nicht verkürzt werden! Fordern Sie doch im Etat 30 000 Mann für häusliche Dienstleistungen — aber da fürchten Sie die Enttäuschung in ganz Deutschland! Man wird für den Fall der Abschaffung der Burken von Entschädigung reden. Für nicht geschlechtlich begründete Rechte gibt es keine Entschädigung. Widerrechtlich ist es, laufende Soldaten zu unsoldatischen Zwecken zu verwenden. Den Zeugoffizieren will man die Burken nehmen, um die Trennung zwischen Arbeits- und Frontoffizieren noch schärfer zu machen. Was sollen die unmillitärlich ausgebildeten Burken im Krieg? Wir sehen in der Verwendung von Soldaten zu Lakaiendiensten und zu romantischen Zwecken, wie Romer-schanzenbauten, einen Mißbrauch der Romandogewalt und eine Verletzung der Verfassung. Dieser Mißbrauch muß beseitigt werden. — Die Zivilbeamten erhalten auch keine Diener von Amte wegen, und die Offiziere sollen sich ihre Diener selbst engagieren und bezahlen, wenn sie sie brauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieser ganze Mißbrauch ist der beste Beweis dafür, daß die Dienstzeit verkürzt werden kann. Soldaten sind keine Privatlakaien! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalleutnant v. Wandel erklärt die Angaben des Vorredners für unrichtig. Alle Soldaten werden gern Burken, deren es übrigens nur 11 000 dienstfreie gibt und die alle in einem Jahr militärisch voll ausgebildet sind (Ra, also! bei den Sozialdemokraten), und sie erinnern sich gern an ihre Burkenzeit. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen selbst, daß die Zahl der Burken auf einem möglichst niedrigen Stand bleibt, handeln danach und bitten um Ablehnung aller Anträge. Abg. v. Gräfe (L): Wir lehnen alle Resolutionen und Anträge zur Burkenfrage ab. Burken sind nötig. Die Militärverwaltung kann das alles viel besser beurteilen, ob etwas zu ändern ist.

Abg. Graf Praskha (R): Das Herr Stücken vorgebracht hat, gehörte nicht vor den Reichstag. (Obol bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Ledebour: Solch skandalöse Einrichtungen sollen wir nicht besprechen? Bezahlen Sie die Offiziere besser, dann brauchen sie keine Burken! Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab.

#### Abg. Schöpflin (Soz.):

Man begründet die Heranziehung der neuen Soldatenmassen mit der gespannten politischen Lage, die die Heranziehung jeden Mannes zum Dienst mit der Waffe nötig mache. Hier aber erhalten Sie 30 000 Mann aus — wobei find es ja doch! Die Armee hat 24 000 Offiziere, jeder hat einen Burken und dazu noch die Ordnonangen — da kommen schon einige Zehntausend Soldaten zusammen, die für häusliche Dienst-

Leistungen abkommandiert werden. Und war es ja höchst interessant, daß Generalleutnant v. Wandel die einjährige Ausbildung der Burschen als militärisch vollwertig bezeichnet. (Hört! hört! und sehr gut! d. d. Soz.). Aber, wenn das nach Ihrer sonst geäußerten Meinung nicht der Fall ist, so haben wir an Einjährigfreiwilligen und Burschen 10—12 Proz. der Armee, die nicht voll ausgebildet sind. Wie wollen Sie das in dieser von Ihnen als so ernst geschilderten Zeit rekrutieren? (Sehr wahr! d. d. Soz.). Deutsche Soldaten sind nicht dazu da, dem Herrn Leutnant die Stiefel zu putzen, ihn zu wecken, ihm Dufels zu tragen usw.; dazu hebt man deutsche Soldaten nicht auf (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), sondern doch, um das Vaterland zu verteidigen. Der Kriegsminister hat immer wieder auf den hohen Ernst der politisch-militärischen Situation hingewiesen — wie stimmt seine hohe Auffassung vom Soldatenstand mit einer derartigen Verwendung der Soldaten überein?! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Als Burschen suchen die Feldwebel natürlich die intelligentesten Soldaten für die Offiziere heraus — und sonst sind Ihnen angeblich die Intelligentesten gerade gut genug, um das Vaterland zu verteidigen! Natürlich ist jeder Bursche froh, dem Drill und Kasernendienst entgangen zu sein und manchmal ein Trüffel einzufleimen. Aber man kommandiert die Soldaten nicht zu Dienerefunktionen, um ihnen aus Gefolgschaften zu helfen! (Weiterheit.) Wie können Sie die gewaltige Mehrforderung dieser Vorlage bewilligen, wenn ein so großer Teil der Soldaten ihrem Beruf entzogen werden. Lehnen Sie unsern Antrag aber ab — brauchen in der Agitation vor dem Volk sehen wir uns wieder. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalleutnant v. Wandel erklärt nochmals, daß nur 11 000 Burschen vorhanden seien, die überdies als Soldaten gar nicht wertlos wären. Alle Nationen, selbst ihr geliebtes Frankreich (Lachen bei den Sozialdemokraten), haben diese Einrichtung. Die Diskussion schließt. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Morgen, Mittwoch, 3 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Abstimmungen zur Wehrvorlage, Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

### Die glorreiche Regierung.

Die Hygianten schlagen Parzelsäume, und die patriotischen Geschäftsmacher lungern auf Profit. Nach den höchsten Jubiläumskartellen erlebte das deutsche Volk in den letzten 25 Jahren nur Tage des Glückes. Eitel Sonne verbreitete Wilhelm II. übermenschliche Kraft und seine volksfreundliche Gesinnung. Dem nächsten Betracht drängen sich andere Gedanken auf. Die Regierungszeit Wilhelm II. zeichnet sich durch wahnsinnige Verteuerung der Lebenshaltung und durch unerträgliche Steigerung der militärischen Lasten aus. Es lohnt, auch einmal diese Seite der glorreichen Regierung zu betrachten. Das erlauben die nachfolgenden Zahlen. Zunächst sei das unheimliche Wachstum des Militarismus dargestellt. Es betragen die dauernden Ausgaben in Millionen Mark:

	1887/88	1912	Steigerung in Proz.
für das Reichsheer	350	688	92
für die Marine	39	181	364

In der gleichen Zeit erhöhte sich die Zahl der Militärpersonen (Heer und Marine) um 220 000 auf 720 000. Die sich steigernden Kosten für den Militarismus mußte vorwiegend die arbeitende Bevölkerung aufbringen, für die nach der Ansicht Wilhelm II. die Kompottschüssel längst gefüllt ist.

Riesenhaft wuchsen die Einnahmen des Reichs aus 3 Quellen und Verbrauchsaufgaben. Diese ergaben:

1887/88	417 288 800 M.
1912	1 613 999 400 M.

Die Steigerung macht 290 Proz. aus!

Unter dieser gewaltigen Steigerung der Steuerlasten verstedten sich aber auch noch viel, viel größere Summen, die das Volk an die Grundbesitzer hat zahlen müssen. Jeder Mark Zoll, die der Konsument an die Reichskasse zahlt, stehen 5 M. Zoll gegenüber, die er für die Lasten der inländischen Produzenten aufbringen muß. Unter der glorreichen Regierung Wilhelm II. sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel bedingungslos in die Höhe gegangen. Vornehmlich danken wir das unserer herrlichen, die Junker beglückenden, die arbeitende Bevölkerung aber furchtbar bedrückenden Zoll- und Steuerpolitik. Die nachfolgende Uebersicht stellt die Preise der Waren in denselben Markorten und Sorten in Vergleich. Sie wird jedenfalls die Hausfrauen mit Entzücken und Dank erfüllen. Hier sind die herrlichen Früchte der glorreichen Regierung:

Es kostete	1888	1912	Steigerung
Weizen, t	177,20 M.	217,— M.	39,50 M.
Roggen, t	134,50	185,—	50,50
Ruttgergerste, t	115,—	164,40	49,40
Draugerste, t	113,—	179,80	64,80
Safer, t	123,—	189,70	66,70
Rinderfleisch, dz	90,10	166,—	78,90
Schweinefleisch, dz	85,80	147,40	61,60
Kälberfleisch, dz	83,50	198,50	118,—
Lammfleisch, dz	87,80	166,—	78,50
Kaffee, dz	137,80	149,80	12,50
Rohtabak, dz	50,—	89,20	39,20
Erbsen, 150 kg	20,80	31,20	10,80

Hat das Volk angehts solcher Entwicklung Ursache, bei Feindenfeuern und Wälferschüssen Hurra zu schreien? Alles Feiern und Festgeränge kann über die Lasten ungeheurer sozialer Schäden nicht hinwegtäuschen. Wohl sind in den letzten 25 Jahren gewaltige Reichthümer geschaffen worden, wohl hat die Zahl der Millionäre um einige Duzend zugenommen. Aber die Schöpfer des Reichthums, die Arbeiter, leben weiter in Not und Sorge. Und das fühlen die Frauen gerade am allererschmerzlichsten. Die fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung treibt immer mehr von ihnen in die Erwerbsarbeit, in die Fabriken und Häften, in die mörderische Heimarbeit hinein. Ohne das Mithelbieten von Frau und Töchtern würde es in mancher Familie an dem Allernotwendigsten fehlen. In der Berufsählung im Jahre 1892 wurden 5 641 577 weibliche Erwerbstätige gezählt. 25 Jahre später war ihre Zahl auf 9 492 884 gestiegen. Und seit dem Jahre 1907 wuchs die Schar der weiblichen Erwerbstätigen wiederum ganz beträchtlich. Jetzt ist sie auf über 11 Millionen hinaufgegangen.

Nach andere Erscheinungen lassen die Arbeiterschaft mit sehr gemischten Gefühlen dem Jauchzen und dem Jubeln der Besthenden zusehen. Nicht nur die steuerlichen und sonstigen wirtschaftlichen Lasten fliegen ins Ungemessene, auch das Schlachtfeld der Arbeit forderte mehr Opfer, entsetzlich große Blutopfer. Nach den Berichten der Berufsgenossenschaften wurden gemeldet:

	1880	1911	Steigerung in Prozent
Verletzte überhaupt	100 159	716 884	615
Schwerverletzte	10 540	132 114	1 153
Tödtete	2 716	9 443	247

Wahrlich, das sind „Fortsschritte“ in einem Vierteljahrhundert, die alles andere eher als Zufriedenheit und Dankbarkeit auslösen können. In den vorstehenden Ziffern drückt sich das verwüstende Wirken des Militarismus, der Zollwucherpolitik und des Kapitalismus mit erschreckender Deutlichkeit aus.

**Auslandsanleihen.** Der preussische Handelsminister, Herr Schönow, hat Einspruch dagegen erhoben, daß in der nächsten Zeit

weitere Auslandsanleihen an der hiesigen Börse eingeführt werden. Die neue Mexikanische Staatsanleihe und die neue Mexikanische Eisenbahnanleihe, an der sich auch deutsche Banken beteiligt haben, werden insoweit nicht den Weg zur Berliner Börse finden. Das Eingreifen des Handelsministers verfolgt den Zweck, zu verhindern, daß durch weiteren Abfluß von Geldkapital ins Ausland die Geldmarktverhältnisse noch mehr verschlechtert werden.

## Soziales.

### Kinderausbeutung.

Ein vierzehnjähriger Arbeitsschüler forderte, vertreten durch seinen Vater, gestern vor dem Gewerbegericht für 14 Tage 9 M. Lohn, weil er ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen wurde. Er war bei dem Tütenfabrikanten Ludwig beschäftigt. Dieser behauptet, der Kläger habe sich — anfangs fleißig — später faul gezeigt und rüpelhaft betragen; er sei wiederholt von der Arbeit weggeblieben und habe die Besperpausen überschritten. Ein ebenfalls vierzehnjähriger Zeuge sagt aus, daß Kläger allerdings „nur“ 30 Pfund täglich geliefert habe, während die anderen in der Regel 50 Pfund Tüten fertiggestellt hätten. Es sei auch mehrfach zu Unzeiten gekommen und Kläger habe — schrecklich — einmal 5 Minuten früher angefangen zu verspern.

Auf Verlangen des Vorsitzenden — Magistratsrat Schulz — gibt der Beklagte zu, daß in seinem Betriebe 5 Jüngere im Alter von 14 Jahren und 2 Schulpflichtige mit Arbeitsschulden tätig sind, außerdem er selbst als Inhaber und sein 17jähriger Sohn, der auch die Aufsicht führt, wenn er selbst nicht da sein kann. Die Jüngere erhalten 4,50 bis 7 M. pro Woche Lohn.

Da über Kündigung nichts vereinbart war, kam das Gericht zu einer Verurteilung. Der Vorsitzende wies bei der Urteilsverkündung auf den unheilvollen Zustand hin, daß in einem solchen Betriebe keine genügende Aufsicht über Jüngere in diesem Alter vorhanden sei.

### Wie die Hirsch-Dunderschen für den „Arbeitswilligenschuh“ eintreten.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner sind in einer üblen Lage. Sie wollen auf Leben oder Sterben durchaus „politische Macht“ gewinnen, und zwar durch Stärkung der „liberalen“ Parteien. Dabei geraten die Hirsch-Dunderschen, die immer noch denken wie die Seifensteiner, oft in fatale Klemmen, aus denen sie sich aber echt demokratisch fortschrittlich unentwegt herausbringen. Das Blatt der Gewerksvereiner von Rheinland-Westfalen, die „Westdeutsche Post“, berichtet nachträglich aus Düsseldorf zur Landtagswahl, daß von der Liberalen Vereinigung am Tage vor der Wahl ein Wahlauftrag herausgegeben sei, worin auch ein wirksamer Schuß der Arbeitswilligen gefordert wurde. Es heißt, daß diese Stelle bei den Liberalen Arbeitern Widerspruch hervorgerufen habe, sei erklärlich, es wäre sogar bedauerlich, wenn sie dazu geschwiegen hätten. Für die beiden Kandidaten, die von der Liberalen Vereinigung in Gemeinschaft mit der fortschrittlichen Volkspartei aufgestellt gewesen, seien auch die Liberalen Arbeiter eingetreten, „zumal sie von der Arbeiterfreundschaft des Kandidaten Halsberg aus langjähriger Erfahrung überzeugt“ gewesen seien. Aber das Eintreten für diese Kandidaten besage noch lange nicht, daß die Arbeiter mit allem Einverständnis seien, was nun die betreffende Parteirichtung in einem Wahlauftrag veröffentlichte. Jeder liberale Arbeiter, der schon Arbeitskämpfe mitgemacht habe, wisse aus eigener Erfahrung, wie gerade von den Polizeibehörden die Arbeitswilligen in Schutz genommen würden. Die um ihre Existenz und um ihre Menschenrechte kämpfenden Arbeiter seien schuh- und machtlos den Denunziationsgelüsten der fragwürdigen Elemente, die sich unter den Arbeitswilligen befänden, ausgeliefert.

Wer die Düsseldorfer Liberale Vereinigung kenne, der wisse, daß mit der Forderung nach weiterer Schutz der Arbeitswilligen gar nicht anderes gemeint sei, als polizeilicher Schutz der Arbeitswilligen gegenüber streikenden Arbeitern. Seit Jahren laufe man Sturm, um dem Arbeiter das Koalitionsrecht durch Verbot des Streikpostens ganz illusorisch zu machen. Seit Jahren würden an den Fabriktoren einflussreicher, sich liberal nennender Arbeitgeber, Arbeitswillige, die gerne arbeiten möchten, von der Arbeit zurückgewiesen, weil sie das Verbrechen begangen, bei einem anderen Arbeitgeber von Düsseldorf und Umgegend aufzutreten, oder weil sie beim Meister in Ungnade gefallen und entlassen worden seien. In letzter Zeit gingen eine Reihe sich ebenfalls liberal nennender Arbeitgeber dazu über, Leute von der Arbeit zurückzuweisen, die es ablehnten, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie keinem Verbannte angehörten, wohl aber den Gelben beitreten wollten.

Und für solche „Liberalen“ sind also die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner trotz alledem eingetreten, wenn sie auch hinterher „erklären“, daß sie nicht mit dem Wahlauftrag einverstanden seien. Die tapferen und unentwegten Hirsch-Dunderschen, die ja immer noch mit ihrem Generalissimus Erlebens für die „große liberale Arbeiter- und Bürgerpartei“ schwärmen, müssen es ja wohl für die beste Art, die scharfmacherischen Klären der Düsseldorfer „Liberalen“ zu bekämpfen, halten, wenn sie bei der Landtagswahl für deren Kandidaten stimmen! Das ist greifbarste Gewerksvereinskonsequenz.

## Gerichts-Zeitung.

### Versammlungsbefucher mit Säbel und Revolver bedroht.

Nach Schluß einer Jugendversammlung, die am 7. März in Kellers Saal in der Stoppenstraße abgehalten wurde, spielten sich auf der Straße Vorgänge ab, die schon mehrmals vor Gericht erörtert wurden. Auch gestern kam diese Angelegenheit wieder vor Gericht zur Sprache. Schärfer wie in den früheren Verhandlungen wurden diesmal die Vorgänge beleuchtet und, wie gleich vorher gesagt werden soll, waren es Schulleute, die durch unbesonnenes Verhalten das Publikum derart erregten, daß Rufe der Entrüstung und Empörung gegen die Beamten laut wurden, was wieder Gelegenheit zu Sittierungen und Anklagen gegen mehrere Personen gab.

Gestern hatte sich vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I der Arbeiter Rosenhain zu verantworten. Er soll nach der erwähnten Versammlung eine Menschenmenge zu Gewalttätigkeiten aufgefordert und zwei Schulleute beleidigt haben. Als Belästigungszwungen traten die Schulleute Hartung und Jeschored auf. Sie hatten den Auitro, das Publikum, welches nach Schluß der Versammlung nach Hause gehen wollte, durch die Langestraße nach der Fruchtstraße zu drängen. Wie die beiden Schulleute vor Gericht angaben, soll die Menge durch Singen von Arbeiterliedern und Hochrufen auf das Proletariat eine widerwärtige Haltung angenommen haben: Rufe wie „Haut die Blauen, haut die Bluthunde“ sollen aus der Menge gefallen, auch Gegenstände, darunter eine Flasche, sollen gegen die Beamten geschleudert worden sein. Infolge dieses Verhaltens der Menge — so sagen die Beamten — hätten sie den Säbel gezogen und so die Leute zu verdrängen gesucht.

Nach den Beobachtungen der Zeugen Kathilde Wurm, Weimann und Peters erscheint der Vorfall dagegen in einem wesentlich anderen Licht. Diese Zeugen waren in der Versammlung. Als sie nach Schluß derselben auf die Straße

gingen, sahen sie, wie die Schulleute Hartung und Jeschored mit gezogenen Säbeln über den Köpfen der Menge herumschweiften. Durch dies Verhalten der Beamten — das ist die bestimmte Befundung dieser drei Zeugen — wurde die Menge erregt, und nun fanden sich kleine Gruppen zusammen, die lebhaft gegen die Bedrohung mit dem Polizeisäbel protestierten. In dieser Situation kam Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hinzu. Er sagte zum Schurmann Hartung, er solle doch den Säbel einstecken, dann würden sich die Leute beruhigen und nach Hause gehen. — Schurmann Hartung aber erwiderte forsch und schneidig: „Das mache ich nicht, Sie haben hier gar nichts zu bestimmen, gehen Sie weiter.“ — So stellte auch Schurmann Hartung als Zeuge den Vorgang zwischen ihm und Rosenfeld dar. Dann aber machte der Zeuge Hartung eine Angabe, die nicht nur an sich höchst unwahrscheinlich klingt, sondern auch durch andere Zeugen als unzutreffend bezeichnet wurde. Zunächst sagte der Zeuge Hartung, ihm sei von Straßenpassanten zugerufen worden, er solle doch Dr. Rosenfeld festnehmen, denn der wiegeln in die Leute auf, indem er sie auffordere, ruhig weiter zu singen, die Polizei habe ihnen nichts zu sagen. — Er selbst — sagte der Zeuge Hartung — habe diese Äußerungen Rosenfelds nicht gehört.

Wenige Minuten später verdichtete sich diese Anekdote Hartung zu der bestimmten Behauptung, er habe selbst gehört, daß Dr. Rosenfeld die Leute aufforderte, weiter zu singen. — Diese Angabe des Schurmanns Hartung erklärten Frau Wurm, Weimann und Peters als völlig unzutreffend. Diese Zeugen wissen, daß Rosenfeld die Menge, welche durch die Säbelsucht der Schulleute erregt war, zu beruhigen versuchte und den Leuten zuredete, nach Hause zu gehen. Weil aber die Beamten für vernünftige Vorstellungen, die ihnen Rosenfeld machte, ganz unzugänglich waren, so ging Rosenfeld nach der Polizeiwache, um den Leutnant zu ersuchen, daß er die Schulleute anweise, das Fortieren mit dem Säbel zu unterlassen. In derselben Absicht begaben sich auch Peters und Frau Wurm nach der Polizeiwache. Ob sie hier Gehör fanden, darüber wurde vor Gericht nichts gesagt. Tatsache ist aber, daß die beiden Schulleute schließlich doch die Säbel einsteckten. Aber dann sah man einen Revolver in der Hand wenigstens des einen Schurmanns, vielleicht auch beider.

Schurmann Hartung gab zu, daß er den Revolver in der Hand hatte. Aber, sagt er, die Waffe sei ihm aus der Tasche gefallen, er habe sie aufgehoben, nachgesehen, ob sie durch den Fall Schaden gelitten habe, und sie dann in die Manteltasche gesteckt. — Der Zeuge Peters hat aber ganz bestimmt gesehen, daß der Schurmann den Revolver in der erhobenen Hand hielt, ihn gegen das Publikum richtete und so zum Weitergehen aufforderte. — Jedes derartige Vorgehen der Schulleute rief begrifflichermaßen Proteste aus dem Publikum hervor sowie Hochrufe auf das Proletariat. — Bei einer solchen Gelegenheit ist der Angeklagte festgenommen worden.

Die beiden Schulleute gaben an, sie hätten aus keinem Munde den Ruf gehört: „Haut die Blauen, haut die Bluthunde!“ — Der Angeklagte bestritt, diesen Ruf ausgestoßen zu haben. — Die anderen Zeugen konnten über diesen Punkt keine Angaben machen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte Freisprechung, weil die beiden Schulleute, denen ja in zwei Punkten unzutreffende Angaben nachgewiesen seien, nicht als glaubwürdige Zeugen angesehen werden könnten.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Wochen Gefängnis. In der Begründung wurde gesagt: Daß einige Zeugen einen Teil der Vorgänge nicht gesehen haben, spreche nicht gegen die Richtigkeit der Angaben der Schulleute. Diesen sei in der Hauptsache Glauben zu schenken. Sie seien durch den Widerstand der Menge zum Einschreiten veranlaßt worden. Der Angeklagte habe durch den Ruf: „Haut die Blauen, haut die Bluthunde“ zu Täuschlichkeiten aufgereizt und die Beamten beleidigt. Das sei eine so erhebliche Störung der öffentlichen Ordnung, daß das Gericht, obgleich der Angeklagte noch unbescholten sei, von einer Geldstrafe abgesehen und eine Freiheitsstrafe verhängt habe.

Hätten die Richter einmal Gelegenheit genommen, aus einer Versammlung heimkehrende Arbeiter und aufgeregte Schulleute zu beobachten, so hätten sie unmöglich das Bild, das der Schurmann von dem Hergang entwarf, als ein solches erachten können, das einem Gerichtsurteil zugrunde gelegt werden kann. Ein Urteil soll sich doch auf Wirklichkeit aufbauen, nicht aber auf Annahmen einer Persönlichkeit, deren Mitteilungen von der Wirklichkeit in mehreren Punkten wesentlich differierten. Die Lehren der Zeugenpsychologie erweisen, daß die vermeintlichen Wahrnehmungen derartiger Personen völlig unzuverlässig sind. Hätten sich die Richter unter der Menge befunden, so hätten sie unmöglich ein Urteil fällen können, das in der Schuldfrage wie in der Strafzumessung dem Rechtsempfinden so wie das gefällte widerspricht.

### Karl Vogt vor Gericht.

Die moderne gewerkschaftliche Bewegung der Schauspieler, die sich augenblicklich erfreulich entfaltet, setzte sich zunächst bekanntlich nur in heftigen Konflikten durch. Ein besonders schmutziges Kapitel bildet in diesen Konflikten die Proschüre eines Schauspielers Karl Vogt, die durch allerhand Klatsch dem gewerkschaftlichen Führer der Schauspieler die Ehre vom Leibe reißen wollte.

Herr Karl Vogt, der sich in jener Proschüre nach einer Menge heifer Schreie, ist seitdem von einer heilsamen Scheu vor den Gerichten befallen worden. In einer Verhandlung gegen Erich Schläpfer, der die Proschüre ihrem Charakter nach gekennzeichnet hatte, kam er zu spät, so daß das Verfahren eingestellt werden mußte und Schläpfer seine Zeugen nicht aufmarschieren lassen konnte. Ein Prozeß, den der verdächtige Führer der Schauspieler, Hermann Rissen, gegen ihn anhängig gemacht hat, wird seit Jahren mit allen möglichen Verzögerungsmitteln hingehalten. In einer Klage gegen den bekannten Schauspieler Gustav Nidel ist nun aber Herr Vogt zwar nicht von seinem Schicksal erlöst worden, wohl aber hat er von diesem Schicksal einen Vorgeschmack erhalten.

Als die Vorträge Proschüre erschien, hatten die gewerkschaftlichen Instanzen der Schauspieler schon das Verfahren gegen den wegen seiner Korruption bekannten Theaterdirektor Nidel anhängig gemacht, und es bestand von vornherein die begründete Vermutung, daß die Vogtsche Schrifte eine Olfaktion für den unheilbar blamierten Herrn Nidel sein sollte. In der Verhandlung gegen Nidel ist nun tatsächlich festgelegt worden, daß der korrupte Herr Nidel zu den Hintermännern des widerwärtigen Pamphlets gehört hat, auch die neueste Nummer des schauspielerischen Jahrgangs brandmarkt Herrn Vogt als Verleüer.

Da Gericht sprach Nidel mit der Begründung frei, daß er ein Recht habe, einen Mann zu kennzeichnen, der seinen Berufsgenossen während ihres Kampfes in den Rücken gefallen sei und gegen seine Organisation unfair gehandelt habe. Der Standpunkt, den damit das Gericht eingenommen hat, gefällt uns so außerordentlich gut, daß wir nur wünschen möchten, er läme auch einmal zur Weltung, wenn gegen proletarische Streikbrecher verhandelt wird. Herr Vogt ist übrigens gegen den Einspruch sämtlicher Regisseure von Herrn Nidel an das Rgl. Schauspielhaus engagiert worden.



Gewerkchaftliches. Seidenfärber und Polizei.

Die Krefelder Polizeipraxis greift über auf die übrigen Streiforte. Im süddeutschen Streifgebiet sind jetzt die polizeilichen Maßnahmen ganz wesentlich verschärft worden.

Wie Schweizer Blätter melden, soll für Friedlingen auf badischer Seite ein Aufgebot von zwei Kompagnien Infanterie mit Maschinengewehren und für die elsässische Seite eine Schwadron Dragoner zur Verstärkung der Polizeimacht für die nächsten Tage in Aussicht genommen sein.

Noch toller geht es in der Schweiz zu. Die dortigen Vorgänge beweisen, daß die vielgepriesene schweizer Freiheit sofort in sich zusammenbricht, wenn der Geldbeutel der Kapitalisten durch streifende Proletariat in Gefahr gebracht wird.

Die Mehrheit des Regierungsrats der Baseler Regierung hat beschlossen, zwei Kompagnien Infanterie in Bereitschaft zu stellen. Nur der Genosse Regierungsrat Blocher sowie ein bürgerliches Mitglied Regierungsrat R. Angold haben gegen diese Maßnahmen gestimmt.

Die Schweizer Leitung der Arbeiterorganisationen erklärt an die Arbeiterschaft nachstehende Aufforderung: „An die Arbeiterbevölkerung des Forburgquartiers! Werte Kollegen und Genossen! Freitag abend sind im Forburgquartier und gegen Kleinhandlungen Ansammlungen und infolge dessen vereinzelte Zusammenstöße mit der Polizei vorgekommen.

parteiliche Untersuchung festzustellen haben. Hier sei aber einseitig: die Streikenden tragen an diesen Vorkommnissen keine Schuld. Im Gegenteil, sie haben das allerhöchste Interesse, daß der Streik in aller Ruhe vor sich gehen kann.

Parteilosen, Arbeiter! Es ist im Interesse einer friedlichen Beendigung des Streikes, was wir von Euch fordern. Die Solidarität der Arbeiterklasse fordert heute diese Pflicht von Euch, erfüllt sie!

Parteiomitee der sozialdemokratischen Partei. Sozialdemokratische Großratsfraktion. Ausschluß des Arbeiterbundes.“

Wie wenig gerechtfertigt überhaupt das brutale Verhalten der Schweizer Polizei ist, ist aus nachstehendem ersichtlich: Am Mittwoch wurde sozulagen der Schweizer Streikleitung das Vorgehen der Polizeibehörde in Aussicht gestellt. Einige Mitglieder wurden vor die Behörde zitiert.

Mittlerweile nimmt der Kampf einen größeren Umfang an. In Como in Italien wird jede Streikarbeit für die Schweiz und für Krefeld verweigert. Eine Versammlung von 1400 italienischen Seidenfärbern beschloß den Generalstreik, sobald Streikarbeit angeboten wird.

In Krefeld selbst ist es zu großen blutigen Schlägereien in den Färbereien gekommen. Die dort einlogierten Hingehardisten begannen unter der Einwirkung des Alkohols sich in der Nacht vom 8. zum 9. Juni mit Fäusten und mit gefährlichen Gegenständen zu bearbeiten. Schließlich schossen sie aus ihren Revolvern und bearbeiteten sich mit Messern. Eine Anzahl Arbeitswilliger wurden festgenommen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Töpler! Wegen Tarifbruchs sperren wir hiermit folgende Firmen: Richard Siebert, Neufölln, Hermannstr. 93, Bau Kaiserin-Augusta-Straße in Tempelhof, und Hermann Pöthe u. Gustav Falke, Neufölln, Bau Angengraberstraße.

Achtung, Arbeiter von Nieder-Schöneweide! Dem Zigarrenhändler Max Jänisch, Berlin-Nieder-Schöneweide, Passelwerderstraße 11, mußte das grüne Plakat entzogen werden, da der Genannte von Zigarrenfabriken bezieht, die den Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft feindlich gegenüberstehen.

Deutsches Reich.

Die Organisation der Dienstboten.

Die seit dem Jahre 1909 auf zentraler Grundlage aufgebaute Organisation der gewerblichen Arbeiterinnen im allgemeinen schon die seit dem Jahre 1909 auf zentraler Grundlage aufgebaute Organisation der gewerblichen Arbeiterinnen im allgemeinen schon

schwer, so begegnet sie bei den Dienstboten durch die Einstellung der Mädchen, durch die stete Zuwanderung vom Lande und durch die Gefährdung noch besonderen Schwierigkeiten. In Breslau wurde die Vereinigung der Mädchen durch die Polizei verhindert, indem die dortige kleine Ortsgruppe als politisch erklärt wurde und sich auflösen mußte.

Die monatlich erscheinende „Verbandszeitung“, die gern für Agitationszwecke verlangt wird, hat eine Auflage von 9000 Exemplaren, gegenüber 8000 im Vorjahre. Die Stellen für Rat- und Auskunfterteilung, die der Verband eingerichtete hat, wurden stark in Anspruch genommen.

Die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Dienstboten läßt noch immer auf sich warten, obgleich sie längst beschlossene ist, aber die „Vorbereitungen“ nehmen merkwürdig lange Zeit in Anspruch und dauern von einem Jahre zum anderen, sehr zum Schaden der Mädchen. Die kleine Unternehmung, die der Verband in Krankheitsfällen zählt, summierte sich im Jahre 1912 auf 4212,50 M., gegenüber 3118 M. im Jahre 1911 und 1857,50 M. im Jahre 1910.

Eigene Arbeitsnachweise unterscheiden die Ortsgruppen Hamburg, Hannover, Bremen, Halle, Dresden, Stuttgart, Leipzig. Die übrigen Ortsgruppen lehnen sich zum Teil an städtische oder städtisch subventionierte Stellenvermittlungen an.

Auf die Verkürzung oder vielmehr Regelung der unbegrenzten Arbeitszeit durch Einführung bestimmter Freizeiten wird überall großer Wert gelegt. In der Hamburger Stellenvermittlung war eine Nachfrage von 4412 Hausfrauen und ein Angebot von 2900 Frauen und 1004 Mädchen im Berichtsjahre zu verzeichnen.

Zur Agitation wurden von der Zentralkasse 367 000 Flugblätter und Broschüren und 1900 Plakate ausgegeben. „Der Hausangestellte“ erschien in einer Auflage von 58 000. Der Vorstand bemühte sich um Erhöhung der Kostgeldsätze in den einzelnen Orten und erhob die Ansprüche der Hausangestellten auf die neuen Fortbildungsschulen für Mädchen, freilich nur mit einem

Kleines feuilleton.

Das abgefeimte Jahrhundertfestspiel. Aus Breslau wird gemeldet:

Das Jahrhundertfestspiel Gerhart Hauptmanns wird, wie der Festauschuß bekannt macht, am Dienstagabend zum letzten Male aufgeführt. Von den in Aussicht genommenen 15 Auführungen haben nur 11 stattgefunden.

Den Hejeren der vereinigten Reaktionen ist es also gelungen, dem Festauschuß ihren Willen aufzuzwingen. Pfaff und Junke im Bunde kommandieren die Künste. Wie könnte es in Preußen anders sein! Das Bürgertum, das den Mut gehabt hat, Hauptmann zum Festdichter zu bestimmen, hat nicht die Kraft, sein und ihre Spiel vor der Meute der Klaffen zu beschützen.

Es ist an dieser Stelle ohne Schamung gesagt worden, warum uns das Hauptmann-Festspiel künstlerisch und historisch verfehlt erschien. Aber diese künstlerischen und historischen Bedenken sind es natürlich nicht, die den „Patrioten“ zu schaffen machten. Es ist nackte Interessen- und Klassenpolitik, die sie treiben, wenn sie das Festspiel unterdrücken.

Sie wollen nicht von Volk und Freiheit wissen, sie sehen in dem Befreiungskrieg, den das Volk 1813 begann, einen Anfang, sondern ein Ende. Die Festspiele nach ihrem Herzen haben das Königshaus zu verherrlichen, selbst wenn es von einer hemmenden Kluft wie dem damaligen Friedrich Wilhelm vertreten wurde.

Das Denkmal auf Vorkuhf. Der vor einiger Zeit in Paris vollzogene Verkauf des künstlerischen Nachlasses des berühmten Bildhauers Carpeaux, gibt den „Annales“ Anlaß zu einer kleinen-nied-

lichen Geschichte, die von dem Schöpfer der unendlich anmutigen Tanzgruppe vor der Großen Oper in Paris, erzählt wurde. Carpeaux, der ein ebenso großer Lebemann, wie Bismarck war, erhielt einst von einem Kunstfreund einen sonderbaren Auftrag. Er sollte nämlich eine Gruppe liefern, der das Thema gestellt war: „Polypthem zermalmt Ais mit einem Felsblock.“

Künstlerisches Leder und Schimmel. Seit einiger Zeit wird ein lederartiger, sehr zugfester Stoff durch die Berliner Auergesellschaft hergestellt, der auf künstlichem Wege aus Nitroben aufgearbeitet wird. Als Ausgangsmaterial dienen dabei nach einer Mitteilung der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift „Häute, die durch das Wachstum von Bakterien und Schimmelpilzen auf geeigneten Nährstoffen gebildet werden.“

Theater.

Deutsches Schauspielhaus. Der durch Ellen Key modisch gewordenen „Schrei nach dem Kinde“ ist ja in so manchen Schmeicheletelien für moderne Dramatik gedungen, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn ihn nun auch der Italiener Silvio Zambaldi in sein Schauspiel „Eine Vergangeneheit“ bearbeitet hat.

hier von einer Frühgeburt überrascht wird. Die Dame ist die Frau jenes Unholdes, dem eben einst die Lehrerin ins Garn gegangen war. Zwischen ihm, der schleimigst ans Kindbettlager geholt wurde, und seinem Opfer gibt es jetzt die Szene eines unerwünschten Wiedersehens, wobei sich der Verzweiflungsschrei um die geraubte Mutter, schaft mit Klagen gegen den Schurken mischt. Das mütterlich „dramatisch“ an. Bei dieser Gelegenheit erfährt der Arzt, was er nicht erfahren wollte. Dem Schut an die Gurgel zu springen, verbietet ihm die Pflicht, die er als Arzt an dessen unschuldiger Frau vertritt. So köcht er also in Eierjucht gegen Luisa, seine eigene Gattin, weil sie ihm ihre Beziehungen zu ihrem einstigen Verführer verschwiegen. Man befürchtet nun ein echt italienisches Ende mit Dolchstichen und Schieberen. Nichts von alledem. Der Dichter zieht sämtliche Register der Verdünnung und beweist mit viel Rührseligkeit, daß Kaupisch, Auerbach und Charlotte Birch-Pfeiffer nicht umsonst gelächelt haben. Die Darstellung bot außer der Luisa von Paula Somary nichts von Belang.

Notizen.

Eine überraschende Entdeckung. Die bürgerliche Presse hat bei den Grattausführungen, die einige Theaterdirektoren zu Ehren von S. M. und zur Bekämpfung fürs Geschäft veranstalteten, höchst sonderbare Eindrücke gewonnen. Stauend verblüdet sie, wie empfindlich, wie hingegeben und dankbar und auch gestützt das Publikum war. Die ausgehändigten Theaterkritiker zweiter Garnitur schwimmen in Vollstämlichkeit. Sie wünschen das süße Premierenpublikum (wenigstens in der Richtdörferpresse) zu allen Teufeln und proklamieren die Kunstbereitschaft des Volkes. Waren denn die Volksbegeisterten noch nie in Volkshäusenaufführungen, wo sogar wirkliches und auch noch zahlendes Volk diese neuentdeckten Tugenden schon so lange bewährt?

In der Krolloper gelangt Mittwoch „Tristan und Isolde“ mit Frau Langendorff als Brangäne zur Wiederholung. Die Isolde singt diesmal Frau Dopler. Donnerstag folgt Kammerfänger Pennarini als Lohengrin sein Gastspiel fort; Freitag beginnt Walter Soomer sein auf zwei Abende berechnetes Gastspiel als Hans Sachs.

Die Jenfur wacht. Hermann Essigs Komödie „Die Weiber von Weinsberg“, die im Münchener Künstlertheater zur Uraufführung gelangen sollte, ist von der Zensurbehörde verboten worden.

Ein jahrhundert alte Kunstausschreibung ist — nachdem Berlin und München vorangegangen sind — nun auch in Dresden inszeniert und am Dienstag eröffnet worden.

Das Bild auf Reisen. Der Genaeer Kunstverein, der zum 60. Geburtstag des Schweizer Malers Adler eine Ausstellung seiner Gemälde vorhatte, ließ ein Monumentalwerk von ihm aus dem Jahre 1880 wegen seiner Größe in offenem Wagen aus Zürich beschaffen. Ein Okean beschädigte unterwegs das Bild erheblich; es muß nun erst restauriert werden.

Ein Keuchhustenferum. Der Direktor des Pariser Pasteurischen Instituts, Roux, teilte in der Sitzung der Akademie der Wissenschaften mit, daß es dem Leiter des Pasteurischen Instituts in Tunis, Ricolle, und seinem Assistenten Conor gelungen sei, mittels Stenohyphenbazillen ein Serum herzustellen, mit dem in einer großen Anzahl von Fällen eine schnellere Heilung von Keuchhusten erzielt worden sei.

negativen Resultat; die Forderungen der Dienstboten kamen hier und da zu einer öffentlichen Diskussion, und damit mußte man sich begnügen. Der Verband aber war selbst nach Kräften tätig für die Fortbildung der Mädchen; Lehrkurse über Literatur und Geschichte, Versammlungen mit belehrenden Vorträgen, Nähabend, Theaterabende usw. wurden den Mitgliedern geboten; der Kampf gegen die Schundliteratur und allerlei Aberglauben, gegen Betrugschwinder und Mädchenhändler wurde besonders im Verbandsorgan nicht vergessen.

Der Klassenbericht zeigt kein erfreuliches Bild. Bei den geringen Beiträgen von 50 Pf. pro Monat (dort 40 Pf.) kann der Verband ohne ansehnliche Zuschüsse nicht bestehen. Immerhin sind im Berichtsjahre trotz der Beitragserhöhung von 10 Pf. die Einnahmen aus Beiträgen und Eintrittsgeldern um rund 2500 M. gestiegen. Die Abrechnung für das Berichtsjahr bilanziert mit 31 680,78 M. Erst eine ganz außerordentliche Erhöhung der Mitgliedsbeiträge kann hier günstig einwirken, und ein solcher Aufschwung wäre dem Verbandswohl zu wünschen.

Die Leitergerüstbauer in Düsseldorf stehen bei sämtlichen Firmen im Streit. Sie fordern: Regelung der Arbeitszeit und Erhöhung der Stundenlöhne. Die Unternehmer haben jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt. Es wird dringend ersucht, den Zugzug von Leitergerüstbauern nach Düsseldorf fernzuhalten.

### Christliche Aussperrungsandrohung.

In der Textilindustrie des katholischen Städtchens Vocholt an der holländischen Grenze drohen die Fabrikanten mit der Aussperrung der Arbeiter, wenn bis nach Ablauf der Räumungsfrist, am 21. bzw. 28. Juni, eine Einigung, wie die Fabrikanten sie wünschen, nicht erzielt wird. Es kommen 5800 Arbeiter in Frage. — Diese Aussperrungsandrohung ist die Antwort der Unternehmer auf die von den christlichen Arbeitern eingereichten Forderungen.

## 10. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Dresden, den 17. Juni 1913.

Die 1. ordentliche Hauptversammlung des 10. Genossenschaftstages des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine fand am heutigen Dienstag unter dem Vorsitz von Lorenz-Hamburg statt. Sie wurde eröffnet mit einem

### Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes.

Diesem erstattete Konrad Marx-Hinchen. Der Redner berichtete über die Entwicklung der deutschen Konsumvereine bis zu den Ereignissen von Arcunach, die zur Trennung von dem Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften führten, und über die bisherige zehnjährige Entwicklung des Zentralverbandes. Er schloß seinen Bericht mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß auf den Frühling der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung ein warmer Sommer und ein erntereicher Herbst folgen möge (Beifall).

Den

### Bericht über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

gab der Generalsekretär Heinrich Kaufmann-Hamburg: Unsere Genossenschaften stehen mitten in einem Wirtschaftslieben, dessen höchstes Gesetz der Kampf aller gegen alle ist. Ringe und Kreise wenden sich geschlossen gegen uns, Verleumdungen und Verdächtigungen aller Art werden uns entgegen geschleubert. Die Behörden werden gegen uns mobil gemacht. Dagegen müssen wir uns durch Versammlungen, Broschüren und unsere Presse wehren, die mächtige Waffen der Konsumisten geworden sind. Das ganze letzte Jahr war erfüllt mit bestigen Kämpfen, über die unser Jahresbericht Rechenschaft gibt. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Maßnahmen der Konsumvereine gegen die Lebensmittelverfälschung, die im Jahresbericht eine (vom „Vorwärts“ bereits besprochene) Bearbeitung erfahren haben. Weiter haben wir einen bestigen Kampf gegen ungesetzliche Steuervorlagen geführt. Wir treiben keine Steuerdrückererei. Aber wir wehren uns gegen Ausnahmegesetzgebung und gegen Ausnahmesteuerung. Die deutschen Genossenschaften haben jetzt die Ziffer von 24 000 erreicht. Ihre Mitgliederzahl beträgt 4,8 Millionen. Die Konsumvereine insbesondere haben in den letzten 10 Jahren ihre Mitgliederzahl von 950 000 auf 2,1 Millionen, ihren Umsatz von 212 auf 568 Millionen und ihre Eigenproduktion von 21 auf 88 Millionen gesteigert. An diesen Zahlen nimmt der Zentralverband in wachsendem Maße teil. Während er vor 10 Jahren knapp die Hälfte der deutschen Konsumvereine umfaßte, sind es jetzt  $\frac{2}{3}$ , der genossenschaftlich organisierten Konsumisten. An dieser Entwicklung ist besonders die Großverkaufsgesellschaft hervorzuheben, die ihren Umsatz in dieser Zeit von 20 auf 138 Millionen steigerte, während die Zahl ihrer Angestellten von 102 auf 1732 Personen stieg. Außerdem unterhält sie eine immer wachsende Eigenproduktion. Neben diesen äußeren Fortschritten stehen die inneren Fortschritte: Tarifamt und Tarifverträge, die wir zusammen mit den Gewerkschaften abgeschlossen haben, Abwehrmaßnahmen gegen die Feinarbeit und die Buchhalterarbeit, und nicht zuletzt die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft „Volkssfürsorge“. Dann wurde der Ausbau der Revisionsverbände und des Zentralverbandes selbst zu erwähnen. Auch die Einzelvereine erweitern den Kreis ihrer Betätigung. Ein großer Konsumverein ist jetzt sogar dazu übergegangen, ein Nittergut zu erwerben und zu bewirtschaften. Es ist ehrenvoll, wenn die großen Konsumvereine sich als Pioniere auf dem Neuland genossenschaftlicher Betätigung bewähren. Eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre wird es sein, unser Geldwesen zu systematisieren. Besonders muß auf eine Stärkung der Reserven und auf eine Erhöhung der Geschäftsanteile gedrungen werden. Trotz unserer großen Fortschritte haben wir noch größere und schönere Aufgaben in der Zukunft zu erfüllen. Wir Konsumvereine sind ein wesentlicher Teil der neuen ununterbrochenen Entwicklung in dem Aufstieg der Menschheit zu höheren Formen des Gemeinschaftslebens. In dieser feierlichen Jubiläumssituation wollen wir uns versprechen, in diesem Geiste zu arbeiten. Nicht die Rechte, die jemand ausübt, sondern die Pflichten, die er sich auferlegt, geben ihm den wahren Wert. Nehmen wir alle Pflichten des Genossenschaftlers auf uns, um den Zentralverband deutscher Konsumvereine immer höher zu entwickeln. (Stürm. Beifall).

In der Diskussion betonte Mendel von der „Produktion“ in Hamburg die ungeheure Wichtigkeit einer engeren Verbindung zwischen Stadt und Land, zwischen städtischen Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Hier sei noch sehr viel zu tun. Allerdings stehe dem der antisozialistische Bauernschädel und der Mangel an kaufmännischer Bildung der Leiter der landwirtschaftlichen Genossenschaften entgegen. Jedenfalls wolle er die Leitung des Zentralverbandes auf diese wichtige Aufgabe aufmerksam machen (Beifall). — Generalsekretär Kaufmann: Als Bauernsohn habe ich dieses Problem schon in früheren Jahren im Jahrbuch des Zentralverbandes behandelt. Leider ist die Verbindung mit dem Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften abgebrochen worden, seitdem von ostelbischer Seite der Leitung des Reichsverbandes der Vorwurf gemacht wurde, daß sie mit der Sozialdemokratie paktierte.

Das

### Musterstatut für Bezirkskonsumvereine

besprach Verbandssekretär Karl Schmidtchen-Düsseldorf. Er schilderte die Rolle des Genossenschaftsrats, der für die künstliche Gesegung der Vorläufer eines Repräsentativsystems sei und zugleich eine Arbeitsorganisation ersten Ranges in den Vereinen bilden soll. Der Redner beantragte, die endgültige Beschlusfassung hierüber dem Generaltag des Zentralverbandes zu überweisen. — Rechtsanwalt Steinschneider-Berlin empfahl beweglichere Organisationsformen. — Es wurde nach dem Antrag des Referenten beschlossen.

Hierauf gab H. v. Elm-Hamburg einen

### Bericht über die „Volkssfürsorge“.

Er schilderte die Entstehung der „Volkssfürsorge“, und dieser erste, der Öffentlichkeit erstattete authentische Bericht wurde von der Versammlung mit größter Spannung entgegen genommen. v. Elm legte dar, daß die lange Verzögerung des Inkrafttretens der „Volkssfürsorge“ zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß bei der Gründung der Volkssfürsorge 420 Tabellen zu den einzelnen Versicherungszweigen ausgearbeitet werden mußten, aus denen jeder Versicherte in jedem Augenblick den Rückkaufswert seiner Versicherung ersehen kann. Nur mit Hilfe großer Rechenmaschinen war es überhaupt möglich, diese Arbeit in der gegebenen Zeit zu bewältigen. Die übrigen Volkssfürsorgegesellschaften haben auf diese Tabellen verzichtet. Aber dann gibt es nachher beim Rückkauf der Versicherung jedesmal eine große Enttäuschung über die geringe Höhe der erhaltenen Summe. Die „Volkssfürsorge“ hat ihre Arbeit auf Wahrheit und Klarheit gegründet, um ihrer Versicherung von vornherein das Mißtrauen zu nehmen, das bisher der Volkssfürsicherung in Deutschland so sehr geschadet hat. Für die Zukunft wird diese Arbeit ihr auch sehr zuhatten kommen und ihr viel Arbeit und viel Kosten ersparen.

Die Vorarbeiten waren am 3. Dezember 1912 soweit gediehen, daß zur Gründung der Gesellschaft geschritten werden konnte. Am 16. Dezember fand die Gründungsversammlung statt. Der Gründungsversammlung lag ein Schreiben des Präsidenten des Kaiserlichen Aufsichtsamtes vor, in dem er Bedenken gegen die Beteiligung von Genossenschaften an einem Versicherungsunternehmen äußerte. Die Gründung wurde daher nicht durch die Organisationen, sondern durch beauftragte Personen vorgenommen. Von Seiten der Genossenschaften waren es die Herren Scharling, Dr. Kasan und Dr. Waber, von Seiten der Gewerkschaften der Vorsitzende der Generalcommission Legien und je ein Vertreter des Bauarbeiterverbandes und Metallarbeiterverbandes. In den Aufsichtsrat wurden gewählt von gewerkschaftlicher Seite Bauer, Schilde, Leipart und Ebert, von genossenschaftlicher Seite Hoffmann, Dr. August Müller, Junger und Fröhlich. In den Vorstand wurden entsandt von gewerkschaftlicher Seite Baepfom, Leise und Wandter, von genossenschaftlicher Seite Lorenz, Kaufmann und v. Elm.

Auf Grund der Eingaben beim Kaiserl. Aufsichtsamte wurde am 16. Januar 1913 eine Konferenz anberaumt. In Gegenwart des Präsidenten des Kaiserl. Aufsichtsamtes Dr. Gruner wurden vom Aufsichtsamte einige Bedenken gegen den Geschäftsplan erhoben. So mußte der Organisationsfonds von 100 000 M. auf 200 000 M. erhöht und bar eingezahlt werden. Auch sollten die Genossenschaften an dem Versicherungsgeschäft nicht beteiligt sein. Die Aktien wurden daher auf Personen ausgestellt. Aber die Frage, inwieweit eine Genossenschaft Versicherungsgeschäfte betreiben darf, wurde rechts- und endgültig zur Entscheidung gebracht werden. Außerdem mußten die Tarife in einigen Punkten geändert werden, weil das Aufsichtsamte bei der Höhe des Aktienkapitals eine Versicherung über den Betrag von 1500 M. hinaus nicht zulassen wollte, und auch eine Umarbeitung der Sterbeversicherung verlangte, da die „Volkssfürsorge“ nicht darauf eingehen wollte, besondere Gefahrenklassen für die einzelnen Berufe zu schaffen. Endlich am 17. April konnten die notwendigen Änderungen in den Tarif und in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen und erneut beim Aufsichtsamte eingereicht werden. Die zweite Eingabe wurde vom Aufsichtsamte in der unglaublich kurzen Zeit von drei Wochen erledigt. Die Gewerkschaften und Genossenschaften sind dem Aufsichtsamte für die prompte Erledigung der Prüfung und für das weitgehende Entgegenkommen zu großem Dank verpflichtet. (Leb. Beifall.)

Am 6. Mai fand die mündliche Schlussverhandlung vor dem zuständigen Senat des Kaiserl. Aufsichtsamtes statt. Zunächst wurde eingehend die Frage erörtert, ob die „Volkssfürsorge“ mit der sozialdemokratischen Partei in irgendwelchen Beziehungen stände. Wenn die Gegner noch diesen ausgiebigen Erörterungen ihre Verleumdung wiederholten, daß die Volkssfürsorge ein sozialdemokratisches Unternehmen sei, so beleidigen sie nicht nur die Genossenschaften und Gewerkschaften, sondern verleumdern auch das Kaiserl. Aufsichtsamte für Privatversicherung. (Lebhafter Zustimmung.) Jeder Gewerkschaftler und Genossenschaftler weiß, daß unsere Gegner lügen. Ich glaube, unsere Gegner wissen es jetzt selbst. (Heiterkeit.) Weiter wurde die Fragen erörtert, inwieweit das Anlagesicher ist. Von dem Moment an, wo die „Volkssfürsorge“ sich entschloß, den Rahmen einer bloßen Sparversicherung für Gewerkschaftler und Genossenschaftler zu überschreiten und auch die Kapitalversicherung einzuführen, den Versicherten einen Rechtsanspruch zu geben und sich an alle Volkstriebe zu wenden, mußte sie auch die Verpflichtung zu einer regelmäßigen Prämienzahlung von den Versicherten übernehmen. Wir haben uns vor dem Kaiserl. Aufsichtsamte noch einmal förmlich dazu verpflichtet, daß die Abholung der Prämien regelmäßig und pünktlich erfolgen wird. Darauf ist am 6. Mai die Genehmigung erfolgt. Am 17. Mai ist die „Volkssfürsorge“ in Hamburg zum Handelsregister angemeldet worden, und am 22. Mai erfolgte ihre Eintragung. Der Geschäftsbetrieb wird am 1. Juli eröffnet werden. Die Verendung des gesamten Materials erfolgt in diesen Tagen und bereits von jetzt an werden überall Versicherungsbeiträge entgegen genommen. (Lebhafter Beifall.)

Die Grundsätze der „Volkssfürsorge“ tragen zunächst den Bedürfnissen und Lebensverhältnissen des arbeitenden Volkes Rechnung. Es war deshalb unmöglich, die Versicherung auf die ganze Lebensdauer auszudehnen. Es mußte vielmehr die Möglichkeit geschaffen werden, sie kurzfristig zu machen. Die Grundlage der Berechnungen waren die neuesten Sterbetafeln, die dem Versicherten durchweg günstiger sind, als die von den anderen Gesellschaften benutzten älteren Sterbetafeln. Darum sind unsere Prämien niedriger und unsere Versicherungssumme ist höher als dort. Die beiden Hauptarten der Versicherung werden die Kapital- und die Sparversicherung sein. Die Kapitalversicherung rechnet mit festen Prämien und festen Versicherungssummen. Die Sparversicherung ist zwanglos. Der Versicherte kann zahlen, wann und wo und wieviel er will. Mit der Sparversicherung ist eine Risikoversicherung verbunden, die die Schäden, deretwegen die Sparversicherung jetzt bisher wenig ausgedehnt hat, vollkommen beseitigen wird. Jetzt ist dieser Konnex von Risiko- und Sparversicherung für die Arbeiter die vorteilhafteste Versicherungsform und kann ihnen daher am meisten empfohlen werden. Die Gegner der „Volkssfürsorge“ sind der Meinung, daß sie nichts zu leisten können, weil ihre Leiter und Agenten keine Versicherungssachleute sind. Der Meinung waren auch die Krämmer, als die ersten Weber von Rochdale anfangen, sich mit dem Warenhandel zu befassen. Aber genau so, wie sich die Konsumvereine im Warenhandel durchgesetzt haben, werden wir uns auch bei dem Handel mit der „Volkssfürsorge“ durchsetzen. Eine Volkssversicherung darf nicht allein nach den Tarifen beurteilt werden, sondern vor allem nach den Versicherungsbedingungen. Bei den bestehenden Volkssversicherungen haben allein im letzten Jahre 300 000 Personen ihr eingezahltes Geld eingekauft, ohne nur einen Pfennig zurückzubehalten. Bei der „Volkssfürsorge“ hört das auf. Nach einjähriger Prämienzahlung wird die Kapitalversicherung in eine prämienfreie Versicherung umgewandelt, und wird die Zahlung abgehoben, bevor ein Jahr verlossen ist, so erfolgt die Umwandlung in eine Sparversicherung. Es wird also in Zukunft so gut wie kein Versicherungsnehmer sein eingezahltes Geld mehr verlieren. Ganz im Gegensatz zu den übrigen Versicherungen wird der Rückkauf und die Beileidung jederzeit zugelassen werden, und es werden dann bei der Kapitalversicherung vier Fünftel der Prämienreserven zurückgezahlt. Wenn die Gegner und verleumdern, daß wir unsere Versicherten auf Lebenszeit einfangen wollten, natürlich nicht nur für uns, sondern auch für

\*) Redner meint selbstredend nicht, daß es für ein Unternehmen eine Verleumdung sein könne, ein sozialdemokratisches zu sein; er will vielmehr zum Ausdruck bringen, daß die Verleumdung darin liegt, daß Genossenschaften oder Gewerkschaften vorgeworfen wird, in Widerspruch mit den Gesetzen anzugehen. Besteht die Leitung der „Volkssfürsorge“ aus Sozialdemokraten, gehören ihr Sozialdemokraten als Mitglieder an, und wird sie in sozialistischem Geiste geleitet, so kann sie das lediglich ehen.

die Sozialdemokratie, so können wir ruhig antworten, daß wir Bilde bessere Menschen sind. (Beifall.) Die Versicherungspreise erkennen den günstigen Charakter unserer Bedingungen an. Die Verleumdungen, die in geheimen Zirkularen, z. B. von einer Agentur der „Friedrich Wilhelm“ gegen uns ausgeteilt worden sind, können das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen. Unsere Hauptkonkurrenz wird wahrscheinlich die nationale Versicherung sein. Die öffentlich rechtlichen Volkssversicherungen haben ihre Tarife nur vom preussischen Ministerium des Innern prüfen lassen und haben sich ihren Organisationsfonds von fünf preussischen Provinziallandtagen aus dem Geld der Steuerzahler bewilligen lassen. Scheinbar bieten sie höhere Versicherungssummen als wir. Aber dafür fällt auch jede Gewinnmöglichkeit für die Versicherten, mindestens für die ersten 10 bis 20 Jahre, fort, während bei unserer „Volkssfürsorge“ von vornherein eine Rückvergütung an die Versicherten mit einfließt. Höhere Versicherungssummen als wir bot auch die „Vereinsversicherungsbank“ in Düsseldorf, aber trotz ihrer schönen Versprechungen, hat sie jetzt ihren Betrieb liquidieren müssen und ihr ganzer Bestand geht an die „Arminia“ in München zu erheblichen schlechteren Versicherungsbedingungen über. Die Sozialistenfresserei ihres Direktors Kessler hat sie nicht am Leben erhalten und ebensowenig die schwachen Angriffe, die der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegen uns gerichtet hat. (Zuruf: Dafür hat auch Dr. Wobenschen einen Orden bekommen!) Die kapitalistischen Volkssversicherungen haben, seitdem der Plan der „Volkssfürsorge“ aufgedeckt ist, eine wahre Geheißakquisition getrieben. Für jede neue abgeschlossene Versicherung zahlte die „Victoria“ früher 6 M., im letzten Jahre 7,35 Mark Abschlußprovision, und im nächsten Jahr werden es wahrscheinlich 8 M. werden. Wir zahlen 30 Pf. für den Abschluß einer Versicherung, und werden auch bei dem Anlasse und bei den Verwaltungskosten ungeheure Summen sparen. Wir wollen das ganze Volk umfassen, unbefürmert um religiöse und politische Anschauungen und unbefürmert um das Organisationsverhältnis der Versicherten. Wir arbeiten lediglich auf gemeinnütziger Basis. Niemand, weder die Gewerkschaften noch die Genossenschaften, wollen von der „Volkssfürsorge“ einen materiellen Nutzen haben. Der ganze Nutzen kommt den Versicherten zugute, und die Gewerkschaften und Genossenschaften begnügen sich mit dem moralischen Erfolg. Die „Volkssfürsorge“ bedeutet den Anfang einer Reform der Volkssversicherung. Sie hat überall im Lande große Begeisterung erweckt, und wenn mit dieser Begeisterung an die Arbeit herangegangen wird, wird sie schon jetzt die Grundlagen legen, auf denen in Zukunft ein stolzer Reformbau errichtet werden kann. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vertagt.

## Belgischer Gewerkschaftskongreß.

Brüssel, 15. Juni. (Fig. Ver.)

Der für drei Tage angelegte Genossenschaftskongreß wurde heute um 10 Uhr vormittags vom Genossen Solan eröffnet. Der Kongreß tagt im Festsaal des „Maison de Peuple“. Es sind insgesamt 188 Teilnehmer anwesend; 150 Delegierte für 80 Gruppen und 20 Mitglieder der Gewerkschaftskommission. Von auswärts sind erschienen als Vertreter der Confédération Générale du Travail in Paris Demoulin, für die holländische Gewerkschaftskommission Van Zutphen, für die rumänische Narescu und für die schweizerische Hugler.

Die Generalcommission der freien Gewerkschaften Deutschlands teilt mit, daß sie diesmal keinen Vertreter entsenden kann, da ihre Mitglieder zu sehr beschäftigt sind. Begrüßungsschreiben sind aus Schweden, Dänemark, Ungarn, Spanien, Italien, Chile usw. angelangt. — Die Vertreter der ausländischen Gewerkschaftsbewegung vermerken alle in ihren Begrüßungsreden das freudige Echo, das die Disziplin und die Kraftäußerung der belgischen Arbeiter in ihrem Generalfreistrit bei den Arbeitern des Auslandes gefunden hat. Für alle Arbeiterorganisationen berge er ein Beispiel und eine Lehre. Vor dem Eingehen in die Tagesordnung nimmt der Kongreß noch einen Protest gegen die von der französischen Regierung geplanten Maßnahmen gegen die französische Confédération der Arbeit an. Dann beginnt die Debatte über die von der Kommission vorgelegten Berichte, die sich wesentlich zu einer Kritik an der Tätigkeit des einen Sekretärs der Gewerkschaftskommission, Genossen Bergmans, beziehen. Es wird ihm in der Hauptsache zur Last gelegt, daß er es in seinem Amt an Initiative, an richtunggebender Tätigkeit fehlen lasse, daß Resolutionen der Kongresse spät oder überhaupt nicht zur Ausführung kommen und daß für bestimmte Fragen keine Propaganda und keinerlei agitatorische Aktion eingeleitet wurde.

So hält De Vedogne (Wachdrucker) Bergmans u. a. vor, daß die ganze Art, wie über die christlichen Gewerkschaften berichtet werde, taktisch und praktisch falsch ist.

De Kan bemängelt, daß der Sekretär unterlassen habe, für den internationalen Bericht der Gewerkschaften das entsprechende Differenzmaterial zu liefern. Auch habe die Kommission, bezw. der Sekretär, unterlassen, das projektierte Material, mit dem für die Gewerkschaftsbewegung — mit Hinweis auf die Lehren des Generalfreistrits — Propaganda gemacht werden sollte, in Umlauf zu bringen.

Der schärfste Kritiker ist der Sekretär der Handelsangestellten, Jaquemotte. Er findet den Bericht in vielerlei Hinsicht unzulänglich. Er kritisiert ferner die Haltung der Kommission während des Generalfreistrits, für den von dort keine spezielle Aktion ausging. Man habe nichts getan, um bestimmte Berufe in den Streit hineinzuziehen, und überhaupt den Generalfreistrit nicht für die Gewerkschaftsbewegung agitatorisch ausgenutzt. — Er fragt, ob der Vorstand oder nur der Sekretär für alle diese Unterlassungen verantwortlich sei. — Nichts geschah sei auch, um die Resolution bezüglich einer Aktion für den freien Sonnabendnachmittag zu verwirklichen. Ebenso treffe die Kommission oder den Sekretär ein Verschulden, daß über die Gewerkschaftswahlen kein genügendes Material vorliege, das über die Vermehrung der sozialistischen Stimmen und die Kräfte der Unternehmer unterrichtet. Schließlich findet Jaquemotte, daß der Sekretär auch seiner Mitarbeiterpflicht am Korrespondenzblatt der Kommission nicht genüge.

Bergmans versucht in längerer Rede die Einwürfe der Vorredner zu entkräften. Vor allem mangle es ihm an Zeit, so den Verpflichtungen nachzukommen; zumal die Delegierten beanspruchten Zeit und Arbeit und die Kreuzung des politischen und gewerkschaftlichen Lebens erfordere zeitraubende Anteilnahme an Sitzungen usw. Ebenso habe er verschiedene Arbeit durch die Aktion für die Zentralisation gewisser Gruppen, die seine Teilnahme an Konferenzen und Kongressen notwendig machten. (Er verweist hier auf die von der Kommission unternommenen Schritte, die Vergarbeiter des Porzellan zum Anschluß an die Kommission zu veranlassen.) — Was die Presse betrifft, so sei ihre Konsolidierung nicht seine Aufgabe, sondern die der nationalen Organisationen. — Wollte man eine genügende Bearbeitung (auch darüber wurde geklagt) so müge die Gewerkschaften die innere Organisation verbessern, damit das nötige Material zustande komme. — Auf manche Angriffe antwortete Bergmans freilich etwas „daneben“, so war es über die untertriebene Agitation der Kommission für den Generalfreistrit, über die Propaganda für den freien Sonnabend, über die Bearbeitung der Gewerkschaftswahlen und manches andere. — Nach seiner Rede steht dann die Kritik von neuem wieder ein.

De Vedogne nimmt nochmals das Wort und präzisiert seine Angriffe dahin, daß die Kommission unter Bergmans Führung keine Richtschnur für bestimmte Tendenzen und für die Taktik gäbe. Jaquemotte fragt, warum die Kommission keine spezielle Propaganda während des Generalfreistrits unternommen habe, wo doch die Bedingungen für eine solche so günstig waren. Der Redner erklärt schließlich, daß er gegen die Wiederanstellung Bergmans sei. Es sprechen noch die Vertreter der Holzarbeiter und der Delegierte der Fabrikarbeiter; der letztere setzt sich für Bergmans ein, und konstatiert die Fortschritte, die sich in der Abfassung der Berichte zeigen. Er verweist auf die Fortschritte der belgischen Gewerkschaftsbewegung und die Zentralisationsidee und manches andere, woran Bergmans seinen Anteil habe.

Vandermassen spricht im Namen des Vorstandes der Kommission und muß manche der Vorwürfe zu recht anerkennen, wenn auch die Kommission als ganzes den einen und anderen ablehnen muß. — Es wäre, meint er, keine Lösung der Krise, wenn der Kongress durch ein Votum sich gegen die Wiederanstellung Bergmanns ausdrückte. Er empfiehlt schließlich im Namen des Vorstandes der Kommission zur Beilegung der Krise die Annahme einer Resolution in der die Kommission beauftragt wird, die Teilung der Arbeit, die Tätigkeit und die Verantwortlichkeit der beiden Sekretäre abzugrenzen und alle Maßnahmen zu treffen, um den Einfluß der Kommission zu fördern und für die Zukunft Angriffe dieser Art unmöglich zu machen. — Diese Tagesordnung wird einstimmig angenommen. Der Bericht Bergmann wird mit 50 Stimmen Enthaltung zur Kenntnis genommen. Der finanzielle Bericht wird einstimmig angenommen. — Die Mitteilung über die Anwesenheit der Delegierten des Syndikats der nunmehr geeinigten Diamantarbeiter Antwerpen — es existierten bisher zwei Organisationen — wird mit demonstrativem Beifall aufgenommen. — Damit schließt der erste Verhandlungstag.

## Achte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Danzig, 15. Juni.

Die Verhandlungen der 8. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurden heute abend in üblicher Weise mit einem Begrüßungsbericht eingeleitet, der infolgedessen von den sonst üblichen Empfangsfeierlichkeiten abfiel, als daran auch ein offizieller Vertreter der Stadtverwaltung teilnahm und die Musik von einer Militärkapelle, der des Westpreussischen Infanterieregiments Nr. 17, gestellt war.

Der Vertreter des Magistrats, Herr Stadtrat Loos, nahm auch, nachdem der Vorsitzende und Vertreter des Gauess Westpreußen, Ragrotzki, in einer Ansprache die Delegierten begrüßt hatte, das Wort, um dem Verbandstage den Willkommensgruß der Stadtverwaltung zu überbringen und das Interesse der Stadtverwaltung an den Verhandlungen zu bekunden. Der Herr Stadtrat feierte die Buchdruckerkunst als bedeutendster Faktor für die Kultur-entwicklung und betonte im Laufe seiner Ausführungen unter andern, daß der Buchdruckerstand sich dadurch besonders auszeichne, daß er nicht als Kampforganisation auftritt, sondern versuche, die wirtschaftlichen Interessen der Buchdrucker auf dem Wege des friedlichen Einvernehmens zu fördern. Dadurch wolle er vorbildlich wirken möge, füge er den gleichen Wunsch hinzu, daß das Beispiel der Stadtverwaltung von Danzig bahnbrechend wirken möge in jenen Kreisen, die sonst in den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen nichts weiter sehen als eine „Gehe“. Die Unterstützungseinrichtungen seien dem Verbande nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Die Hauptaufgabe des Verbandes bleibe, Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Was die Buchdrucker erlangen, sei lediglich auf ihre Solidarität zurückzuführen, die zurzeit von einer gewissen Scharfmaçhergruppe, die sich in Arbeitgeberkreisen bemerkbar mache, zu gefährdet werde, obwohl man eine Zeit lang das, was die Buchdrucker geschaffen, als Kulturarbeit bezeichnet habe. Redner hofft, daß die Kollegen den Ernst der Situation, der sich ergebe aus der nie rastenden Tätigkeit der Technik, begriffen haben und auch ferner in Einigkeit verharren. Mit einem „Hoch“ auf den Verband und die Solidarität der deutschen Buchdrucker schließt Döblin seine Ausführungen.

Verbandsvorsitzender Döblin wies demgegenüber darauf hin, daß es eine Arbeiterorganisation sonst nicht gewöhnt sei, von den Stadtverwaltungen ihrer Tagungsorte begrüßt zu werden, da man sie sowie auch die Staatsbehörden wohl auf den Kongressen der Arbeitgeber, nicht aber auf denen der Arbeiter anzutreffen gewöhnt sei. Den Wunsch des Herrn Stadtrats, daß der Buchdruckerstand vorbildlich wirken möge, fügte er den gleichen Wunsch hinzu, daß das Beispiel der Stadtverwaltung von Danzig bahnbrechend wirken möge in jenen Kreisen, die sonst in den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen nichts weiter sehen als eine „Gehe“. Die Unterstützungseinrichtungen seien dem Verbande nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Die Hauptaufgabe des Verbandes bleibe, Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Was die Buchdrucker erlangen, sei lediglich auf ihre Solidarität zurückzuführen, die zurzeit von einer gewissen Scharfmaçhergruppe, die sich in Arbeitgeberkreisen bemerkbar mache, zu gefährdet werde, obwohl man eine Zeit lang das, was die Buchdrucker geschaffen, als Kulturarbeit bezeichnet habe. Redner hofft, daß die Kollegen den Ernst der Situation, der sich ergebe aus der nie rastenden Tätigkeit der Technik, begriffen haben und auch ferner in Einigkeit verharren. Mit einem „Hoch“ auf den Verband und die Solidarität der deutschen Buchdrucker schließt Döblin seine Ausführungen.

## 12. Verbandstag der Buchbinder.

Stuttgart, 16. Juni.

Im hiesigen Gewerkschaftshaus wurde heute vormittag der zwölfte Verbandstag des Deutschen Buchbinderverbandes vom Verbandsvorsitzenden Klotz eröffnet. Die Tagung ist von 92 Delegierten, 3 Vorstandsmitgliedern, dem Redakteur Michalis (Berlin) und dem Ausschussvorsitzenden Bergmann (Leipzig) besucht. Als Gäste nehmen an ihr teil Vertreter der Verbände der Buchdruckerhilfsarbeiter und der Lithographen und Steinbrücker

sowie der Bruderorganisationen in England, Oesterreich und Ungarn. Die Generalkommission vertritt Knoll (Berlin). Als Vorsitzende des Verbandstages werden Brückner (Berlin) und Dürr (Stuttgart) bestimmt, denen zwei Schriftführer zur Seite stehen.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen gab Klotz (Berlin) den

### Geschäftsbericht.

Er wies auf den schriftlichen Bericht. Noch niemals habe der Verband in einem dreijährigen Zeitraum solche Fortschritte, einen solchen Wachstum zu verzeichnen gehabt, als es seit dem letzten Verbandstag geschehen sei. Die Werbestraft des Verbandes habe sich aufs glänzendste bewährt. Beträgt doch die Mitgliederzunahme seit dem letzten Verbandstage rund 8000. Die Mitgliederzahl stieg bis Ende 1912 auf 83 423. Die Zunahme an weiblichen Mitgliedern war größer wie die an männlichen, was zur Folge hatte, daß nun beide Gruppen gleich stark sind. Die Zahl der männlichen Mitglieder beträgt 18 717 und die der weiblichen 16 711. In den letzten Jahren hat sich das Stärkeverhältnis langsam, aber stetig zugunsten der weiblichen Mitglieder verschoben. Im Jahre 1907 bildeten die Männer noch 57,9 Proz. der Mitglieder, geht aber die Entwicklung so weiter, werden die weiblichen Mitglieder bald die größere Hälfte des Verbandes bilden. Zahlstellen zählte der Verband am Ende der Berichtszeit 131 gegenüber 110 bei Beginn der Periode.

Lohnbewegungen hatte der Verband in den drei Berichtsjahren 1910/1912 insgesamt 289 zu führen, die sich auf 2886 Betriebe mit 42 183 Beschäftigten erstreckten. Daß diese Lohnbewegungen nicht umsonst geführt wurden, zeigen die folgenden Zahlen über das Ergebnis der Kämpfe. Es wurde für 21 680 Personen eine jährliche Arbeitszeitverkürzung um 1 422 358 Stunden und für 26 388 Personen eine jährliche Lohnerhöhung um 2 207 784 Mark erreicht. Die Kosten für diese Lohnbewegungen und die Ausgaben zur Aufrechterhaltung errungener günstiger Arbeitsbedingungen betragen insgesamt 883 880 Mark. Es wurde fast sechsmal soviel an Lohnerhöhungen erreicht, als dem Verbande die Lohnbewegungen und die damit gewissermaßen im Zusammenhang stehende Gewahrgeltemunterstützung gekostet haben. Interessant ist auch ein Vergleich der Lohnerhöhungen mit den Verbandsbeiträgen. Die gesamten, innerhalb der Jahre 1910 bis 1912 von den Verbandsmitgliedern geleisteten Verbandsbeiträge betragen einschließlich einer freiwilligen Extrasteuer 1 900 045 Mark. Es ist also über 200 000 Mark mehr an Lohnerhöhungen erreicht worden, als die Beiträge betragen. Ganz abgesehen von der Arbeitszeitverkürzung, die doch sicherlich auch eine wertvolle Ertragsquelle darstellt. Nach Abzug der 883 880 Mark. Infolgedessen der Lohnbewegungen blieb von den Verbandsbeiträgen die Summe von 1 000 245 Mark übrig, die zu anderen Unterstützungen, zu den sonstigen Unkosten des Verbandes und zur Aufrechterhaltung des Verbandsvermögens verwendet werden konnte. Damit wird in überzeugender Weise die Behauptung bewiesen, daß der Verband die allerbeste Sparkasse ist.

Wie sehr die vertragliche Festsicherung der Arbeitsbedingungen immer mehr vordringt — dank der Macht des Verbandes und der wachsenden Einsicht der Unternehmervereinigungen, daß die Gewerkschaften als legitime Vertretung der Arbeiterschaft nicht mehr zu ignorieren sind — zeigen die Zahlen über die Ausbreitung der Tarifverträge. Am Schlusse des Jahres 1909 bestanden 82 Tarifverträge für 1674 Betriebe mit 20 882 Beschäftigten. Ende 1912 hatte der Verband jedoch 130 Tarifverträge für 2169 Betriebe mit 83 108 Beschäftigten abgeschlossen.

Das Verhältnis des Verbandes zu den übrigen graphischen Organisationen ist ein durchaus freundschaftliches. Die Generalversammlungen dieser Verbände besuchte der Verbandsvorsitzende, der sich dort bewährte, eine engere Verbindung zur Anbahnung eines graphischen Industrieverbandes herbeizuführen. „Leider ohne Erfolg“ — wird im Geschäftsbericht gesagt — „da es über platonische Erklärungen oder Resolutionen nicht hinausging. Es liegt für uns keine Veranlassung vor, und es dürfte kaum dem gewollten Zweck dienlich sein, weiter bei den anderen graphischen Verbänden um die Schaffung eines graphischen Verbandes zu bitten. Lassen wir doch, nachdem wir genügend unsere Bereitwilligkeit erklärt haben, die anderen Verbände mit Wünschen an uns heranzutreten, wir werden sie sympathisch begrüßen.“

Die

### Rassenverhältnisse

des Verbandes, über die Gauweisen Berichte, haben sich ebenso günstig entwickelt wie die Mitgliederbewegung. Zur Zeit der Abhaltung des letzten Verbandstages hatte die Hauptkategorie ein Vermögen von 433 863 Mark aufzuweisen. Jetzt beträgt es aber rund 900 000 Mark, das Vermögen hat sich also mehr als verdoppelt. Zu diesen 900 000 Mark. kommen noch die Vermögensbestände der Lokalkassen, die am Jahresende 1912 rund 300 000 Mark betragen. Der Verband ist also auch finanziell gerüstet.

Für die Redaktion berichtete Michalis (Berlin). Die Auflage der „Buchbinderzeitung“ ist stark gestiegen. Bei Beginn der Geschäftsperiode betrug die Auflage 27 850 Exemplare, gegenwärtig jedoch 38 400. Die „Buchbinderzeitung“ sei auch in der Berichtsperiode bemüht gewesen, ruhig und sachlich die Interessen der Mitglieder zu vertreten, Aufklärung über die Bestrebungen des Verbandes zu verbreiten, zur regen Mitarbeit an den Organisationsarbeiten anzuspornen und agitatorisch unter den Berufsgenossen zu wirken.

Bergmann (Leipzig) gab den Ausschussbericht. Der Ausschuss hatte 16 Beschwerden gegen den Vorstand zu erledigen. Das Verhältnis zwischen dem Vorstand und dem Ausschuss war ein gutes. An die Berichte schloß sich eine verhältnismäßig kurze

### Diskussion.

In der sich die Delegierten im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden erklärten. Die vorgebrachten Renitenzen waren nur geringe Natur. Kritisiert wurde, daß die Jahresberichte sehr spät erscheinen. Auch hätte, betonte Würzberger (Berlin), das Ergebnis der statistischen Aufnahme über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Buchbindergewerbe früher herauskommen müssen, um rechtzeitig agitatorisch verwendet werden zu können. Man solle den größeren Zeitstellen die Bearbeitung des Materials selbst überlassen. Mehrere Redner verlangten vom Vorstand größere Umherführung der Verwaltungsjahren bei der Agitation. Das Agitationsmaterial sei unzulänglich, sagt Bruck (Breslau). Der Vorstand wäre zu engberzig bei Ausgaben für die Agitation. Er verlange immer Vorschläge, lehne diese aber regelmäßig ab und verweise auf die Hausagitation. Von allen abgeschlossenen Tarifverträgen sollten den Verwaltungsjahren einige Exemplare übersandt werden, man könne diese bei der Agitation gut verwerten.

Drehwald (Stuttgart) hebt in den langfristigen Tarifverträgen ein Gemischnis in der Agitation. Der Düsselhorfer Delegierte Ernst hält die vom Verband herausgegebenen Fragebogen für zu kompliziert, sie müßten vereinfacht werden. Herzog (Berlin) kritisiert den Artikel der „Buchbinderzeitung“ gegen die Stellungnahme des „Vorwärts“ zur Genossenschaftsfrage. Es habe keine berechtigte Veranlassung vorgelegen, in dieser Weise gegen den „Vorwärts“ loszugehen.

In den

### Schlussworten

gingen die Referenten auf die in der Debatte aufgeworfenen Fragen ein und präzisieren ihren Standpunkt. Klotz betonte, der Vorstand könne nicht verprechen, das Ergebnis einer solch umfangreichen Statistik, bei der 28 000 Fragebogen zu bearbeiten gewesen seien, künftig früher herauszugeben zu können. Der Vorstand bedauere auch, daß der Jahresbericht so spät erscheine, aber dazu tragen verschiedene Umstände bei. Es werde kaum möglich sein, den Jahresbericht vor Mitte Mai fertigzustellen. Bezüglich des vom Vorstand herausgegebenen Agitationsmaterials könne man zweierlei Meinung sein. Verschiedene Bevollmächtigte hätten ihre Zufriedenheit mit dem Material erklärt.

Redakteur Michalis bemerkte gegenüber der Kritik seines Artikels gegen den „Vorwärts“, er würde einen derartigen Artikel heute genau so schreiben, wenn die Verhältnisse wieder so lägen. Der Artikel habe sich nur gegen die Form der Kritik des „Vorwärts“ am Zentralverband deutscher Konsumvereine gewandt. Andere Gewerkschaften hätten das Verhalten des „Vorwärts“ noch härter kritisiert. Wir haben als Gewerkschafter ein großes Interesse daran, die Genossenschaften zu fördern.

Ueber

### Unsere Lohnbewegungen

referierte nun Verbandsvorsitzender Klotz (Berlin). Er betonte eingangs: In der letzten Geschäftsperiode habe der Verband außerordentlich erfolgreich auf diesem Gebiet gearbeitet. (Wir haben ein zahlenmäßiges Bild des Erreichten im Vorbericht gegeben.) Dann besprach der Redner einzelne der gehaltenen Lohnkämpfe. Als in Berlin, Stuttgart und Heilbronn die Tarifverträge für die Geschäftsbuchbranche zum Ablauf gekommen seien, hätten die Unternehmer den Schwerpunkt darauf gelegt, den Ablauftermin zu ändern. Die Forderung der Unternehmer gehe dahin, überall den gleichen Ablauftermin festzulegen. Da sei Vorsicht am Platze. Im Jahre 1910 würde eine sehr große Anzahl der Tarife ablaufen, nämlich insgesamt 81 Tarife für 762 Betriebe mit 18 217 Beschäftigten. Es stehe ein schwerer Kampf bevor, für den man sich rechtzeitig zu rüsten habe. Dabei müsse man auch berücksichtigen, daß die Zahl der weiblichen Berufsangehörigen immer größer werde, was zur Folge habe, daß für die niedrigsten Unternehmungsklassen die höchsten Unternehmungen in Frage kämen. Bei der Beratung der Leitungsfrage müsse der Verbandstag entsprechende Beschlüsse fassen. Die Arbeitgeber würden sich immer mehr zusammenschließen, der Verband habe daher alle Ursache, Maßnahmen zu treffen, um mit Ehre die Kämpfe bestehen zu können.

Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag verlagert.

# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 18. Juni 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Prater.** Das Pummelndchen.

Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Cadensoeren-Fahrt.

**Königsgrüner Zirkus.** Das Buch einer Frau.

**Seffius.** Ill-Bien.

**Deutsches.** Der lebende Leichnam.

**Kammerpiele.** Kaiserliche Hofst.

**Verliner.** Ritzmouder.

**Schiller O.** Der Leibgardist.

**Schiller.** Charlottenburg. Frelwid.

**Montis Cyretten.** Der lachende Chemann.

**Deutsches Schauspielhaus.** Eine Vergangenheit.

**Reines.** Professor Bernhardt.

**Deutsches Oberhaus.** Der Waffen-schmied.

**Thalia.** Puppen.

**Metropol.** Die Kimo-Königin.

**Wintergarten.** Spezialitäten.

**Reichshallen.** Stettiner Säng.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Komödienhaus.** Hochherrschafliche

**Bohningen.**

**Friedr. Wild.** Schauspielhaus.

**Das Parmermädchen.**

**Spitzbüchse.** Der lustige Kolaba.

**Woi.** Der Traum ein Leben.

**Witten.** Die Almöden.

**Polles Caprice.** Ein Pechvogel.

**Die Strampfische.**

Anfang 9 Uhr.

**Neues Volkstheater.** König Strauß.

**Theater am Kollendorplatz.**

**Der Mann mit der grünen Maske.**

Anfang 9 Uhr.

**Admiralspalast.** Eisballett: Urt in

**St. Moritz.**

**Opernwarte.** Juchaldenr. 57-62.

**Deutsches Schauspielhaus.**

**8 1/2 Uhr: Eine Vergangenheit.**

**Schiller-Theater O.** Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

**Der Leibgardist.**

Donnerstag, abends 8 Uhr:

**Der Leibgardist.**

Freitag, abends 8 Uhr:

**Der Leibgardist.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

**Frelwid.**

Donnerstag, abends 8 Uhr:

**Zwei Wappen.**

Freitag, abends 8 Uhr:

**Hasemanns Töchter.**

**Berliner Theater.**

8 Uhr: **Filmzauber.**

**Theater in der Königsgrüner Straße**

8 Uhr:

**Das Buch einer Frau.**

**Kroll-Oper**

8 Uhr:

**Tristan und Isolde.**

Donnerstag:

**Lohengrin.**

**Montis Operetten-Theater**

(fr. Neues Theater), Kurt Norden 1141.

Sommerrevue. Gastop. Jul. Spielmann.

8 Uhr: **Der lachende Chemann.**

**ROSE-THEATER**

Große Frankfurter Str. 138.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Der Traum ein Leben.**

Auf der Gartendüne:

**Achtung! Es geht los!**

Große Post. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Woabiter Gesellschaftshaus**

Heute Mittwoch, 18. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:

**Volks-Sinfonie-Konzert**

des **Blühner-Orchesters**

**Richard Wagner-Abend.**

Dirigent: **Guido v. Fuchs.**

Karten à 30 Pf. in d. bekannten Vor-

verkaufsstellen und Abendkasse.

**200**

**LOGISCHER GARTEN**

Heute Garnisonfest.

Ab 4 Uhr nur Eintritt für

Aktionäre sowie für die

gehörigen Abonnenten und

zahlenden Besucher, die

das Weinrestaurant

1. Rang, besuch. wollen (Adlerportal).

**Passage-Panoptikum**

**Die 3 Schwestern**

**Liliput**

die kleinste Schwest. der Welt.

Der weltberühmte amerikanische

**Negerboxer**

**Andrea Johnson**

bei seinem Training.

**Aga, die schwebende**

**Junfrau!**

Alles lebend!

Alles ohne Extra-Entree!

**Theater am Kollendorplatz**

Täglich 8 1/2 Uhr: **Versteckte Stele.**

**Der Mann mit der grünen Maske.**

— Varieté — — Kino —

**Deutsches Musikfest.**

Zu den am 22. und 29. Juni, mittags 12 Uhr, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain stattfindenden beiden Volkskonzerten sind

sämtliche Eintrittskarten bereits vergriffen.

**Brauerei Friedrichshain**

Am Königsgrüner. Dir.: Ernst Liebing.

Jeden Dienstag- und Donnerstagsnachmittag:

**Kaffee-Frei-Vorstellung**

der Norddeutschen und Apollo-Sänger

bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

**Metropol-Theater.**

abends 8 Uhr:

**Die Kimo-Königin.**

Operette in 3 Akten von Jul. Freund

und G. Montkowski.

Musik von **Jean Gilbert.**

In Szene gesetzt v. Dr. Rich. Schult.

**Admiralspalast — Eis-Arena**

Angenehm kühler Aufenthalt.

Allabendlich

das gr. erfolgreiche Eisballett

**Flirt in St. Moritz.**

Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr

halbe Kassenpreise.

**Restaurant I. Ranges.**

Wein- und Bier-Abteilung.

**Volkgarten-Theater.**

Sadstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.

Mittwoch, den 18. Juni 1913:

5. Sondervorstellung:

**Im Hause des Kommerzienrats.**

Schauspiel in 5 Akten von G. Basse.

Dazu die neuen hervorragenden

Spezialitäten.

**Neue Welt**

A. Scholz, Hasenholde 108-114

Heute Mittwoch, 18. Juni:

**Gr. Kinderfest**

Gratis-Verlosung.

1. Hauptgewinn für Knaben und

Mädchen je eine silberne Uhr.

Bombenregen, Fackelzug.

Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Donnerstag, den 19. Juni:

**Elite-Tag**

verbunden mit großem

**Brillant-Feuwerk.**

Heute Mittwoch, den 18. Juni

**Eröffnungsfeier**

des erstklassigen Freibades

**Adlershof-Neptunshain**

**Reichshallen-Theater**

Stettiner Säng.

„Stucke's

Pfingstfahrt“

Berliner

Burlaske

von Moysel.

Anfang 8 Uhr.

**Volgt-Theater**

Babstr. 59.

Mittwoch, den 18. Juni 1913:

**Elite-Tag!**

**Der Bettelstudent.**

Vollständ. m. Ges. u. Tanz in 5 Bildern.

Gänzlich neue Spezialitäten.

Kostengünstig 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

**UNA**

**MARK**

Während der Jubiläumswoche

**Täglich: Große**

**patriotische Feier.**

3 Kapellen!

Große elektrische Feerie!

Inserem Genossen  
**Otto Ruth** und  
**Anna Ruder**  
 zu ihrer Vermählung die  
 herzlichsten Glückwünsche.  
 Bezirk 383 I 4. Kreis.

**Dr. Wockenfuß**  
 Spezialarzt für Haut-, Horn-, Frauen-  
 leiden, Ehrlich-Kata-Kuren, Blutunter-  
 suchung, Schnelle, gründliche und  
 schmerzlose Behandlung. 248/11  
 Friedrichstr. 125 10-1, 5-8, Sa. 9-11.

**Zentralverband der Dachdecker**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Donnerstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Sebastianstraße 39  
 bei Frau Wille:  
**Versammlung**  
 der Dachdecker und Hilfsarbeiter.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Hermann Meierlein über: „Die Volks-  
 fürsorge“. 2. Verbandsangelegenheiten.  
 Das Erscheinen aller Kollegen und Berufsangehöriger zu dieser  
 Versammlung ist unbedingt notwendig.  
 Der Vorstand.

**Verband der Maler,  
 Lackierer, Anstreicher usw.**  
 Bureau: Melchiorstraße 28, part.  
 Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitnachweis: Räderstraße 9.  
 Fernsprecher: Amt Norden 6708.  
 Hierdurch machen wir unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß alle Ansprüche,  
 die dieselben noch aus der Aussperrung an die Ortsverwaltung zu haben glauben,  
 bis zum 28. Juni d. J. eingereicht sein müssen.  
 Nach dem 28. Juni werden Anträge irgendwelcher Art, die aus der Aus-  
 sperrung herrühren, nicht mehr entgegengenommen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Erstklassig!**  
**„Unsere Marine“**  
 2 Pfg. Cigarette  
 Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. Dresden  
 Größte deutsche Cigarettenfabrik.



**Schlager in Qualität!**

**Saison-Ausverkauf vom 18. Juni bis 5. Juli!**  
**Spezial-Haus für Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung.**  
 Sehr günstige Kaufgelegenheit. Die Preise sind für fertige Kleidung bis **33 1/3 %** in allen Abteilungen herabgesetzt!  
**CARL ZOBEL** Köpenicker Straße 121 (Eckhaus).  
 Staatspreise — Ehrenpreise — Goldene Medallien.

**Kleine Anzeigen**  
 Jedes Wort 10 Pfennig.  
 Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.  
 ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
**Bettenhaus** 9., Brunnenstraße 70, im Keller. 120092\*  
**Gardinen!** Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außerordentlich billig! Bodendiele 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Hadericher Markt 4 (Bahnhof Börse), Sonntag geöffnet.  
**Handelshaus Hermannplatz** 6. Sportbilliger Bettverkauf. Bettdeckenverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Goldwarenverkauf, Kleiderverkauf, Herrengarderobe. Sonntagverkauf ebenfalls.  
**Teppiche, farbige, haltbare, preisbillig, Gardinen, Portieren, Steppdecken, halben Preis.** Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Drantenstraße 126. 6458\*

**Teppiche, farbige, haltbare, preisbillig, Gardinen, Portieren, Steppdecken, halben Preis.** Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Drantenstraße 126. 6458\*  
**Kleiner englischer Bauernwirtschaft** sehr billig bei Glas, Rosenfelderstraße 57, vorn III. 10077\*  
**Arbeiter-Wohnungseinrichtungen** jeder Preislage in großer Auswahl. fünf Etagen. Einfach, gediegen und funktionstüchtig. Etage und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Trotzdem strengste Kassapreise und Jinsbergguthung kein Abzahlungsgeschäft. Keine Kaffeezer. Empfehlenswert ist frühzeitige Bestellung. Anzahlung ist bei Geschäftsabschluss nicht erforderlich, sondern erst bei Lieferung. Tischlermeister Rejowski, Badstraße 66, zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 100711  
**Ruhbaumwirtschaft, hübsche** Etage, herrliche Kücheneinrichtung, für jeden annehmbaren Preis veräußert. Händler verbiten. Bauer, Große Frankfurterstraße 65, eine Treppe. 100713\*  
**Schlafzimmer, komplett** mit dreiteiligen Aufhängen, weiß, 300,00, eich. Tisch 200,00, mahagoni 225,00, garantiert reelle Ausführung. Möbel-, Polsterwarenfabrik W. Dirschow, Stahlstraße 25, Hochbahn Rothbühlstr. 6638  
**Kinderdrabett, Puppenwagen.** Joachim, Frankfurter Allee 128 III.

**Fahrräder.**  
**Erstklassige Fahrräder, Monatsrate** 10 Mark. Louis Darré, Bräudenstraße 10a, I. Etage. 7992\*  
**Gebrauchte Damenfahrräder,** Herrenfahrräder, Rennräder, außerordentliche Gelegenheit, allerbilligst. Weinmeisterstraße nur Nr. 2, Schauffstraße 92, Große Frankfurterstraße 144, Neukölln, Hermannplatz 6, Bergstraße 4, bei Kap.  
**Nur Fahrradvertrieb „Groß-Berlin“** hat kolossal billige Preise, in Ihrem eigenen Interesse beden Sie Ihren Bedarf dortselbst. Neue Fahrräder, ohne Gummi 29,— mit Gummi 35,—, 42,—, 48,—, 55,—. Gebrauchte 10,— an. Sämtliches Zubehör unbedingt reell, billig und gut. Warten Sie auf unsere Verkaufsstellen: Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Badstraße 9, Brunnenstraße 145, Neue Schönhauserstraße 9, Charlottenburg, Spandauer Berg 29. 30082\*  
**Brennaborrad, neuerhalten, 25,00.** Schrader, Weberstr. 42. 10075  
**Fahrrad, halbes, verkauft billig** Stolzenberg, Vandelstraße 23. 761

**Kaufgesuche.**  
**Platinabfälle, Gramm 5,70, Al-**gold, Silber, Rahngelbte, Stanniol, Quecksilber laßt höchstzahlend Wämel, Schmelzer, Auguststraße 19 III. 73\*

**Zahngebisse, Goldblenden, Silber-**blenden, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend, Schmelzer, Auguststraße 19a (gegenüber Kantenselstraße). 50/1\*  
**Goldschmelze laßt Silber, Platin-**abfälle, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, alle Metalle, höchstzahlend Witwe Marie Kieper, Nur Köpenickerstraße 157. 4798\*  
**Zahngebisse, Zahn bis 1,00,** Platinabfälle, Goldverkauf, höchstzahlend „Goldkontor“, Alte Jakobstraße 109/140.  
**Zahngebisse, Zahn bis 1,25 (somme** selbst), Platinabfälle, Alufolien, Goldschmelz, Brudard, Pulverstr. 22, nahe Rosenfelderstraße. 8995\*  
**Zahngebisse, Platinabfälle, Gold-**schmelze, Silber, Quecksilber, Stanniol, höchstzahlend Schmelzer, Müllerstraße 10. 11048\*  
**Kaufe Kupfer, Messing, Blei, Zinn,** Lötgold, Zinn, Messinglöse, alle Metalle höchstzahlend, Schermer, Räderdorferstraße 21. 744  
**Platinabfälle, alte Goldblenden,** Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Bruchgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol, sowie sämtliche Gold-, Silber-, Platinabfälle, höchstzahlend laßt Brod, Delmetall-Schmelze, Berlin, Rüdigerstraße 29, Telefon Moritzplatz 3476. 5808\*

**Antipolsterung, Sofa, Matrasen,** billig, im äußeren Hause, Chaussee-straße 74, Schäfer. 100713  
**Vermietungen.**  
**Zagerteller, hell, mit Warm-**wassererwärmung, Dofelgang, für Kellereier oder dergleichen geeignet, Genthinerstraße 32 sofort zu vermieten. 12375\*  
**Zimmer.**  
**Möbliertes Balkonzimmer, ein** Mark, sofort, Pichl, Kreuzbergerstraße 21 I, Dfen. 11658\*  
**Möbliertes Zimmer, Herr oder** Dame, Rangier, Freiligrathstraße 9.  
**Einfach möbliertes Zimmer, einen** Herrn, 1 kleine Balkon, Gesundbrunnen, Cusda, Spandauerstraße 11, vorn. 762  
**Schlafstellen.**  
**Schlafstelle für Herrn bei Frau** Fischer, Grünstraße 8, Cusda-gebäude I. 739  
**Schlafstelle bei Frau Wilmann,** Rungestraße 16, Cusda-gebäude IV.  
**Schlafstelle, allein, Schlafstelle,** zwei Herren, Bohe 3,00, Hoffmann, Dragonerstraße 15. 12315

**Teppiche! (halbes) in allen** Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Grün, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börse. (Vier des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntag geöffnet.  
**Monatsausgabe, Paletots, großes** Lager, jede Figur, laßt man am billigsten beim Kaufmann; jede Wendung nach Wunsch in eigener Werkstatt 5 Prozent billiger für Bodendiele, Härtengel, Schneidemeister, Rosenfelderstraße 10.  
**Betten!** Brauchvolle Betten, rolle-rette, Leinwand 6,75, 9,75, 12,75, 15,75, 18,75, 21,75, 24,75, 27,75, 30,75, 33,75, 36,75, 39,75, 42,75, 45,75, 48,75, 51,75, 54,75, 57,75, 60,75, 63,75, 66,75, 69,75, 72,75, 75,75, 78,75, 81,75, 84,75, 87,75, 90,75, 93,75, 96,75, 99,75, 102,75, 105,75, 108,75, 111,75, 114,75, 117,75, 120,75, 123,75, 126,75, 129,75, 132,75, 135,75, 138,75, 141,75, 144,75, 147,75, 150,75, 153,75, 156,75, 159,75, 162,75, 165,75, 168,75, 171,75, 174,75, 177,75, 180,75, 183,75, 186,75, 189,75, 192,75, 195,75, 198,75, 201,75, 204,75, 207,75, 210,75, 213,75, 216,75, 219,75, 222,75, 225,75, 228,75, 231,75, 234,75, 237,75, 240,75, 243,75, 246,75, 249,75, 252,75, 255,75, 258,75, 261,75, 264,75, 267,75, 270,75, 273,75, 276,75, 279,75, 282,75, 285,75, 288,75, 291,75, 294,75, 297,75, 300,75, 303,75, 306,75, 309,75, 312,75, 315,75, 318,75, 321,75, 324,75, 327,75, 330,75, 333,75, 336,75, 339,75, 342,75, 345,75, 348,75, 351,75, 354,75, 357,75, 360,75, 363,75, 366,75, 369,75, 372,75, 375,75, 378,75, 381,75, 384,75, 387,75, 390,75, 393,75, 396,75, 399,75, 402,75, 405,75, 408,75, 411,75, 414,75, 417,75, 420,75, 423,75, 426,75, 429,75, 432,75, 435,75, 438,75, 441,75, 444,75, 447,75, 450,75, 453,75, 456,75, 459,75, 462,75, 465,75, 468,75, 471,75, 474,75, 477,75, 480,75, 483,75, 486,75, 489,75, 492,75, 495,75, 498,75, 501,75, 504,75, 507,75, 510,75, 513,75, 516,75, 519,75, 522,75, 525,75, 528,75, 531,75, 534,75, 537,75, 540,75, 543,75, 546,75, 549,75, 552,75, 555,75, 558,75, 561,75, 564,75, 567,75, 570,75, 573,75, 576,75, 579,75, 582,75, 585,75, 588,75, 591,75, 594,75, 597,75, 600,75, 603,75, 606,75, 609,75, 612,75, 615,75, 618,75, 621,75, 624,75, 627,75, 630,75, 633,75, 636,75, 639,75, 642,75, 645,75, 648,75, 651,75, 654,75, 657,75, 660,75, 663,75, 666,75, 669,75, 672,75, 675,75, 678,75, 681,75, 684,75, 687,75, 690,75, 693,75, 696,75, 699,75, 702,75, 705,75, 708,75, 711,75, 714,75, 717,75, 720,75, 723,75, 726,75, 729,75, 732,75, 735,75, 738,75, 741,75, 744,75, 747,75, 750,75, 753,75, 756,75, 759,75, 762,75, 765,75, 768,75, 771,75, 774,75, 777,75, 780,75, 783,75, 786,75, 789,75, 792,75, 795,75, 798,75, 801,75, 804,75, 807,75, 810,75, 813,75, 816,75, 819,75, 822,75, 825,75, 828,75, 831,75, 834,75, 837,75, 840,75, 843,75, 846,75, 849,75, 852,75, 855,75, 858,75, 861,75, 864,75, 867,75, 870,75, 873,75, 876,75, 879,75, 882,75, 885,75, 888,75, 891,75, 894,75, 897,75, 900,75, 903,75, 906,75, 909,75, 912,75, 915,75, 918,75, 921,75, 924,75, 927,75, 930,75, 933,75, 936,75, 939,75, 942,75, 945,75, 948,75, 951,75, 954,75, 957,75, 960,75, 963,75, 966,75, 969,75, 972,75, 975,75, 978,75, 981,75, 984,75, 987,75, 990,75, 993,75, 996,75, 999,75.

**Möbel.**  
**Dreihundert Bettstellen, Matrasen** von 5,—, Kleiderschränke, Vertikos 12,—, Kommoden, Küchenspinde, Badstolletten, Spiegelrinde 10,—, Tisch 3,—, Sofa 7,50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel- und Speisezimmer, Grünstraße 71, Stargard u. Jabel. 6638\*  
**Möbel ohne Geld!** Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschäften und einzelne Etage aus Kredit unter äußerster Preismäßigkeit, auch Waren aller Art. Der ganze Oben laßt bei uns. Kretschmann u. Co., Köpenickerstraße 4. (Eisenacher Bahnhof).  
**Metallbetten, zwei, modern,** Kinderbett, preisbillig, veräußert, Hofenerstraße 10, Hufelshaus. 98/13\*  
**Tischlermeister gibt Möbel** auf Teilzahlung bei bestmöglicher Anzahlung zum Kassapreis. Etwa Gelegenheitskäufe in gebraucht und zurückgekauften Möbeln, auch auf Teilzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten Postamt 20, Postlagerkarte 44.  
**Möbel-Cohn, 1. Geschäft:** Große Frankfurterstraße 68, 2. Geschäft: Grüner Weg 109. Wohnungseinrichtungen aus bequemer Teilzahlung. Etage und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Köchen reichhaltige Auswahl. Mehrere auch nach auswärts. Anzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Anwerkes erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 8-10 geöffnet. 7398\*

**Bilder.**  
**Bilder.** Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt fabrik bei Bilderverlag, Weinmeisterstraße 2. 2248

**Unterricht.**  
**Unterricht in der englischen** Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Hirtel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angereicht. G. Siewantz, Liebenicht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 418\*  
**Zeitung findet jedermann** nach Abschreibung eines Jahres bei der Charlottenburger Auto-Fachschule, Berlin, Charlottenburg, Diemarstraße 100. Honorar mäßig, Prospekt gratis. 6148\*  
**Auto-Fachschule (Ingenieur** Schapiro), praktisch konzipiert, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstraße 16. Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 137K\*

**Verschiedenes.**  
**Die Beileidigung gegen Herrn** Müller, Paraderstraße 6, nehme ich zurück. Frau Petro, Schäferstr. 13.  
**Baronanwalt Müller, Wilmers-**dorf, 24399\*  
**Baronanwalt Behl, Wilmers-**dorf, 24399\*  
**Häufelbeilend.** Handliche, Schwedlerstraße 11. 248/10\*  
**Nahmaschinenreparaturen** (sachgemäß, schnell, billig, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause. Hellmann, Gollmannstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 2928\*

**Stellengesuche.**  
**Wachfrau empfiehlt sich** zur Reinigung sämtlicher Haus- und Leibwäsche zu Fabrikpreisen. Adressierung möglich. Julek, Tüllingstraße 61. 719  
**Stellenangebote.**  
**Kunstschmid verlangt** Heintz, Tempelhof, Ringbahnstraße 42.

**Verband der Gastwirtsgehilfen.**  
 Für organisierte Gastwirtsgehilfen sind gesperrt:  
**Original-Hackepeter Martin**  
 Inhaber Martin, Mühlstraße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße, wegen Nichtanerkennung der Organisations.  
**Residenz-Festsäle**  
 Inhaber Walterstein, Landberger Str. 31, wegen Landbesitz, 21/16\* Ortsverwaltung Berlin.  
 Druck- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Am Sonntag, den 22. Juni, findet in den Lokalen Diez' Seeterrasse, Röderstraße 11, und Café Bellevue, Hauptstraße 2, das Sommerfest des Wahlvereins statt. Eintritt zu 20 Pf. sind bei den Funktionären zu haben.

Reutlin. Den jungen Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß die Versammlung der Jugendsektion heute ausfällt. Nächste Versammlung Mittwoch, den 25. Juni.

Zeltow. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, bei W. Bonow, Berliner Straße 16, Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a. Bericht von der Kreisgeneralversammlung und der Generalversammlung Groß-Berlin.

Variandorf. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Breuk, Kurfürststr. 46. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Bericht von der Landtagswahl. 4. Wahl des zweiten Vorsitzenden. 5. Wahl der Delegierten.

Birkenwerder. Heute Mittwoch, den 18. Juni, 1/2 9 Uhr: Extra-Saßabend.

Dabendorf bei Jossen. Am Sonnabend, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Wiese, Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung.

Berliner Nachrichten.

O, diese guten Bürger!

Es war im Jahre 1847/48 als die Berliner Bürger in hellen Scharen nach den Linden und in den Tiergarten strömten, um politische Diskussionen zu pflegen. Um zu beraten, wie man dem feudalen und absolutistischen Preußen eine modernere Fassung geben und wie man am besten die Hoffnungen von 1813/14 verwirklichen könne. Das waren die Bürger Berlins, vom Jahre 1848. Und da die Entwicklung, nach dem berühmten Philosophen von Hohenfinow, nicht still steht, zogen die Berliner Bürger vom Jahre 1913 in noch größeren Scharen nach der Straße „Unter den Linden“, deren ganze respectable Breite sie mit ihren wohlgenährten bürgerlichen Leibern bis auf den letzten Pfah füllten. Mit dem Bewußtsein, daß für eine große Sache große Opfer gebracht werden müssen, schlüpfen sie eine oder zwei Stunden früher aus den Betten, um ihre Position „Unter den Linden“ einnehmen zu können. Und da wir gerade das große Opferjahr 1913 haben, verzichten unsere guten Bürger aus Liebe zu der „großen“ und „erhabenen“ Sache auf ihren gewohnten Frühshoppen mit dem sich anschließenden Stat und auf den ihnen sonst unentbehrlichen Mittagschlaf. Naun, daß ihnen Zeit genug bleibt, den ihnen aus Herz gewachsenen „Lokal-Anzeiger“ oder die „Tante Voh“ zu überfliegen, die sie doch gerade in den letzten Tagen so vortrefflich unterhalten und die somit auf ihre Dankbarkeit Anspruch haben.

Und wer es trotz aller dieser Entbehrungen unserer guten Durchschnittsbürger noch fertig bringt, ihre Vegeisterung für die „große erhabene“ Sache anzuzweifeln, der hätte nur hingehen sollen unter die Linden, wo die Bürger vom Jahre 1913 standen. Der hätte sich ansehen sollen, wie sie sich dort von Schulreuten hin und her schieben ließen, wie sie stundenlang meistenteils auf einem Bein stehen und schwitzen mußten und wie sie es schließlich über sich ergehen lassen mußten, bei dem Vorbeisichgehen eines kaiserlichen Autos gerade das Hinterteil irgendeines Schumpensgauls vor ihrer Nase zu haben. Und wer es nach all diesen Wahrnehmungen noch nicht über sich bringen kann, alle Zweifel abzulegen, der gilt als unbesserlicher Schwarzseher, dem man im Jubiläumsjahr 1913 keinen Platz im ganzen deutschen Lande gönnen sollte. Der weiß eben nicht, daß das Jubiläumsjahr auch ein großer Tanz um das goldene Kalb ist, das längst zu den Idealen des braven Bürgers gehört. Was die Bürger von 1848 wollten, das wollen die Bürger von 1913 nicht mehr. Sie gehen nicht unter die Linden, politische Diskussionen abzuhalten, sondern um zu gaffen und Hurra zu schreien. Sie fühlen es nicht, wie unwürdig und knechtisch ein solches Verhalten ist. Der Bürger von 1848 lebt nicht mehr. Man braucht ihn nur noch manchmal zur Dekorierung der Tagespolitik. Im übrigen spricht man nicht von ihm und hat man es vielleicht zu Titeln und Orden gebracht, schämt man sich seiner. Man buckt sich und duckt sich und bewilligt für reinen Land diese Zehn-, ja Hunderttausende. Die ändern aber, die weit abseits stehen und die für all den Jubel sich ihren eigenen Vers machen! Sie murren und knurren, und wehe Euch, wenn sie deihen!

Viel Volk

wollte der Kaiser an seinem Jubiläumstage sehen. Aus diesem Grunde entschloß er sich, am Montagabend im offenen Automobil durch die Straßen Unter den Linden und nach dem Tiergarten zu fahren. Der „Lokal-Anzeiger“ kann sich gar nicht genug tun ob der patriotischen Huldigung, die dem Kaiser bei dieser Ausfahrt zuteil geworden. Im patriotischen Ueberflusse berichtet er:

Gegen 6 Uhr erlebte die Menge eine freudige Ueberraschung. Ganz unerwartet erklangen die bekannten Puppenorgane, die das Wagen eines kaiserlichen Automobils ankündigten. Wie elektrifiziert flogen die Köpfe herum, denn schon erklangen von weitem lebhafteste Hurruufe. Der Kaiser kommt! Niemand achtete mehr der Sonnenhitze, das lebhafteste Gepolde verstummt, und alles redete sich, um den Monarchen möglichst gut sehen zu können. Wenige Sekunden später nahte auch schon das Automobil, langsam durch die wie auf Kommando Spalier bildende Menge fahrend. Alle Hände flogen in die Höhe, tausend Hüte wurden geschwenkt und dräuende Hurruufe erfüllten die Luft. Der Kaiser und seine Gemahlin machten eine Rundfahrt durch die Stadt, um sich auch an diesem festlichen Tage den Berlinern und den nach Zehntausenden zählenden Fremden zu zeigen und selbst die glänzend geschmückte Stadt in Augenschein zu nehmen. Das Kaiserpaar war durch die herzliche Begrüßung durch das Publikum stätlich erfreut und dankte, fortwährend nach allen Seiten freundlich grüßend. Der Kaiser trug Generaluniform, die Kaiserin ein helles Kleid mit Federhut. Der Monarch schien in bester Stimmung zu sein und sich über die lebhafteste Stadt außerordentlich zu freuen. An der Ecke der Rosmarinstraße wurde das Automobil des Monarchen durch den Verkehr aufgehalten und zum Stehen gebracht. Das Publikum benutzte diese Gelegenheit, das Auto zu umzingeln und dem Kaiser stürmische Ovationen darzubringen. Die Jurste und das Häuflein wollten kein Ende nehmen, bis das Auto in die Linden einbog und den Linden der Menge entschwand. Dem kaiserlichen Wagen folgte ein zweiter, in dem mehrere Offiziere Platz genommen hatten. Allgemein fiel das gesunde, frische Aussehen der kaiserlichen Herrschaften auf, be-

sonders das von der Sonne gebräunte Antlitz des Kaisers. Das leutliche Wesen unseres Herrscherpaares zeigte sich auf dieser Rundfahrt wieder in schönstem Lichte. Soweit der „Lokal-Anzeiger“, das Leitblatt des Kaisers. — Der Kaiser wird aber getäuscht, wenn ihm eingeredet wird, daß Publikum, das am Montagabend Hurra gerufen und sich wie wild patriotisch gebärdet hat, sei das schaffende aufgeklärte Volk von Berlin.

Diese Arbeitermassen, die wissen, daß sie politisch entrechtet und wirtschaftlich ausgebeutet sind, sie fordern ihre Rechte, die ihnen vorenthalten worden sind, durch zähen, unermüdligen Kampf, nicht aber durch Schweifwedeln und Hurrafreien.

Mittelalterlicher Nummenschanz.

Gestern haben die Berliner Handwerker gebuldet. Seit Wochen haben die Innungen die Vorbereitungen zu dem Festzuge getroffen. Die verstaubten Loben, vor denen früher die Gesellen freigesprochen wurden, die alten Fahnen von Anno dazumal wurden aus den Ecken hervorgeholt. Die früheren Gewerksabzeichen wurden wieder aufgefriert oder neu aus Pappe angefertigt und so alles getan, um die „gute alte längst entschwundene Zeit“, wo das „Handwerk angeblich noch einen goldenen Boden“ hatte, wo noch das patriarchalische Verhältnis bestand, wieder herzugubringen. Mit frischem Aufzug, bunten Schärpen, neuen Blusen — so traten die Handwerker mit ihren Lehrlingen gestern vor dem Brandenburger Tor an, um am Schlosse vorbeizuziehen und den Kaiser in das Mittelalter zurückzuführen. Die Schlosserinnung hatte den ehrwürdigen früheren Schlossermeister Freisch, der 101 Jahre alt ist, im Zuge mitgeschleppt, um so dem ganzen Zuge das charakteristische Gepräge zu geben. Und so zogen denn die Innungsbrüder die Linden entlang mit Festwagen und einer Anzahl Fahnen. Väter mit einer Riesensichel eröffnete den Zug, dann folgten Brunnbauer, Bildhauer, Schlosser, Dachdecker, Perückenmacher, Schornsteinfeger, Gutmacher, Handschuhmacher, Schneider, Fischer u. a. Vor dem Schlosse machten sich die Kapellen gegenseitig Konkurrenz. Während die eine Kapelle: „Heil Dir im Siegerkranz spielte“, fiel die andere ein mit: „Ich bin ein Preuße!“ Dieses Durcheinander soll einen ohrenbetäubenden Lärm hervorgerufen haben. Aber das sieht unsere Innungsbrüder nicht an; sie hochten und winkten nach dem Schlosse hinauf, als ob sie es bezahlt kriegen. Auf dem Neuen Markt löste sich der Zug auf, der große Verkehrsstörungen verursacht hatte. Die ganze Aufzählung der Handwerker erinnerte mehr an ein Schlingensiefel. Eine Darstellung unseres Wirtschaftslebens gibt die Kostprobe nicht. Der handwerksmäßige Betrieb ist durch die kapitalistische Entwicklung längst überholt und die Handwerker, die Kleinmeister existieren nur noch durch das ihnen geleglich gewährleistete Lehrlingsprivileg. Durch einen solchen mittelalterlichen Nummenschanz, wie ihn die Innungsmeister gestern veranstalteten, werden sie auch nicht auf die Beine kommen.

Unfälle Unter den Linden.

Die große Hitze, welche gestern vormittag herrschte, hatte zahlreiche Fälle von Erkankungen und Ohnmachten unter dem Publikum, welches dem Innungsfestzuge zusahnte, zur Folge. Die Rettungsmannschaften und städt. Rettungstellen hatten alle Hände voll zu tun. Das städtische Rettungswesen hatte gemeinsam mit der Straßenreinigung eine Erneuerung getroffen; es fuhr die Linden kleine Wasserwagen entlang, deren Begleiter dem Publikum Trinkwasser reichten. Diese Einrichtung nahm das Publikum stark in Anspruch.

Die Hygiene der Schulhöfe

ist ein wichtiges Problem der Volksgesundheit. In Nr. 6 der „Zeitschrift für Volksgesundheitspflege“ vom Juni 1913 wird ausgeführt, daß die oft beträchtliche Staubentwicklung auf den Schulhöfen der Gesundheit des kindlichen Organismus höchst abträglich sei, da ein großer Prozentsatz vor allem der Volksschüler an der Lunge nicht intakt ist und nach Professor Dr. Karl Flüge im Freien durchschnittlich in einem Kubikmeter Luft 500 bis 1000 Keime, darunter 100 bis 200 Bakterien und der größte Teil des Restes Schimmelpilze, gefunden werden. Um nun staubfreie und doch trodene Schulhöfe zu erzielen, empfiehlt Stadtbaumeister a. D. Helfrich in Halle a. S. einen Bodenbelag, dessen Hauptbestandteile eine auf zehn Zentimeter Stärke eingestampfte Kalkschicht mit einer drei bis vier Zentimeter hohen Oberflächenschicht von lehmfreiem, gestiebt Kies bildet. Nach den gemachten Erfahrungen wird dadurch eine Flächenbildung bei Regen ebenso ausgeschlossen wie Staubentwicklung selbst bei starkem Winde. Außerdem sei finanziell wertvoll, daß die meist städtischen Gasanstalten ein Abfallgebiet für die sonst kaum verwertbaren Schlacken finden. Professor Flüge warnt aber gleichzeitig vor einer Ueberhäufung der Staubgefahr im Freien. Er verweist auf die Statistik der Berliner Straßenseher, die „der Infektion mit Straßensaub fortgesetzt in höchstem Grade ausgefetzt sind, von denen aber nur ein relativ sehr kleiner Bruchteil (3 Prozent) an Lungen- und Bronchialkatarrh erkrankt. Dabei haben 70 Prozent dieser Straßenseher eine Dienzeit von über fünf Jahren, 55 Prozent eine solche von über zehn Jahren“. Dieser Hinweis erscheint insoweit etwas verfehlt, als die angegebenen Dienzeiten in einem verhältnismäßig geringen Zeitraum liegen. Nach noch längerer Dienzeit und bei zunehmendem Alter wird sich der stetige Umgang mit bakteriengefülltem Staub und Schmutz wohl bedeutend empfindlicher bemerkbar machen. Weiter sagt der Hygieniker Flüge, daß der Staub der Höfe vom Straßensaub nur wenig verschleppen ist, da hier die große Luftzirkulation der Straße fehlt, die jede längere Ansammlung von Krankheitserregern verhindert, wenigstens in Orten, wo die Straßeneinigung ordnungsmäßig versehen wird und damit der Luftzirkulation zu Hilfe kommt. Zudem sei der kindliche Organismus schon gegen die mechanische Reizwirkung des Staubes sehr empfindlich.

Die älteren Berliner werden noch lebhaft im Gedächtnis haben, in wie schauerhafter Verfassung früher, ebenso wie die Klassenzimmer, auch die Schulhöfe waren. Da fand man von allgemeiner Hygiene und von Schulhygiene keine Spur. Noch mehr als die Schulhöfe waren die Klassenzimmer wahre Bakterienherde. Man muß zugeben, daß die Schulverwaltung viel geleistet hat zur Verbesserung, was nicht abschließt, daß noch besseres geleistet werden kann. Die Reinigung der Klassenzimmer erfolgt schon heute so, daß der aufgewirbelte Staub sich nicht bald darauf an den alten Stellen niederlegt. Die festgesetzten Frühhöden werden periodisch zur Staubbindung geölt. Auch die Schulhöfe sind im allgemeinen in gutem Zustande, schon vielfach mit leichter Rückschüttung versehen. Beim Bau weiterer Schulen werden immer neue Versuche angestellt. Das staubmindernde Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern mit umgebenden Grasdächern könnte freilich noch erweitert und der Schulhof immer mehr zu einem Erholungsgarten werden.

Krematorien in Deutschland. Einäscherungen fanden in den deutschen Krematorien im Mai 874 statt. Davon kommen auf die preussischen Krematorien 89, von diesen wiederum

allein auf Berlin 72, auf Frankfurt a. M. 10, Wiesbaden 4, Jagen 3. Mehr Einäscherungen als Berlin hat auch außerhalb Preußens nur Leipzig mit 89. Es folgen Dresden mit 70, Bremen 61, Gotha 56, Mainz 48, Chemnitz 44, Hamburg 42, Stuttgart 39, Jitau 30, Jena und Offenbach je 27, München 26, Koburg 24, Gera 23, Mannheim 22, Ulm 20, Zwickau 18, Eisenach und Weimar je 14, Karlsruhe 13, Sonneberg 11, Heidelberg 10, Baden-Baden, Lübeck und Pöfned je 9, Dessau 7, Nürnberg 6, Heilbronn und Reiningen je 5, Göttingen 4, Reutlingen 3. Gegen das Vorjahr haben die Einäscherungen um 102 oder 13,2 Prozent zugenommen. Unter den Einäschererten befanden sich 524 Männer, 350 Frauen.

Feuer in einer pyrotechnischen Fabrik.

Ein Kind verbrannt.

Ein gefährlicher Brand kam gestern vormittag kurz nach 9 Uhr auf dem der Stadt Berlin gehörigen Grundstück Müllerstraße 81 (früher Abbederei) zum Ausbruch. Auf dem Hintergelände befindet sich dort die pyrotechnische und Kohlenanzünderfabrik von Wilhelm Israel u. Co. Die Arbeitsräume liegen in einem einstöckigen, etwa 20 Meter langen und 10 Meter breiten Gebäude. Als gestern vormittag in dem einen Arbeitsraum etwa 20 Arbeiterinnen mit der Herstellung von Streichhölzern beschäftigt waren, entstand plötzlich auf bisher nicht ermittelte Weise Feuer. Die Flammen griffen so schnell um sich, daß an ein Löschen nicht mehr zu denken war und die Arbeiterinnen schleunigst die Flucht ergreifen mußten. Zum Glück waren zwei Ausgänge vorhanden, durch die die Arbeiterinnen ins Freie stürzten. Wenige Augenblicke später brannte der ganze Raum lichterloh. In der allgemeinen Aufregung hatte man ein kleines Kind, das sich gleichfalls in dem Raum aufgehalten hatte, vergessen. Es war die 2 1/2 Jahre Tochter Lotta der Arbeiterin Wolf aus der Amsterdamer Str. 5. Das Kind mußte vor den Augen der Mutter elendiglich verbrinnen, da eine Hilfe nicht möglich war. Als die alarmierte Feuerwehr eintraf, fand sie eine bedrohliche Situation vor. Das brennende Gebäude war etwa 800 Meter von der Straße entfernt und so mußten ungewöhnlich lange Schlauchleitungen gelegt werden. Der Brandmeister gab sofort noch die Meldung „Mittelfeuer“ an die Feuerwachen, worauf weitere Löschiüge herbeikamen. Nach halbständigem Wassergeben war das Feuer gelöscht. Die Leiche des verbrannten Kindes wurde zwischen den Brandtrümmern gefunden und sofort nach dem Schauhaufe gebracht. Der Arbeitsraum der Firma Israel u. Co. ist vollständig ausgebrannt; ebenso ist das Dach zerstört worden. Mit den Anräumarbeiten hatte die Feuerwehr bis in die Nachmittagsstunden hinein zu tun. Wie es heißt, soll das kleine Kind mit einem fünfjährigen Knaben der Mutter frühstück gebracht haben. Ob diese Behauptung richtig ist, wird nachgeprüft werden müssen.

Außerdem hatte die Feuerwehr gestern früh in der Oberberger Straße 45 einen Wohnungsbrand abzulöschen, der auf Brandstiftung zurückgeführt wird. Die Ermittlungen in dieser Richtung sind eingeleitet. In der Reibelstraße 11 gingen ferner noch Krifen auf dem Hofe des Grundstücks in Flammen auf. Hier mußte längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben werden.

Die vergessene Straße.

Ein sonderbarer Straßenschilder- und Hausnummernwirth war erregt in Berlin-Eldorf seit einiger Zeit die Verwunderung der Bewohner dieses Stadtteils. Von der Schleifischen Straße erstreckt sich bis zum Landwehrkanal und dann an ihm entlang bis zur Reichener Straße ein Straßenzug, der früher in seiner ganzen Ausdehnung den Namen „Görlitzer Ufer“ führte. Die zwischen der Schleifischen Straße und dem Landwehrkanal liegende Strecke des „Görlitzer Ufers“ — die übrigens gar kein Ufer ist, sondern eine Straße mit zwei Häuserreihen ist — wurde zu Anfang des Jahres 1913 durch Namensänderung zu einer selbständigen Straße gemacht. Mit Rücksicht auf die benachbarte Laborkirche gab man ihr die Bezeichnung „Laborstraße“, während die am Landwehrkanal sich hinziehende Strecke des „Görlitzer Ufers“, die wirklich ein Ufer ist, den alten Namen behielt. Die Umtaufung wurde durch eine vom 28. Januar datierte Bekanntmachung des Magistrats in seinem „Gemeindeblatt“ am 9. Februar mitgeteilt, und es folgten dann im „Gemeindeblatt“ vom 27. April zwei vom 18. April datierte Bekanntmachungen über die durch die Namensänderung notwendig gewordene Ummummerierung der „Laborstraße“ und des „Görlitzer Ufers“. Der Name „Laborstraße“ steht bereits auf den inzwischen neu erschienenen Stadtplänen, er wurde auch bei den Landtagswahlen in dem amtlichen Urwahlbezirkstableau schon benutzt und findet sich ebenso schon in dem neuen „Rotbuch“ der Stadt Berlin, wenn auch noch mit den alten Hausnummern. Geht man aber durch die neugetaufte „Laborstraße“, so sucht man noch jetzt, in der zweiten Hälfte des Juni, an den Straßenecken vergeblich diesen Namen. Ueberall präsentieren sich noch die alten Namensschilder, die den Straßenzug noch in seiner ganzen Ausdehnung als „Görlitzer Ufer“ bezeichnen. Dabei ist die Ummummerierung längst auf der ganzen Strecke durchgeführt, und an den meisten Häusern hat man nicht mal mehr die alten Hausnummern neben den neuen bis auf weiteres beibehalten, wie das sonst oft geschieht, um Unkundige auf die Ummummerierung hinzuweisen. Ein Fremder, der jetzt am „Görlitzer Ufer“ ein Haus aufsuchen muß und von der Umtaufung und Ummummerierung nichts weiß, kann da in böse Verlegenheit geraten. Er muß wählen zwischen dem fälschlich noch so genannten „Görlitzer Ufer“, das von der Schleifischen Straße bis zum Kanal und zurück die Nummern 1—24 hat, und dem richtig weiter so benannten „Görlitzer Ufer“, das am Kanal entlang die Nummern 1—11 hat. Die Bewohner der „Laborstraße“ und des „Görlitzer Ufers“ sowie der benachbarten Straßen schütteln verwundert den Kopf darüber, daß die „Laborstraße“ immer noch erst auf dem Papier existiert. Wird die vergessene Straße nicht endlich sich mit ihrem neuen Namen schmücken dürfen?

Als Stieffinder der Berliner Stadtverwaltung

fählen sich die zirta 2000 Angeestellten und Arbeiter der städtischen Gaswerke.

Die vorletzte Nummer des Gemeindeblattes enthielt folgende Bekanntmachung des Magistrats:

„Aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers findet am Montag, den 16. d. M., in sämtlichen städtischen Bureaus und Kassen Sonntagabend statt.“ Wie nun dieser „Sonntagabend“ in sämtlichen städtischen Bureaus und Kassen ausfällt, zeigt nachstehende Verfügung des Dirigenten der Privatbeleuchtung der städtischen Gaswerke, da heißt es:

